Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 22. Dienstag, den 22. März 1892. Jahrgang I.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 17. März 1892 unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig; die Sitzung ist eröffnet.

1. Ich habe die Ehre bekanntzugeben, dass die Herren Gem.-Räthe Schmidt, R. v. Neumann und R. v. Goldschmidt ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung entschuldigt haben.

2. In der letzten Sitzung wurde vom Herrn Gem.-Rathe Dobeš eine Interpellation gestellt, welche sich darauf bezieht, dass die Drucksorten, welche die Gemeinde zu verwenden hat, soweit als möglich auch den Druckereibesitzern in den Vororten zur Ausführung zugeschickt werden sollen. Darauf habe ich Folgendes zu erwidern:

Bei der im Vorjahre erfolgten Sicherstellung der communalen Arbeiten wurden die Buchbinder- und die Buchdrucker-Arbeiten und die Lieferung der Zeichnenrequisiten im Einvernehmen mit dem Stadtbauamte ausgeschrieben, weil diese Arbeiten und Lieferungen auch bisher ihrer Natur nach nicht nach Bezirken vergeben waren und daher kein Anlass vorlag, diese Kategorien von Leistungen für die zugewachsenen neuen Bezirke abgesondert sicherzustellen.

Über Antrag des St.-R. v. Götz wurde jedoch zufolge Stadtraths-Beschlusses vom 10. September 1891, Z. 2272, auch die Ausschreibung der Offertverhandlung für die Buchbinder-Arbeiten in den Bezirken XI bis XIX genehmigt und dieselben sohin mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 16. October 1891, Z. 2760, an Anton Door übertragen.

Was nun die Buchdrucker-Arbeiten selbst betrifft, so umfasst der größte Theil derselben Drucksorten, welche der einheitlichen Form wegen von der Centrale bestellt werden und deren Herstellung auch billiger zu stehen kommt, wenn der ganze Bedarf an einer Drucksorte nicht an mehrere Contrahenten zersplittert wird.

Zudem ist für dieselben das communale Papier zu verwenden, dessen Ablieferung und Ausfolgung in der Centrale erfolgen muss und bei Zersplitterung der Buchdrucker-Arbeiten die Controle erschweren und Transportkosten verursachen würde, wenn ein gewisser Theil an die Bezirke abgegeben werden müsste, woselbst übrigens für die Aufbewahrung kaum ein geeigneter Platz vorhanden sein dürfte.

Eine weitere Arbeit des Buchdruckers besteht in der Herstellung der Präliminarien, der Rechnungsabschlüsse und des Amtsblattes. Diese Drucksorten sind bei Wallishausser in Druck; das statistische Jahrbuch und der Physikats-Bericht sind gleichfalls separat sichergestellt. Die übrigen Arbeiten aber sind dem Contrahenten J. Vernay zugewiesen.

Der Sachlage nach ist es sonach nicht thunlich, diese Arbeiten nach Bezirken aufzutheilen.

Wird von den Buchdrucker-Arbeiten ferner jener Theil ausgeschieden, der wegen der Allgemeinheit des Druckwerkes nicht an mehreren Orten gedruckt werden kann, so erübriget ein so minimaler Theil von Arbeiten, dass durch Zuweisung derselben an einzelne in den betreffenden Bezirken wohnhafte Geschäftsleute denselben kein nennenswerter Verdienst zukommen könnte, und würde auch die Geringfügigkeit der Verdienstsumme den Apparat der Offertausschreibung, der sonst nur bei Arbeiten von 1000 fl., resp. 2000 fl. in Anwendung kommt, nicht rechtfertigen. Bitte dies zur Kenntnis zu nehmen.

3. Ich habe die Ehre, weiters eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Sauerborn und eine solche des Herrn Gem.-Rathes Arnhart zu beantworten, welche sich auf die Entfernung einer Jahn-Büste aus einem der Gemeinde gehörigen Turnsaale

bezieht. Ich habe darauf zu erwidern, dass diese Entfernung der Büste und einer Placattafel durch Herrn Heinrich Kappeller, Oberzeugwart des Ersten Wiener Turnvereines, veranlasst worden ist, nachdem derselbe durch den Director der Schule, Herrn Frank, aufmerksam gemacht wurde, dass nach den bestehenden, vom Gemeinderathe genehmigten Normen eine Aufstellung ohne specielle Genehmigung nicht zulässig erscheint; es wurde ihm nahegelegt, um eine solche Bewilligung einzuschreiten. Ich bitte, hievon Kenntnis zu nehmen.

4. Ich habe endlich die Ehre, auf eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Bärtl zu antworten, die sich auf die verspätete Abfuhr von Schneemassen in der Gegend des Ringes bezieht. Darüber ist Folgendes zu bemerken: Nach den bestehenden Vorschriften ist die Transport-Gesellschaft gehalten, bei einem Schneefalle sofort für die Entfernung der Schneemassen in den engen Straßen und dann in den Hauptverkehrsstraßen in der inneren Stadt Sorge zu tragen. Wenn diese Arbeiten durchgeführt worden sind, werden weiters die größeren Straßen und der Ring gesäubert. Nun war es, nachdem nur drei Schneeablagerungsplätze zur Verfügung stehen und die große Anzahl der Wagen bei den Plätzen eine Stockung des Verkehrs und eine Verlangsamung der Abfuhr verursacht, nicht möglich, in der gegebenen kurzen Zeit diese Schneemassen zu entfernen. Es ist mit der Abfuhr begonnen worden und es steht zu erwarten, dass dieselbe bis Samstag vollendet sein wird. (Gem.-Rath Bärtl: Es wäre sehr wünschenswert!) Es sind circa 220 Wagen in Verwendung. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

5. Dringlichkeits-Antrag der **Gem.-Räthe Herrdegen, Dr. Ahl** und Genossen,

betreffend Rücksichtnahme auf die Schaffung eines größeren freien Platzes gelegentlich der Parcellierung des Areals der Gumpendorfer Infanterie-Kaserne.

Die Gefertigten stellen den Antrag, der Gemeinderath möge beschließen:

Der Stadtrath werde aufgefordert, gelegentlich der Verhandlungen betreffend die Parcellierung des Areals der Gumpendorfer Infanterie-Kaserne auf die Schaffung eines größeren freien Platzes zur Herstellung einer Gartenanlage oder Errichtung von Kinderspielplätzen Rücksicht zu nehmen.

Zur Begründung dieses Antrages bemerken die Gefertigten, dass der VI. Bezirk außer dem Eßterhazy-Park keine einzige größere Gartenanlage besitzt, welche öffentlichen Zwecken dienen kann und dass der Eßterhazy-Park, welchem auch die Bevölkerung eines großen Theiles des VII. und V. Bezirkes zuströmt, in den Sommermonaten derart überfüllt ist, dass nicht nur der Zweck solcher Gartenanlagen in gesundheitlicher Beziehung verfehlt erscheint, sondern auch Zustände eintreten, die namentlich im Hinblick auf die Schuljugend, in mehrfacher Beziehung als bedenklich bezeichnet werden müssen.

An den Stadtrath.

Gem.-Rath Dr. Stern (zur Geschäftsordnung): Es ist gestern von dem ersten Sprecher in der Budget-Debatte eine antisemitische Hetzrede hier gehalten worden. Er hat von jüdischen Mordbestellern gesprochen; er hat sich sogar verstiegen, das blöde chinesische Ammenmärchen des Ritualmordes hier in die Gemeindestube hereinzutragen. Bei der Unaufmerksamkeit, mit welcher hier in diesem Saale diesem Herrn Redner gefolgt wird oder vielmehr nicht gefolgt wird, und bei der allgemein herrschenden Unruhe habe ich und gewiss sehr viele der anwesenden Herren, den Herrn Redner nicht verstanden und dies daher erst aus den heutigen Morgenblättern entnommen. Ich muss auch annehmen, das dasselbe seitens des Herrn Präsidenten der Fall war, da er sonst gewiss dem Herrn Redner das Wort entzogen hätte. Denn es ist eine Schmach für den Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien (Zustimmung), es ist eine Schmach für die Bevölkerung Wiens und eine tiefe, schwere Kränkung, welche einer Classe gleichberechtigter Staatsbürger, meinen Glaubensgenossen, hier zugefügt wird, wenn im Gemeinderathssaale der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien derartige Hetzreden gehalten werden. Es ist daher das Mindeste, dass ich von dem Herrn Präsidenten erbitte, er möge nach Einsichtnahme in das stenographische Protokoll den Redner von gestern zur Ordnung rufen. (Beifall rechts.) Ich erwarte, dass in Zukunft derartige Hetzreden hier in der Gemeindestube der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien nicht mehr geduldet und zugelassen werden. (Beifall rechts.)

Was insbesondere die eine actuelle Anschuldigung betrifft, — wenn man überhaupt noch diesen Fall ernst nehmen könnte (Gem.-Rath Hawranek: Warum giften Sie sich denn dann?) — dass die Juden gegen ihn Meuchelmörder gedungen hätten, so erkläre ich diesen übrigens lächerlichen Vorwurf für eine erbärmliche Lüge (Beifall rechts), das bitte ich dem Herrn zu sagen, wenn er hier sein wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich kann darauf nur erwidern, dass ich aus den Ausdrücken, wie sie gebraucht worden sind und deren Maßlosigkeit, wie ich glaube, in den Augen jedes Besonnenen sich selbst richtet, eine Beschuldigung gegen jemand Bestimmten nicht entnommen habe. Dieser, mein erster Eindruck wird auch durch das stenographische Protokoll bestätigt, welches zeigt, dass es sich um ganz allgemeine Beschuldigungen gehandelt hat. Ich kann nur diesen Anlass benützen, um die Herren zu bitten, im Interesse einer ruhigen und der Sache dienlichen Berathung sich in Zukunft jene Mäßigung aufzuerlegen, die einer von dem anderen zu erwarten befugt ist.

Gem.-Rath Hawranek (zur Geschäftsordnung): Der Herr Vorredner hat sich ausgedrückt: „Erbärmliche Lüge". Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, den Vorredner zur Ordnung zu rufen, weil das keine Lüge, sondern Wahrheit ist. (Gem.-Rath Dr. Stern: Es ist eine Lüge!) Nein, das ist bewiesen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, diese Ausfälle zu unterlassen. Den Herrn Vorredner bitte ich, in Zukunft es zu unterlassen, den Präsidenten der Versammlung aufmerksam zu machen, wie er seines Amtes zu handeln hat. Ich glaube, die Sache ist erledigt.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich habe zu wiederholtenmalen den Standpunkt vertreten, dass jedes Mitglied des Gemeinderathes berechtigt ist, eventuell den Ordnungsruf zu verlangen, wenn es glaubt, verletzt zu sein. Dieses Recht steht jedem Mitgliede des Gemeinderathes zu und wird in allen parlamentarischen Körperschaften geübt. Es hat sich übrigens der Herr Vorsitzende auch nicht gegenüber dem ersten Herrn Redner beklagt, dass er von diesem Rechte Gebrauch gemacht hat, und was den Herren drüben recht ist, muss uns billig sein.

Ich bin der Meinung, dass in dem Worte „erbärmliche Lüge" eine der gröbsten Ehrenbeleidigungen liegt. (Rufe rechts: Er kann klagen!) Ja, er kann klagen. Ich will nicht in den Ton verfallen, den der erste Herr Redner angeschlagen hat, aber das Eine kann ich ihm sagen: Wenn ihm nichts daran liegt, was der Herr Gem.-Rath Gregorig gesagt hat — er nimmt ihn ja nicht ernst — so kann ich ihm versichern, dass Herr Gem.-Rath Gregorig den Herrn Dr. Stern noch weniger ernst nimmt.

6. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Tagesordnung. Ich bitte zum Referate die Herren Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer. (Die Herren Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer treten an den Referententisch.) Zum Worte vorgemerkt ist Herr Gem.-Rath Kaspar.

Gem.-Rath Kaspar: Das vorliegende Budget ist von eminenter Bedeutung; es ist bedeutungsvoll rücksichtlich des hohen Betrages, in welchem sich dasselbe bewegt, welchen Betrages sich ein kleines Königreich nicht zu schämen brauchte, es ist weiter viel bedeutender, rücksichtlich des neuen Territoriums von neuen Bezirken, für welche im Budget auch vorgesorgt werden musste. Die Schwierigkeiten, welche sich bei der Budgetierung für diese neuen Bezirke ergeben haben, kann ich durchaus nicht verkennen, denn es ist thatsächlich richtig, wie es der Herr Referent gestern betont hat, dass die Charaktere dieser Bezirke, der alten gegen die neuen eine geradezu merkwürdige Verschiedenheit haben. Drittens ist das Budget von eminenter Wichtigkeit rücksichtlich des Deficits, welches sich aus der Gegenüberstellung der Einnahmen und der Ausgaben ergibt. Dieses Deficit präsentiert sich in einer ganz anständigen Weise. Das Aufgebot von außergewöhnlichen Maßnahmen zur Deckung dieses Deficits veranlasst mich, mich umzusehen nach Maßnahmen, um wenigstens für die nächste Zukunft das Gleichgewicht in unserem Haushalte wieder zu erreichen. Dazu gibt es, glaube ich, meiner Ansicht nach nur zweierlei: erstens Sparsamkeit nach allen Richtungen, soweit die Würde und das Ansehen der Commune überhaupt es zulassen, zweitens eine durchgreifende Reform in der Verwaltung.

Was die Sparsamkeit anbelangt, so bin ich wohl so frei, an den löblichen Gemeinderath und auch Stadtrath den Appell zu richten, bei Geldposten, zu welchen die Commune verpflichtet ist, und weiters bei Auslagen für wohlthätige und humanitäre Zwecke in der bescheidensten Weise vorzugehen und für sie zu stimmen. Ich muss hiebei besonders auf einen Umstand aufmerksam machen, dass ich nämlich damit nicht sagen will, dass man bei Leistungen, wo die Commune moralische Verpflichtungen auf sich hat, kargen und ungerecht und hartherzig vorgehen soll, wogegen man wieder bei solchen Ausgaben, für welche eine Berechtigung nicht vorliegt, die Munificenz mehr als nöthig übt. Meine sehr geehrten Herren, ich muss dies mit zwei Facten illustrieren, welche mir aus der letzten Zeit bekannt geworden sind.

In einer sehr frequenten Gasse des VIII. Bezirks, den ich die Ehre habe, hier zu vertreten, wurde vor einem Jahre die Tieferlegung eines Canales durchgeführt. Kaum war das beendet, erschien ein an sämmtliche Hausbesitzer dieser Gasse gerichteter Erlass des Magistrates, worin es wörtlich hieß: „Man hat die Wahrnehmung gemacht, dass die Fundierung Ihres Hauses zu seicht ist; sollte sich irgend ein Unfall an ihrem Hause herausstellen, so werden Sie in Kenntnis gesetzt, dass Sie an die Commune keinen Anspruch haben, irgend eine Entschädigung zu bekommen." Ich habe damals die ehrenvolle Mission bekommen, an maßgebendster Stelle dagegen Einspruch zu erheben und mir wurde der Bescheid, dass dieser Erlass nicht ernst zu nehmen sei. (Hört!)

Es ist nun wohl selbstverständlich, dass, wenn ein derartiger Unfall vorkommen sollte, die Commune gewiss in der liebreichsten und humansten Weise vorgehen wird. Gott sei Dank, es ist nicht zu einem Unfall gekommen, höchstens Kleinigkeiten, Sprünge an Häusern u. s. w., das keine besonderen Auslagen verursacht hat; aber Eines ist vorgekommen und, meine Herren, für diese Thatsachen bürge ich Ihnen. In einem Hause ist aus der Wasserleitung in die Kellerräume Wasser gedrungen. Dieser Umstand wurde zu spät beachtet, bevor die Ausschöpfung vorgenommen wurde und infolge dessen wurde ein Pfeiler unterwaschen und nach kurzer Zeit hat es sich gezeigt, dass das Haus eine große Senkung aufweist. Da war das Stadtbauamt selbstverständlich gleich bei der Hand, den Umbau des Hauses anzuordnen. Nun, meine sehr verehrten Herren, einen Umbau des Hauses anzuordnen, das ist leicht, aber was ist denn dazu nothwendig? Geld, und das hat dort gefehlt. Was ist geschehen? Man hat sich an die Commune gewendet um eine Entschädigung, und was glauben die Herren? Es ist thatsächlich erwiesen, dass durch diese communalen Einrichtungen dieses Haus zu Falle gekommen ist. Abgewiesen wurde der Eigenthümer, nicht einen Kreuzer Entschädigung hat er bekommen; was blieb dem armen Hausbesitzer übrig, als das Haus als Baugrund zu veräußern? Er hat dabei einen namhaften Verlust; ich kann es mit Sicherheit angeben, er hat gegen 20.000 fl. Verlust erlitten, so steht es mit den kleinen Hausbesitzern; aber hier im Gemeinderathe, ich glaube es war anlässlich der Debatte über die Steuerfreiheit, hat ein Vertreter des VII. Bezirkes es gewagt, die Äußerung zu thun: „die alten Baracken sollen fallen, sie sind unschön und sanitätswidrig". Meine Herren, das ist eine Äußerung, die ich heute noch tief bedauern muss. Der Hausherren-Verein hat sich auch diese Äußerung auf sein Kerbholz geschrieben. Wenn man berücksichtigt, mit welcher Pietät die armen Hausbesitzer an ihrer Scholle hängen und jede Stunde fürchten, dass ein Unfall vorkommen könnte, dann muss ich sagen: wenn man nicht soviel Wohlwollen den Hauseigenthümern entgegenbringt, dann muss ich es tief bedauern.

Ich habe nur noch Eines zu bedauern, nämlich, dass damals von Seite des geehrten Präsidiums auch nicht ein Wort der Bemerkung gefallen ist, dass man hier in der Rathsstube, in öffentlicher Sitzung, solche Äußerungen nicht fallen lassen kann. Nun ein zweiter Fall, der dem entgegengesetzt ist .....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Redner, wollen Sie sich gefälligst an den Gegenstand der Debatte halten.

Gem.-Rath Kaspar: Ich muss den Herrn Vorsitzenden schon bitten, er möge mich nicht in meinen Ausführungen stören; ich komme ohnedies nur selten zum Worte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Das ist keine Störung, sondern ich mache nur von meinem Rechte Gebrauch, wenn ich Sie zur Sache verweise, und ich bitte nochmals, zur Sache zu sprechen.

Gem.-Rath Kaspar: Ich will den zweiten Fall, der den Gegensatz illustriert, wo der Stadtrath wieder kaiserlicher als der Kaiser gehandelt hat, nicht zur Sprache bringen, weil ich zur Sache sprechen muss, und der Herr Vorsitzende erklärt hat, das gehöre nicht zur Sache.

Wenn ich auf Ersparungen hinweise, will ich auch einige Rubriken aus dem Voranschlage erwähnen, wo ich solche finden zu können vermuthete.

Da ist vor allem anderen die Rubrik der Personalzulagen. Es freut mich, dass ich heute die Stimmung des löblichen Gemeinderathes kenne. Diese Frage ist, glaube ich, eine abgethane Sache. Der löbliche Gemeinderath wird sich, solange die Verhältnisse derart sind, dass wir in dieser tristen pecuniären Lage stehen,

gewiss nur in dringenden Fällen herbeilassen, Personalzulagen zu bewilligen. Meine Herren, glauben Sie vielleicht, dass ich gegen Personalzulagen überhaupt nur spreche, weil ich den Beamten abhold bin und sie ihnen nicht gönne? Nein, gerade deshalb spreche ich darüber, weil ich es als unwürdig erkenne, wie jetzt vorgegangen wird. Alle Nebengebüren werden auf eine Weise erreicht, die ich hier den Beamten nicht zum Vorwurfe machen kann, aber ich kenne das aus meiner Praxis; da muss man sich biegen und schmiegen, bis eine Äußerung an den Magistrat gelangt, in welcher die Vorzüglichkeit des Betreffenden hervorgehoben wird. Das ist die Ursache, weshalb ich mich gegen jede Nebengebür wende.

Aber ich muss im Gegentheile es heute wieder betonen, dass ich die Regulierung der Gehalte endlich erwarte. Man hat uns versprochen, dass es bis zum Monate März geschehen wird. Nun, ich verkenne es nicht, die Geschäfte drängen gewaltig, es kann der Herr Bürgermeister nicht nachkommen, aber das Eine muss hier ausgesprochen werden, dass wenigstens vom 1. April an die höheren Gehalte flüssig gemacht werden sollen. (Heiterkeit.) Ich würde sogar dafür stimmen, dass die Auszahlung vom Monate Jänner an erfolge, aber so kurzsichtig bin ich nicht, das Budget selbst will ich nicht stören. Es ist nur für neun Monate vorgesehen, es soll also vom Monate April an unbedingt kommen, und ich glaube, der löbliche Gemeinderath wird mir gewiss in dieser Richtung beipflichten.

Ich komme zu einer anderen Rubrik, in der ich ebenfalls die Möglichkeit von Ersparungen vermuthe, das sind die Remunerationen. Was die Remunerationen betrifft, so ist das dieselbe Geschichte. Wer bekommt eine Remuneration? Ich will mich darüber nicht weiter auslassen und nur sagen, dass eine Norm festgestellt werden muss, worin es heißt: es können außerordentliche Dienstleistungen eintreten. Ich bin damit einverstanden; bei den jetzigen Zeiten zum Beispiel sind dieselben eingetreten. Aber da muss ein Normativ, ein Regulativ gegeben und den Beamten gesagt werden, für das und jenes werdet Ihr dieses oder jenes zu erwarten haben; aber nicht, dass sie darum betteln gehen müssen.

Nun komme ich zu einer anderen Rubrik, und das sind die unglückseligen Commissionsgebüren, Diäten u. s. w.; es ist wirklich merkwürdig, der Stadtrath hat sich das erstemal bewogen gefühlt, mit der Vorlage an uns heranzutreten, nach der eine Ersparung erzielt werden soll. Es wurde sogar schon darüber hier verhandelt, und merkwürdigerweise sehe ich die Vorlage auch nicht mehr auf der Tagesordnung, sie ist von derselben abgesetzt worden. Officiell bin ich heute noch nicht verständigt worden, worin die Ursache liegt. Aus den Zeitungen habe ich wohl entnommen, dass der Herr Bürgermeister auf die Rangseintheilung wartet, aber, meine Herren, ich sage — es sei mir gestattet mich milde auszudrücken — dass ich darin eine kleine Rücksichtslosigkeit gegen den Gemeinderath sehe, dass man uns nicht verständigt, warum diese Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt worden ist.

Nun zu den Commissionsgebüren selbst. Es ist ja eine dringende Nothwendigkeit, die Sache zu regeln. Wir haben vor uns eine neue Gestaltung der Stadt infolge des Anschlusses der neuen Bezirke. Wie werden jetzt die Beamten ihre Rechnungen stellen? Was soll die Buchhaltung machen? Wie kann sie diese Rechnungen adjustieren? Sie hat keine Norm dazu, selbstverständlich hängen die Beamten mit ihren Ansprüchen in der Luft. Ich gönne ihnen sehr diese Gebüren, aber das, was der Herr Vertreter aus dem VII. Bezirke hier gesagt hat, diese Jeremiade, das alles ist nicht wahr! (Rufe links: Hört!) Wir brauchen ja keine Rangeintheilung für die Commissionsgebüren zu wissen. Und dann sind diese Gebüren in dieser Vorlage so fleißig gearbeitet worden, dass ich eine Freude darüber gehabt habe. Nur einen einzigen Punkt hätte ich zu bekämpfen, die Diäten ins Ausland. Diese Diäten hat der Stadtrath wahrscheinlich aus Versehen in doppeltem Betrage fixiert, das ist vorschriftswidrig. Warum? Für Diäten ins Ausland ist wohl ein höherer Betrag auf Grund des Agios herzugeben, aber sonst liegt nach unseren Normalien kein Grund dazu vor, die Diäten ins Ausland im doppelten Betrage zu rechnen. Gegen diesen Betrag hätte ich entschieden gestimmt. Ich bin nicht befugt, hier vielleicht dem Stadtrathe ein Privatissimum zu geben, aber ich möchte es dem Stadtrathe dringend empfehlen, wenn das zur Sprache kommt, diese Diäten ins Ausland etwas zu berücksichtigen.

Nun, noch eine Rubrik habe ich, welche aber eine sehr bedeutende ist, meine geschätzten Herren, und das ist die Rubrik der Lehr- und Lernmittel. Wie oft war diese Rubrik schon Gegenstand der erregtesten Debatte im Gemeinderathe, und bis heute ist noch nicht etwas Greifbares geschehen, um wirklich mit Erfolg Ersparungen zu ermöglichen! Bei den Lernmitteln hat man sich noch wenigstens aufgerafft, dass jetzt der Schulleiter die Bestätigung über die Qualität abgeben muss. Es ist wohl ein nisi dabei, denn es gibt Lehrmittel, deren Qualität augenblicklich nicht constatiert werden kann; nehmen Sie die physikalischen Apparate, die müssen ja erst erprobt werden, ob sie sich bewähren oder nicht. Hiebei muss ich aber insbesondere auf die Lernmittel für die Armen zu sprechen kommen.

Meine Herren! Da liegt es sehr im Argen. Bei den 85.000 fl., welche ins Budget eingestellt sind, könnte eine erkleckliche Summe erspart werden, wenn eine richtige Controle geübt würde. Ich will die Herren nicht ermüden mit dem ganzen Vorgange, der mir ganz genau bekannt ist, weil ich ein durch 25 Jahre praktischer Mann bin in Gemeinde- und besonders Schulangelegenheiten, und die Erfahrung gewonnen habe, wie man da vorgeht. Nun, ich weiß, die gegenwärtige Zusammensetzung des Armenrathes reicht nicht aus, um bei den Eltern zu erkennen, ob sie wirklich hilfs- und unterstützungsbedürftig sind oder nicht.

Aber auf den einen Umstand muss ich aufmerksam machen, dass ich die Erfahrung gemacht habe, dass die Kinder in den unteren Classen sich mit Lernmitteln, mit Armenbüchern betheilen lassen, dass sie aber, wenn sie in die höheren Classen kommen, zum Bewusstsein gelangen und sich vor den anderen Kindern genieren, weil diese sagen: Was, du hast ein Armenbuch? Ihr seid ja in den besten Verhältnissen; und dann lässt sich das Kind nicht mehr ein Armenbuch geben.

Abgesehen von alledem will ich sagen, dass hier eine Controle geübt werden muss. Das ist absolut nothwendig. Denn, wenn ich die einzelnen Fälle in Betracht ziehe, so hat es mit den Lehrbüchern ein eigenes Bewandtnis. Bei Schluss des Schuljahres muss das arme Kind das Buch abgeben und dasselbe wird dann in die Buchbinderei geschickt, um es wieder renovieren zu lassen: denn in einem Jahre hat natürlicherweise das Kind dem Buche Schaden zugefügt u. s. w. Der Buchbinder ist nun fertig, das Buch ist wieder hergestellt; plötzlich fällt es der Schulbehörde ein, dass ein neues Buch eingeführt werden muss. Heuer ist es im VIII. Bezirke geschehen, dass neue Bücher eingeführt wurden. Man hat also die früheren Bücher ganz umsonst angeschafft. Das geht nicht an. Daher möchte ich das geehrte Präsidium bitten,

dass es bei den competenten Schulbehörden dahin wirken möge, dass wenigstens eine Frist von einem Jahre dazwischen gelegt werde, und dass erst im nächsten Jahre ein Wechsel der Bücher eintrete, nicht aber gleich am Anfange des Schuljahres, wodurch man sozusagen aus allen Himmeln gefallen ist. Dazu kommt noch ein anderer Umstand, die Veränderung der Bücher ist manchmal ganz geringfügiger Natur.

Da könnten sehr leicht mittels Appendices die alten Bücher verwendet werden. Wenn in einem Bezirke ein Buch außer Cours kommt, so muss es in den andern Bezirken des Landes noch nicht außer Gebrauch gekommen sein. Da könnte man vielleicht diese Bücher auf solche Art verwerten. Es ist in dieser Richtung eine möglichst weitgehende Controle empfehlenswert. Ich werde mir daher erlauben, folgenden Antrag einzubringen:

Der Gemeinderath wolle beschließen, dass zur Überwachung der Lehr- und Lernmittel an jeder Schule ein Local-Comité unter Aufsicht eines Mitglieds aus dem Ortsschulrathe eingesetzt werde. Weiters sei aus jedem Bezirke ein Gemeinderath in ein Central-Comité zu wählen, welchem die Controle über die Local-Comités zusteht.

Dann werden wir Ordnung schaffen. Wenn ich sehe, wie in unserem Gemeinderath, dem ich solange anzugehören die Ehre habe, viele Talente, die in diesem Saale zu finden sind, viele Fachmänner zur Unthätigkeit verurtheilt sind und höchstens hier mitzustimmen haben, so thut mir wirklich das Herz weh. Wir müssen darauf hinwirken, dass der Gemeinderath wirklich Thätigkeit entfalte, um den Wünschen seiner Wähler zu entsprechen. Nun, meine Herren, bin ich mit den auf die Sparsamkeit bezüglichen Punkten zu Ende und komme zum zweiten Punkt, das ist die durchgreifende Reform in der Verwaltung.

Sie werden sich vielleicht erinnern, dass unser verehrter Herr Bürgermeister in seiner Antrittsrede diesen Punkt in sein Programm aufgenommen und gesagt hat, er werde seine größte Sorgfalt darauf verwenden, dass eine durchgreifende Reform der Verwaltung vorgenommen werde. Bis heute habe ich davon nichts gesehen, als höchstens die Anordnung, in welcher die Beamten aufgefordert werden, sich der Vielschreiberei zu enthalten und die Höflichkeitsformeln wegzulassen. Das ist noch kein Ersparnis.

Eine durchgreifende Reform kann dazu führen, dass Personale erübrigt wird. Ich will nicht die einzelnen Departements durchgehen; es ist auch nicht meine Aufgabe als Gemeinderath, hier mit Reformvorschlägen hervorzutreten. Aber ein Departement muss ich vorzüglich erwähnen, d. i. das Militär-Einquartierungsamt. Anlässlich der letzten Kaisermanöver in Wolkersdorf hatte ich als Landwehrofficier eine ganze Landwehrbrigade einzuquartieren und habe hiebei die Erfahrung gemacht, welch' schwerfälliger Apparat in diesem Amte besteht. Man hat es soweit gebracht, dass man den Officier zwingt, zu Winkelzügen zu greifen, um den höheren Quartierbeitrag zu erhalten, welchen ihm die Commune bewilligt. Es soll sich das jetzt gebessert haben. Als ich dem Beamten sagte: Ja, ist denn eine einfachere Führung der Geschäfte nicht möglich? — erwiderte man mir: Ja, mein Herr, das ist schwer, wir dürfen nichts sagen; wenn wir dem Magistrate damit kämen, würde er sagen: Was? so lange ist die Geschichte gegangen und niemand hat sich den Fuß gebrochen, wir bleiben beim alten Zopfe. (Heiterkeit rechts.) So geht es nicht. Da möchte ich, um endlich zum Schlusse zu gelangen, empfehlen, dass eine Anordnung getroffen und an sämmtliche Departements, an die fähigen Beamten — deren wir sehr viele besitzen, wir haben verborgene Talente in unserer Beamtenschaft, ich habe Gelegenheit gehabt, mit vielen zu sprechen, die auf Reformen von großer Bedeutung hingewiesen haben — die Aufforderung gerichtet werde, dass jeder seine Meinung, sein Gutachten abgebe, in welcher Richtung eine durchgreifende Reform eingeführt werden könnte; sehr geehrte Herren, Sie würden staunen, welche Folgen sich daraus für uns ergeben würden.

Ich kenne das aus der Staatsverwaltung; ich habe schon einmal die Ehre gehabt, hier zu erwähnen, dass bei uns jeder Beamte das Recht hat, Reformvorschläge einzubringen; er wird sogar remuneriert, wenn seine Vorschläge eine greifbare Form haben. Das würde ich dem geehrten Präsidium zur Beurtheilung anheimgeben.

Bei der Special-Debatte selbst werde ich vielleicht noch Gelegenheit finden, über einiges mich auszusprechen und die bezüglichen Anträge zu stellen.

Zum Schlusse sei es mir gestattet, dem tiefgefühlten Wunsche Ausdruck zu geben, dem Gemeinderathe möge es gelingen, bei ruhiger, liebevoller Collegialität die großen Fragen, deren Berathung unser noch harrt, zum Wohle unserer Mitbürger zu lösen.

Und damit, meine Herren, danke ich Ihnen für die längere Anhörung meines Vortrages. (Bravo! Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Latschka: Bevor ich zum Gegenstande selbst spreche, möchte ich zwei kleine Bemerkungen machen. Die erste betrifft die zwei Bücher, die man uns zur Budgetberathung gegeben hat. Sie werden mir gewiss alle zustimmen, dass diese zwei riesigen Bücher etwas unbequem sind. Unser Pult ist etwas zu klein, um dieselben aufzunehmen, und die beiden Bücher sind zu groß, zu schwer, um sie mitzunehmen und hin- und herzutragen.

Ich glaube, die Herren werden mir zustimmen, wenn ich — nicht einen Antrag stelle, denn die Sache ist zu kleinlich, sondern — an den Herrn Vorsitzenden die Bitte richte, dass er uns für das nächste Budget die beiden Bücher in einige Hefte zertheilen lasse, vielleicht nach den einzelnen Hauptstücken, und sie auch ein klein wenig abschneiden lasse, damit wir sie in unser Pult hineinbringen. Das ist die erste Bemerkung.

Die zweite betrifft den Schlusspassus der Rede des Herrn Referenten, welcher uns gewidmet war. Er hat gemeint, uns sein Bedauern darüber ausdrücken zu müssen, dass eine Anzahl von Gemeinderäthen, die in die Budgetcommission gewählt worden sind, den Sitzungen derselben fern geblieben sind und daher gewissermaßen ihre Pflicht gegen ihre Wähler vernachlässigt hätten. (Widerspruch seitens des Referenten.) Nicht?

Nun, es hat wenigstens aus dem Bedauern, das der Herr Referent ausgedrückt hat, etwas Ähnliches hervorgeleuchtet. Meine Herren! Wer die Thatsachen kennt, der muss sagen, dass das Bedauern, das der Herr Referent ausgesprochen hat, doch nicht ganz aufrichtig gemeint sein kann und dass das Bedauern, das er uns widmet, eigentlich ein Hieb sein soll, den er uns in politischer Beziehung, in Bezug auf unsere Wähler hat geben wollen. Er hat uns da gewissermaßen bei unseren Wählern verzünden wollen, als hätten wir unsere Pflicht nicht gethan. Meine Herren! Die Sache liegt so. Wir sind bis jetzt immer bereit gewesen, überall mitzuarbeiten, aber die Majorität hat uns überall ausgeschlossen, aus jeder Commission sind wir ausgeschlossen worden. Wie die Sache jetzt gestanden ist, hätte man uns in die Budgetcommission gewählt. Aber, meine Herren, ich glaube, Sie werden uns doch

soviel Manneswürde zutrauen, dass wir zu den Herren der Majorität nicht betteln kommen, sondern dass wir als Partei und als selbständiger Club der Opposition auch jene Mitglieder unseres Clubs in die Commission schicken, die unser Vertrauen haben.

Nun hat es die Majorität geradeso gemacht, als wenn sie uns eine Gnade dadurch erweisen wollte, dass sie einige von uns in die Commission gewählt hat. Es hat die Majorität oder ihr Führer — wer es auch immer ist — nicht die von uns bestimmten Mitglieder gewählt, sondern den einen und andern ausgesucht, beziehungsweise excommunicieren wollen.

Was sehr zu bedauern ist, ist dies: Als ich dem Herrn, der sich damals so eigenthümlich und verwundert benommen hat, gesagt habe, er weiß ja recht gut, warum wir dies ablehnen, so hat er mir — die Herren sind alle Zeugen gewesen, es ist ganz laut gesprochen und bis hinauf auf die Gallerie gehört worden — laut die Antwort gegeben: „Was mir die Opposition sagt, das ist mir Wurst!" (Rufe links: Ja, so ist es!) Nun, meine Herren, wenn die Opposition so behandelt wird, so glaube ich, werden Sie es unserer Manneswürde wohl zugute halten, wenn wir nicht betteln gehen und von denen, die uns als Wurst in solcher Weise behandeln, gar keine Gnade haben wollen. Überdies haben unsere Wähler deswegen keinen Schaden gehabt, dass wir bei der Commission nicht dabei waren; in unserem Club sind auch die Berathungen über das Budget gepflogen worden, und was wir da ausgemacht haben, meine Herren, das wird schon seinerzeit zutage kommen.

Das sind die zwei Vorbemerkungen. Ich komme also zum Gegenstande. Ich habe mich aus zwei Gründen zum Worte gemeldet. Der erste Grund ist dieser. Als es sich um die Vergrößerung Wiens durch Einbeziehung der Vororte handelte, hat unter meinen Wählern mancher gesagt und gemeint und der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass bei der Vergrößerung Wiens auch die Lasten, die Abgaben größer werden und es könnte bei den großen Werten, von denen man immer redet und bei den großen Arbeiten der Nutzen nur einzelnen Personen zutheil werden und die große Masse der Wähler unserer Seite könnte da wieder leer ausgehen. Ich habe versprochen, ich werde bei der Budget-Debatte darüber sprechen und meiner Meinung Ausdruck geben. Das ist der erste Grund, warum ich spreche. Der zweite ist dieser: Es hatte bei dem alten Gemeindestatut wenig auf sich, ob man bei der Budget-Debatte das Wort ergriffen hat. Der alte Gemeinderath hat ja eigentlich sich selbst das Budget bewilligt und hatte die Ausführung der Beschlüsse. Ist bei der Budget-Debatte ein Fehler vorgekommen, so hat es der Gemeinderath in seiner Gewalt gehabt, wenn die Angelegenheit zur Beschlussfassung gekommen ist, den Fehler zu verbessern und seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Das ist jetzt nach dem neuen Statut nicht mehr so. Nach dem neuen Statut hat der Stadtrath die Ausführung der Beschlüsse, die Beschlüsse fassen wir, die Ausführung hat aber der Stadtrath. Wenn wir also das Budget bewilligt haben, so sind wir so ziemlich die Überflüssigen, denn wir werden dann nur wenig mehr zu reden haben und der Stadtrath thut dann, was er will.

Es wird also hiermit verlangt, dass wir dem Stadtrath die 29, 30 oder 31 Millionen, wie es in den verschiedenen Vorlagen heißt, bewilligen, und er soll dann in den meisten Fällen thun, was er will. Wir sollen, so verlangt es der Stadtrath, eine Masse Geldes bewilligen, damit er schalten kann, wie er will. Meine Herren, deswegen ist jetzt für uns die Zeit, zu reden; wenn wir es jetzt nicht thun, später kommen wir gar nicht mehr in Bezug auf Geldbewilligungen zum Wort, in den wenigsten Fällen nur. Das ist der zweite Grund, warum ich mich zum Worte gemeldet habe. Es ist also die Bewilligung unseres Budgets gleichsam ein Vertrauensvotum für den Stadtrath. Meine Herren, wenn ich nun sage, ich stimme gegen diese Bewilligung, so sage und meine ich damit nicht, dass wir wollen, die ganze Verwaltungsmaschine solle stillestehen, sondern ich bitte das nur so aufzufassen, dass wir damit sagen wollen, wir haben das Vertrauen zum Stadtrath nicht, dass er in unserem Sinne die Gelder ausgeben und verwalten wird. (Rufe links: Richtig!) Das ist die Bedeutung, wenn wir gegen das Budget stimmen. Meine Herren! Eigentlich ist alles, was hier im Plenum geschieht, nichts anderes als ein Vertrauens- oder Misstrauensvotum gegen den Stadtrath. Wenn Sie die Anträge des Stadtrathes bekommen, so sind sie meist so kurz gefasst, dass keiner von uns, der nicht durch einen Stadtrath vielleicht extra aufgeklärt wurde, weiß, warum, weswegen oder wie die Sache eigentlich begründet wird.

Es weiß jeder von uns, dass die Anträge viel zu kurz gefasst sind. Nun kommt ein Referent. Dem Referenten liegt selbstverständlich nur daran, dass er sein Referat sobald als möglich heil und trocken unter Dach bringt, dass es sowenig als möglich Opposition finde, und er kommt und sagt, — das ist schon öfter dagewesen — ich berufe mich auf Thatsachen, dass der Referent hingekommen ist zum Tische und gesagt hat: „Es handelt sich um das und das, der Kostenbetrag ist so und soviel tausend Gulden, die Sache ist höchst wichtig, aber es würde zu lange dauern, wenn ich Ihnen alle diese Gründe auseinandersetzen und vorlesen würde. Ich kann Sie versichern, dass der Magistrat und unsere Ämter, sowie der Stadtrath alles genau erwogen haben, deshalb bitte ich Sie um Annahme des Antrages." Die Opposition ist nicht so gläubig und es zeigt sich, dass hie und da Fragen an den Referenten gestellt werden, dass auch dagegen gesprochen wird, ja ich gebe gerne zu, dass von uns gar oft daneben gehaut wird. Wir wissen eben nicht, wie sich die Sache verhält. Darüber wird nun seit kurzer Zeit die Majorität nervös und einige Herren von drüben sind darauf einstudiert, dass sie nach kurzer Zeit die Hand erheben und Schluss der Debatte oder gleich die Wahl von Generalrednern beantragen. Dann kommt auch ein Herr von der Majorität und sagt: „Ich muss gestehen, mir ist die Sache auch nicht klar, aber ich habe das Vertrauen, dass die Ämter und der Stadrath alles genau erwägen, sonst kämen sie nicht her, und ich bin für die Annahme, die Herren drüben sollen es auch sein." So votieren die einen drüben dem Stadtrathe das Vertrauen, und wir, die wir nicht genau wissen und nicht bestimmen können, ob wir dafür oder dagegen stimmen sollen, wir sind gewöhnlich still oder stimmen dagegen. Wenn nun bei gewöhnlichen Verhandlungen die Sache sich auf ein Vertrauensvotum für den Stadtrath zuspitzt, so ist es hier umsomehr der Fall, als die Verhandlung des Budgets eigentlich nichts anderes ist, als ein Vertrauensvotum für den Stadtrath. Nun, meine Herren, dass die Opposition dem Stadtrathe nicht das Vertrauen votieren kann, wird auch der Unschuldigste von drüben selbstverständlich finden.

Wenn ich gegen den Stadtrath spreche, spreche ich nicht gegen Personen, es fällt mir nicht ein, persönlich zu sein. Ich werde auch nicht in die Klagen einstimmen, die wir gehört haben, dass manche Herren Stadträthe ihrer Pflicht nicht so nachkommen, wie sie sollen, und dass sie sich die 3000 fl. billig verdienen wollen.

Ich will auch nicht principiell gegen den Stadtrath sein. Wir sind von Anfang an gegen den Stadtrath principiell gewesen, jetzt aber ist der Stadtrath eine Institution unserer städtischen Verfassung, er steht im Gemeindestatut, es ist thatsächlich, wir kennen ihn als solchen an. Wir sind also nicht deshalb gegen das, was auf dem Referententische liegt, weil es der Stadtrath bringt, sondern aus anderen Gründen, freilich auch aus principiellen Gründen. Nach dem Statute soll der Stadtrath aus der Mitte der Gemeinderäthe gewählt werden, das heißt dem Sinne nach, wenn ich überhaupt den Sinn eines Satzes verstehen kann, dass der Stadtrath aus dem ganzen Gemeinderathe, also aus allen Parteien zu wählen sei, und glaube ich, dass die Opposition, die fast die Hälfte der Wähler von ganz Wien hinter sich hat (Rufe: Mehr!), dass diese Opposition mit Recht fordern kann, im Stadtrathe mit einem gewissen Perzentsatze vertreten zu sein. Das hat man aber nicht gethan und das war ein Fehler der Majorität. Die Majorität hat sich terrorisieren lassen von einigen Persönlichkeiten; als der Antrag gestellt wurde, auf die Opposition Rücksicht zu nehmen, hat man uns ausgeschlossen, excommuniciert, und zwar unter dem nichtigsten Vorwande, man hat uns sogar den Namen einer Partei absprechen wollen. Der eigentliche Grund ist aber gewiss nur der principielle Unterschied zwischen uns und Ihnen.

Die liberale Partei erwählt sich den Stadtrath nach ihrer Meinung, und wird also der Stadtrath nach liberalen Grundsätzen die Verwaltung führen. Da haben Sie auch den Gegensatz von uns. Wir sind principielle Gegner der liberalen Partei und der liberalen Grundsätze, weil wir die Überzeugung haben, dass die liberalen Grundsätze der liberalen Partei verderblich für Österreich und die ganze Gesellschaft sind. (Beifall links und Händeklatschen. — Rufe rechts: Lächerlich!) Das ist unser principieller Gegensatz. Es ist nicht schön, wenn ein Gegner unsere Überzeugung als lächerlich bezeichnet; er verlangt, dass ich ihn achte in seiner Überzeugung, wir können doch dasselbe verlangen; es schickt sich nicht, solche Ausdrücke zu gebrauchen. Ich spreche weiter.

Ich sage also, nachdem nun der Stadtrath nicht das Organ des ganzen Gemeinderathes ist, sondern nur das Organ einer Partei des Gemeinderathes, so ist es ganz klar und folgerichtig, dass wir diesem Stadtrath, als dem Organ der liberalen Partei, das Vertrauen nicht schenken können. Er wird bei alldem, was wir ihm an Geldern und Machtmitteln übergeben, dieselben nicht in unserem Sinne und im Sinne unserer Wähler verwenden, sondern nach den Grundsätzen, wie er sie immer geübt hat. Nun weiß ich wohl, dass die Herren Stadträthe nicht mehr so liberal sind wie ehemals, man lernt ja in der Zeit und die Zeit macht ja auch ihren Einfluss geltend. Alles was auf unserer Seite entstanden, hat auch einen Einfluss auf die Herren der anderen Seite ausgeübt, und man könnte sagen, vielleicht hat sich der Stadtrath in Bezug auf sein Princip gemäßigt und ist gegen das Volk nicht so arg. Ich kann aber trotzdem dem Stadtrath mein Vertrauen nicht schenken. Wenn ich den Beweis hätte, dass der Stadtrath gewissenhaft die Beschlüsse des Gemeinderathes immer ausführt, dann könnte ich sagen, es ist möglich, mit dem Stadtrath zu reden.

Aber die Erfahrung zeigt, dass wir auch das Vertrauen dem Stadtrathe nicht entgegenbringen können. Wir haben Beispiele, dass der Stadtrath Beschlüsse des Gemeinderathes nicht ausgeführt, und ich will nur einen Beweis anführen, er betrifft mich persönlich.

Es wird den Herren, die schon länger im Gemeinderathe sind, in Erinnerung sein, dass ich bei der letzten Budget-Debatte, also vor $1\frac{1}{2}$ Jahren den Antrag gestellt habe: „Es seien 1000 fl. zu bewilligen zur Anschaffung von Crucifixen in den Volksschulen". Dieser Antrag ist ohne Debatte fast einstimmig im Gemeinderathe angenommen worden, fast einstimmig sage ich, sogar mit einer gewissen Begeisterung auch von der anderen (rechten) Seite. Als der Gemeinderath Gregorig den Antrag stellen wollte zur namentlichen Abstimmung über meinen Antrag, hat man uns von drüben zugerufen: „Wozu denn! wir sind ja ohnehin alle dafür!" und wirklich, es sind bei der Abstimmung nur wenige Hände untengeblieben. Mein Antrag ist also beschlossen worden, der Gemeinderath hat fast einstimmig etwas beschlossen, was für uns in Bezug auf unsere Parteistellung wohl nicht so besonders wichtig ist, aber von principieller Bedeutung ist.

Die Sache liegt, weiß Gott wie lange beim Magistrate und kommt im October zum Stadtrathe, und was thut der Stadtrath? Der Stadtrath wirft die Sache sozusagen unter den Tisch (Rufe: „Unerhört!" und zwar mit der Begründung: Es heißt im Protokolle des Stadtrathes: — ich weiß nicht auswendig — „Auf Antrag des Stadtrathes Dr. Grübl wird die Sache verschoben, man müsse Erhebungen pflegen, ob in den Schulen der Vororte auch Crucifixe sind oder nicht!" (Gem.-Rath Jedlička ruft: Saubere Gesellen!)

Mit welchem Rechte kann der Stadtrath einen Beschluss des Gemeinderathes, einen fast einmüthig beschlossenen Gegenstand auf die lange Bank schieben, mit welchem Rechte kann der Stadtrath das thun? Was gehen in diesem Falle den Stadtrath die Schulen der Vororte an? Es hat der alte Gemeinderath die 1000 fl. für die Schulen der zehn Bezirke bestimmt, nicht für die Schulen der Vororte. Was liegt daran, ob in den Schulen der Vororte Crucifixe sind oder nicht? Es ist das auszuführen, was vom Gemeinderathe beschlossen worden ist.

Nun komme ich auf das Wort, das ein Stadtrath einmal mir ins Gesicht gesagt hat, zurück. Es ist möglich, dass es den Herren Wurst ist, ob vor den Augen unserer Christenkinder ein Crucifix oder Mosestaferln hängen, es ist möglich, sage ich, aber uns und Ihnen von der Majorität kann es nicht Wurst, nicht gleichgiltig sein, was der Stadtrath mit den Beschlüssen des Gemeinderathes thut. (Beifall links.) Der Stadtrath ist das Organ des Gemeinderathes und hat das auszuführen, was der Gemeinderath beschlossen hat, und nachdem das ein so eclatanter Fall ist, dass der Stadtrath mit den Beschlüssen des Gemeinderathes nur so herumspringt, meine Herren, dann können Sie von uns nicht verlangen, dass wir diesem Stadtrath unser Vertrauen gewähren. Deswegen bin ich dagegen, wenn wir jetzt dem Stadtrath 30 bis 31 Millionen Gulden bewilligen sollen. Da haben wir ja auch dann nicht die Gewähr, wenn wir auch genau sagen, diese Summe gehört für diesen und jenen Gegenstand, dass das geradeso ausgeführt wird, wie man es beschlossen hat, nachdem in einer so wichtigen Angelegenheit der Stadtrath thut, was er will.

Ich komme nun zum Budget und muss da sagen, dass ich in dem Budget eigentlich einen Fehler gefunden habe, und das ist, gelinde ausgedrückt, der Mangel an Klarheit oder Aufrichtigkeit. Es ist nicht alles so klar und so aufrichtig, wie ich es gerne wünschte. Meine Herren! Es liegt das wohl auch in der Partei. Als die liberalen Herren zur Zeit, als es sich um die Wahlen handelte, ihre politischen Bittgänge in die Vororte hinaus machten

und um schönes Wahlwetter beteten, haben die Herren draußen das Paradies auf Erden versprochen, und wenn auch nicht das, so haben sie wenigstens versprochen, dass die Lasten der Vororte nicht werden erhöht werden. Ich werde mich nicht irren, wenn ich der Meinung bin, dass der Herr Referent des Stadtrathes selbst etwas Ähnliches hier im Hause und anderswo gesagt hat. Ich bin vollkommen überzeugt, dass dieser Herr in seiner Objectivität und Geradheit vollständig von dem überzeugt war, was er gesagt hat. Aber wir haben öfter davon gesprochen, dass eine große Zahl von neuen Beamten angestellt, dass die Lasten viel größere werden müssen. Wir haben es gewusst, und ich denke, dass auch viele Herren von der liberalen Partei es gewusst haben, und wenn sie es gewusst haben, so wäre es aufrichtig gewesen, den Herrn, der anders redet, eines Besseren zu belehren. Sie haben es aber nicht gethan, gerade sowenig wie die Herren aus den Vororten. Ich glaube, dass es gerade ein Herr aus den Vororten gewesen ist, der den Antrag zur Herstellung einer Medaille wegen der glänzenden Geschichte der Einverleibung der Vororte in Groß-Wien gestellt hat. (Heiterkeit links.) Ich glaube nicht, dass die Freude der Vororte gar so groß und aufrichtig wegen der Einverleibung in Wien war, denn das Budget zeigt uns ja, dass die Herren dem schönen Wetter nicht recht getraut haben. Sie haben unmittelbar vor der Einverleibung die Bezüge ihrer Beamten und wie mir scheint, auch die Bezüge der Lehrer in einigen Gemeinden erhöht, und sie haben auch geschwind draußen einige Rathhäuser gebaut. Warum haben sie das gethan? Die allgemeine Stimmung hatte seinerzeit schon gesagt: Ja, wir bauen uns jetzt schon Häuser, weil wir nicht wissen, ob wir später welche bekommen. (Heiterkeit links.) Wenn die Herren dazumal so gedacht haben, so scheint mir die Freude über die Einverleibung in Groß-Wien nicht gar so aufrichtig zu sein. Nun denke ich, meine Herren, dass das, was gestern ein Vertreter des II. Bezirkes schon gesagt hat, auch nicht so klar im Budget ausgedrückt ist.

Da sind unter den Activen allerhand Vermögensgegenstände angeführt, die ja eigentlich eine große Last für Wien sind. Es ist wahr, wir brauchen einen Park, wir brauchen Straßen, wir brauchen verschiedene andere Häuser ꝛc. ꝛc.; aber sie tragen uns nichts, sie sind eine Last für uns, und so sollte man die Sache mehr als negatives Vermögen ansehen und nicht hinterher thun, als hätte die Gemeinde ein ungeheueres Vermögen, da das doch zum großen Theile eine Last für die Gemeinde ist. Viel aufrichtiger ist der Herr Referent in seinem Referat gewesen, welches uns gedruckt vorliegt; da hat er einen Satz ausgesprochen, in dem das ganze Geheimnis der liberalen Wirtschaft im Gemeinderathe deutlich angedeutet ist. Er sagt nämlich: Es ist nicht Aufgabe des Gemeinderathes, zu thesaurieren. Ja, meine Herren, es ist nicht Aufgabe des Gemeinderathes, zu thesaurieren, Schätze zu sammeln heißt das auf deutsch, es ist nicht Aufgabe des Gemeinderathes, zu sparen. Wie schön wäre das gewesen, wenn wir die Jahre hindurch gespart und Schätze gesammelt hätten, nachdem wir jetzt zur Durchführung der großen Arbeiten Millionen brauchen, wenn sie ins Volk hinausgehen und sagen könnten: „Wir haben die Jahre hindurch so und soviel Millionen erspart und von diesen Millionen können wir bauen, dieses und jenes Werk schaffen". Damit würden Sie viel mehr Freude erwecken, als wenn Sie sagen, wir haben nichts erspart; aber weil wir die Werke brauchen, so müssen wir so und soviel Millionen Schulden machen. Ja, meine Herren, Sie brauchen nicht zu thesaurieren, und da liegt das Geheimnis offen. Es ist Aufgabe des Gemeinderathes, nur geschwind das Bargeld, die Obligationen, die wir da haben, hinauszugeben; ja, jetzt weiß ich, warum die Herren im Verkaufe von Baugründen so fanatisch sind: (Beifall links) es ist nicht Aufgabe des Gemeinderathes, zu thesaurieren! Es könnte ja sein, nachdem jetzt ein so großer Aufschwung in Bezug auf das Bauen kommen wird, dass die Gemeinde Wien glänzende Aussicht hat, dass die Gründe einen großen Wert bekommen könnten. Da muss man geschwind alles im voraus weggeben, wie der wienerische Ausdruck lautet: „Nur fort geschwind mit Schaden". Es gibt Leute, welche eine krankhafte Scheu vor dem Wasser haben, und diese behandelt man dann als Kranke und läßt sie nicht zum Wasser.

Es scheint mir, dass im Stadtrathe Herren sitzen, welche eine krankhafte Scheu vor dem Gelde haben (Heiterkeit links); sie können das Geld nicht anschauen, sie können es nicht ruhig liegen lassen. Wenn das der Fall ist und wenn ihr Grundsatz der ist: Man darf nicht thesaurieren — so ist damit auch die krankhafte Scheu vor dem Gelde bewiesen und die Folge, dass man diese Herren zu unseren Geldcassen nicht hingehen lassen soll. Denn sie würden nicht thesaurieren, sie würden nur sagen: „fort mit Schaden" und das Geld ausgeben, bevor wir es vielleicht brauchen. Bei diesem Grundsatze können wir dem Stadtrathe unser Vertrauen nicht gewähren.

Was uns von dieser Seite immer höchst unangenehm ist — ich sage damit nichts Neues — ist die Art der Bedeckung. Wenn wir Ausgaben haben — und eine riesige Gemeinde, wie Wien, hat auch riesige Ausgaben — so wird alles auf den Steuergulden gelegt. Wenn nicht jetzt für Groß-Wien die Kohle von der Verzehrungssteuer frei geworden wäre, so hätten wir ja gar nichts, was noch nicht versteuert ist. Das Wasser wird versteuert; wir zahlen unsere Wasserkreuzer. Die Luft wird versteuert; wir zahlen die Mietzinssteuer oder die Zinskreuzer. Das Fleisch ist mit der Verzehrungssteuer belegt. Die Erde ist versteuert. Also Luft, Erde und Wasser, fast alle Elemente sind der Steuer unterworfen. Das halten wir für eine große Belastung unseres Volkes.

Andere Gemeinden, selbst solche, die unter liberaler Wirtschaft stehen, haben es verstanden, zu rechter Zeit solche Werke zu schaffen, die für sie selbst gewinnbringend sind. Sparcassen sind da errichtet worden und andere Werke; es gibt riesige Städte, welche das Gas u. s. f. in eigener Regie haben. Das, was da eingeht, braucht man dann nicht von den Steuergulden zu nehmen. Ich will nicht weiter darüber sprechen, es ist dies ja von uns schon oft besprochen worden. Aber ich habe es deshalb erwähnt, weil es für uns eine höchst brennende Frage geworden ist, wie die Sparcassen in den Vororten, die Pfandleihanstalten und andere Institute für die ganze Gemeinde Wien gewinnbringend zu machen sind. Es ist an der Zeit, über diese Sachen zu reden. Das Referat in Bezug auf die Armenpflege liegt uns schon monatelang vor. Meine Herren! Die Gemeinde Wien muss jährlich mehr als eine halbe Million für den Armenfond beitragen, heuer sogar viel mehr. Es sind heuer 600.000 fl. im Budget eingestellt. Dieses Daraufzahlen aus den Steuergeldern ist eigentlich eine allgemeine Armensteuer und diese Armensteuer trifft ja hauptsächlich und zunächst diejenigen, die ohnehin bald in die Lage kommen müssen, die Wohlthaten der städtischen Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Meine Herren! Ich finde, dass eine solche Steuer für die Armen eigentlich eine ungerechte ist und gerade in Bezug auf die Armensteuer ist es nothwendig, dass diese Angelegenheit, die ich vorhin

erwähnt habe, die Frage der Sparcassen, Pfandleihanstalten u. dgl. einmal geordnet werde. Meine Herren, immer nur an die Steuergulden zu denken, geht nicht an. Die Verarmung nimmt in Wien in riesigem Maße überhand. Ich will in dieser Beziehung nur einige Ziffern anführen.

Im Jahre 1889 wurden schon 103.000 Executionsbolleten ausgegeben. Wir haben dazumal 30.000 Wähler für den Gemeinderath, von dem Fünfgulden-Steuerzahler bis hinauf zu 30.000. Es sind noch mehr Steuerzahler, das weiß ich wohl, aber wenn nicht mehr wären als die, so kämen auf jeden Steuerzahler drei Androhungen mit Execution, Steuer zu zahlen.

Ist das ein Zeichen von Fortschritt, ein Beweis des Besserwerdens? Und da will man immer noch neue Steuern unserer Bevölkerung auferlegen? In die Versatzämter, in das kaiserliche Versatzamt und in die Pfandleihanstalt der Verkehrsbank wurden im Jahre 1881 1,500.000 Pfänder eingelegt und 18 Millionen Gulden herausgenommen. Im Jahre 1889 wurden 1,780.000 Pfänder eingelegt und 22 Millionen Gulden herausgenommen. Wenn Wien beiläufig eine Million Einwohner hat — diese Daten sind noch vom Jahre 1889 — kommen 22 fl. auf jeden erwachsenen Wiener, die er aus dem Versatzamt herausholt. Und da wollen Sie noch davon reden, dass unsere Steuerzahler im Stande sind, größere Lasten zu tragen?

Die Armenpflege hat im Jahre 1883 6,279.000 fl. erfordert, und im Jahre 1889 haben wir, nicht nur die Gemeinde, sondern auch die Privaten, alle zusammen, 6,652.000 fl. zahlen müssen.

Nach diesen Ziffern, die aus dem statistischen Jahrbuche der Stadt Wien herausgenommen sind, wo Sie dieselben ja nachschauen können, ist es klar, dass wir Zeugen einer fortwährenden Verarmung unserer Mitbürger sind.

Das kann also nicht mehr so gemacht werden, dass wir neue Steuern, neue Lasten auferlegen.

Ich glaube also, jetzt ist es an der Zeit und nothwendig, dass der Gemeinderath einmal in Erwägung ziehe, wie andere nutzbringende Institute geschaffen werden können, wodurch unsere Steuerzahler in ihren Lasten erleichtert werden.

Aus den angeführten Gründen also, meine Herren, bin ich gegen das Budget. Wir haben kein Vertrauen zum Stadtrath, weil er nach seiner Zusammensetzung nur das Organ der liberalen Partei ist, weil er in seinen Handlungen gezeigt hat, dass er die Beschlüsse des Gemeinderathes nicht hoch hält, sondern mit ihnen thut, was er will. Wir können das Budget deswegen nicht bewilligen, weil es uns nicht klar, deutlich und aufrichtig genug ist, wir können es nicht bewilligen, weil es die Steuerträger zu wenig berücksichtigt und alle Kosten auf diese gewälzt werden. Meine Herren! Wenn Sie beklagen, dass die Opposition nicht mitarbeitet und mitunter die Berathungen stört, so dürfen Sie nicht sagen, dass wir allein die Schuld an solchen Vorkommnissen haben, sondern Sie müssen sich selbst an die Brust schlagen und sagen: mea culpa. Auch von Ihrer Seite geschieht manches, was selbstverständlich eine Reaction unsererseits hervorruft; wenn das drüben aufhört, wird es auch bei uns ein Ende nehmen. Wenn man mit Gerechtigkeit vorgeht, werden Sie auch auf unserer Seite Billigkeit finden, und wenn die früheren Gemeinderäthe, welche sich dieses glänzende Rathhaus gebaut haben, sich nicht anders verewigen konnten, als dass sie unter dem Rathhausthurme ihren Namen in Marmor eingraben ließen, so kann der neue Gemeinderath sich ein schöneres und dauerhafteres Monument dadurch setzen, wenn er Gerechtigkeit und Billigkeit übt und Institutionen schafft, welche die Lasten der Steuerträger verringern. Wenn Sie, meine Herren, mit Gerechtigkeit vorgehen, wird hier Ruhe herrschen, wir werden vorwärtsgehen, arbeiten, so wie wir wollen, und es wird zum Wohle des Ganzen ausfallen. (Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Herold: Meine Herren! Es ist das erstemal, dass der Gemeinderath in seiner neuen Zusammensetzung nach dem neuen Statute den Hauptvoranschlag der Gemeinde festzusetzen hat, und angesichts dieses Umstandes halte ich es für nothwendig, auch einige Gesichtspunkte zu besprechen, so wie ich sie als Gewerbsmann, Geschäftsmann und Mann des praktischen Lebens auffasse. Ich maße mir nicht an, dieselbe Kenntnis der Verwaltung zu besitzen, wie jene Herren, die schon längere Zeit dem Gemeinderathe angehören, aber ich möchte auch mein Scherflein beitragen, wenn ich mich auch auf specielle Fälle beschränken werde.

Wenn auch die Wählerschaft von ihrem Rechte keinen Gebrauch macht, Einficht in das Budget zu nehmen, so weiß doch jeder, dass, was wir hier beschließen, mächtig in den Säckel eines jeden eingreift, und darum haben wir die Verantwortung, alles zu prüfen und deshalb ist das Budgetrecht so wichtig. Wir haben die Pflicht, sorgfältig alle Voranschläge zu prüfen, denn das ist ja unser ausschließliches Recht gegenüber dem Magistrat und Stadtrathe. Das neue Statut hat auch neue Verhältnisse geschaffen; der frühere Gemeinderath hat sich eigentlich das Budget selbst bewilligt, und brauchte sich nicht daran zu halten; jetzt bewilligen wir das Budget dem Stadtrathe und da muss doch ausdrücklich erklärt werden, dass derselbe auch die Pflicht hat, dieses Budget einzuhalten; die Bestimmung des Statuts, welche dem Stadtrathe gewisse Summen auszugeben gestattet, darf nicht so ausgelegt werden, als wenn der Stadtrath nicht an das Budget gebunden wäre, sondern wenn der Gemeinderath die Schnüre zum Geldbeutel in der Hand hat, werden auch die Competenzstreitigkeiten wegfallen und gegenseitige Anerkennung der Rechte wird zur Geltung kommen.

In der General-Debatte will ich zwar noch nicht auf Details eingehen, aber ich muss auf einen Verwaltungszweig hinweisen, der Erwägung erheischt. Das Approvisionierungswesen ist es, das, wie ich glaube, unter allen Großstädten in Wien am mangelhaftesten ist. Wien ist wohl die einzige unter den Großstädten, welche kein organisiertes Marktwesen besitzt; wir haben keinen systematisch organisierten en gros-Handel, wir haben keinen systematisch organisierten Detailhandel, wir haben ein Conglomerat von Märkten, die in gar keiner Beziehung stehen, infolge dessen haben wir keine einheitliche Preisbildung, und was noch schlechter ist, wir haben eine Lebensmittelteuerung.

Wenn in Paris und London eine einheitliche Marktorganisation schon lange besteht, warum soll das nicht in Wien möglich sein? (Bravo-Rufe.) Es müssen eben da die Einzelinteressen weniger rücksichtsvoll behandelt werden, um die Gesammtinteressen mehr schonen zu können, ohne dass überhaupt die Gewerbetreibenden der Approvisionierungsbranche geschädigt werden. Das größte Gewicht muss auf eine Verwohlfeilung der Lebensmittel gelegt werden, das ist der einzige Ausweg. Aus einer einheitlichen Marktorganisation ergibt sich alles, was vielleicht mit der Decentralisation nicht zu erreichen sein wird. Ich möchte auch, anknüpfend an diesen Punkt, die Herren sehen ja, dass ich auch Consumenten und Händlern gleichen Schutz angedeihen lasse, auch in Bezug auf den Handel mit Bier und Wein — also die wichtigsten Genussmittel — das Publicum und die Schankgewerbetreibenden zu schützen suchen, denn

nur, wenn das Recht des Schankgewerbes geschützt wird, der unbefugte Handel mit energischer Hand hintangehalten wird und auch das Marktaufsichtspersonale besser organisiert wird — die Überwachung ist nämlich jetzt eine mangelhafte —, wird auch das Publicum bessere und billigere Getränke bekommen.

Ich erlaube mir nun als Vater von drei Töchtern auf das Schulwesen überzugehen. Wir geben 5 Millionen auf Schulen aus, und trotzdem behaupte ich, dass wir gegen Berlin, das seine eigenen Mittelschulen erhält, zurückstehen, ebenso gegen Prag und Budapest, und welche Städte im Besitze einer großen Anzahl von Mädchen-Fortbildungsschulen sind. In Wien haben wir derer nur wenig und haben nicht einmal ein Mädchen-Lyceum. Wenn ein Vater mehrere Töchter hat, welche die Bürgerschule mit 12 bis 14 Jahren absolviert haben und er denselben eine bessere Erziehung angedeihen lassen will, so hat er gar nicht die Gelegenheit dazu. Nicht jeder hat die Mittel, Hofmeister und Privatlehrer zu halten. Ich glaube, dass das Bildungsbedürfnis ein allgemeines ist, und um den Kampf ums Dasein aufzunehmen, müssen wir uns eine höhere Bildung aneignen. Das ist meine Ansicht als einfacher Geschäftsmann. (Beifall rechts.) Ich will nicht auf die Frauen-Emancipation kommen, dieses Schlagwort interessiert mich nicht, aber ich glaube, dass die Frau etwas mehr Bildung bedarf, und diese kann sie sich nur verschaffen, wenn wir Mädchen-Fortbildungsschulen in Wien besitzen.

Ich gehe nun auf einen weiteren Punkt über, und der betrifft die letzten Ereignisse in den verflossenen Tagen, die Lücken in unserem Armenwesen aufweisen. Keinem von Ihnen kann es entgangen sein, dass das Armenwesen gewiss sehr mangelhaft bestellt ist, die Organisation desselben ist nicht ganz ausgearbeitet, die Mittel dazu sind nicht genug ergiebig und die Handhabung, die Unterstützung lässt viel zu wünschen übrig. Ich anerkenne gerne, dass unsere Bezirksleiter und unsere Armenräthe gerade in letzter Zeit wirklich Außerordentliches geleistet haben, aber diese ganze Sache war eine Action, eine ausnahmsweise Action, es war ausnahmsweise, dass die Mittel bewilligt, ausnahmsweise, dass überhaupt Nichtzuständige unterstützt wurden. Die Nothlage in Wien ist aber keine Ausnahme, die Nothlage in Wien ist eine constante, und dieser lässt sich meines Erachtens nicht abhelfen durch Brotvertheilung, durch Vertheilung von Speisemarken, auch nicht, dass man 1 oder 2 fl. hergibt, sondern man soll die Arbeitsvermittlung in die Hände des Gemeinderathes und des Armenrathes legen. (Beifall rechts.) Das wird das Richtige sein. Ich eile zum Schlusse und möchte nur noch bemerken, dass ich mir ganz wohl dessen bewusst bin, dass all diese angeführten Reformen Geld kosten, aber ich glaube doch, dass wir mit der Bier- und Verzehrungssteuer unseren Mitbürgern Lasten auferlegt haben und daher auch die Pflicht haben, unsere Mitbürger zu unterstützen.

Ich möchte, dass nach meinen Vorschlägen Folgendes hier geboten werden soll, dass die Verwohlfeilung der Lebensmittel mit einheitlicher Gestaltung des Marktwesens, dann ein ausgestalteter Fach- und Fortbildungsunterricht eingeführt, die Reform des Armenwesens in Angriff genommen und vor allem Erwerb für die Nothleidenden geschaffen werde. Ich werde mir erlauben, in der Special-Debatte diesbezügliche Anträge zu stellen und hoffe, ein günstiges Votum für die Anträge zu finden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Gem.-Rath Grünbeck: Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so sind es triftige Gründe, denn Sie wissen ja, dass die Vororte durch die Einbeziehung nach Wien, durch die Vergrößerung Wiens am meisten zu leiden haben, gegenwärtig und auch in Zukunft. Wien ist jetzt groß; es wurde ihm sehr viel zugesprochen, aber wir müssen uns gewiss aufs Warten verlassen. Wenn ich über diesen Gegenstand spreche, so will ich einen Moment nicht unberührt lassen, und zwar jenen Moment, wo wir einbezogen wurden, das war am 21. December 1891; wie es in den Zeitungen hieß, der große Jubeltag. Dieser Tag war für uns ein Schmerzenstag, geradeso wie auf der Börse der sogenannte schwarze Tag, und die Vororte werden wohl lange diesen Tag nicht vergessen, weil sie sich bewusst sind, was das für sie bedeutet: eine riesige Erhöhung ihrer Lasten, und zwar eine sehr empfindliche! Gerade die Vororte, die die meiste Arbeiterbevölkerung haben, sind dadurch besonders getroffen. Se. Excellenz der Herr Statthalter sagte allerdings, in Wien müsse es schon besser gehen nach den Anmeldungen der Geschäfte. Nun, die Antwort darauf hat sich bald gefunden: Die Brotvertheilungen. Sehen Sie hinaus in die Vororte, die Noth ist gewiss nicht künstlich gemacht, es herrscht gewiss Arbeitslosigkeit dort, und diese wird gewiss nicht schwinden, bevor nicht größere Arbeiten geschaffen werden.

Meine Herren! Vor allem anderen habe ich es mir so eingerichtet, zuerst im allgemeinen zu sprechen, und mein zweiter Theil wird speciell das Steuerwesen betreffen. Im allgemeinen möchte ich wünschen, dass in Zukunft gespart wird, aber nur dort, wo es am Platze ist, nicht vielleicht, dass man gerade bei den Vororten zu sparen anfängt, denn, wenn wir irgend welchen minimalen Schotter brauchen, müssen wir hier darum betteln. Wenn Sie die Besetzungen der Bezirksämter ansehen, so werden Sie sagen, dass eine rasche Arbeit absolut nicht möglich ist, weil dort zu wenig Personal ist. Man hat auf die Bezirksämter vergessen, und es ergibt sich schon in der ersten Zeit eclatant und deutlich, dass es unbedingt an Beamten draußen fehlt. Von diesem bureaukratischen Schimmel, der hier herrscht, fühlen wir auch schon etwas. So sehen wir, dass bei kleinen Commissionen, die absolut unnöthig sind, ein Ingenieur und ein Ingenieur-Stellvertreter, ein Schriftführer und Bezirksausschuss erscheint, wenn z. B. irgend ein Wirt eine Lampe hinausgibt. Wenn die Arbeiten weiter einen so schleppenden Gang nehmen, dann glaube ich, dass man nichts zuwege bringt, es schwindet der Tag, ohne dass etwas gemacht wird. Endlich hoffen wir Vororte einmal auf den Ausbau der Wasserleitung.

Wir finden es nicht genügend, wenn man uns mit irgend einer Nutzwasserleitung befriedigt. Wir verlangen in erster Linie dasselbe Wasser, das die alten Bezirke haben. Wir sind gewiss berechtigt, das zu verlangen. Weil wir die gleichen Pflichten haben, müssen uns auch gleiche Rechte eingeräumt werden.

Dasselbe gilt auch bezüglich der Schulen. Da fehlt es sogar an Lehrmitteln. Man zögert lange. Erst muss man eine Eingabe an das Bezirksamt machen, dann geht diese weiter ihren Weg, bis sie an den Stadtrath kommt, dann kommen wieder Erhebungen, die Sache geht wieder zurück und es verlaufen fünf bis sechs Monate, bevor der Act sichtbar wird. Uns fehlt es thatsächlich an Lehrmitteln, die müssen schneller beschafft werden. Warum zögert man ferner mit dem Bau von Schulen? Hernals hat 18 Spät-Unterrichtsclassen und zu Ende dieses Jahres werden es über 20 sein. Das Gymnasium verlangt auch vier bis fünf Lehrzimmer. Da, meine Herren, zögert man! Die Schule ist gewiss die Hauptsache, und es ist in sanitärer Beziehung schädlich, wenn die einen Kinder

aus der Classe kommen und die anderen wieder hineingehen und bei Licht arbeiten müssen. Denkt der Stadtrath nicht einmal daran, dem abzuhelfen und Schulen zu bauen? Erst unlängst wurde mir bekannt, dass der Stadtrath seine Sitznng früher aufheben musste, weil er kein Material hatte. Ich glaube, dass gewiss mehrere hundert Anträge da sind, die aufgearbeitet werden müssen. Ich selbst habe mehrere Anträge gestellt und auch von Seite der Collegen wurden solche gestellt. Es ist auch natürlich, daß wir so lange warten müssen: der Magistrat muss erst Erhebungen pflegen und wenn die Geschichte fertig ist, kommt sie wohlvorbereitet in den Stadtrath und der braucht nur ja oder nein dazu zu sagen. Er sagt sein Amen dazu und die Sache wird entweder begraben oder kommt jetzt erst zum Vorschein. Darin liegt gewiss ein Fehler und daran ist, wie sich neulich einer der Herren ausgedrückt hat, der lange bureaukratische Weg schuld. Der muss abgeschnitten werden, wir müssen die Arbeiten abkürzen, denn erstens kosten sie zuviel Geld, zweitens bringen sie großen Zeitverlust mit sich.

Ebensolche Übelstände ergeben sich auch bei den Bezirksvorständen. Diese haben nach dem Statute über einen Betrag bis zu 50 fl., die Bezirksleiter über einen solchen bis zu 300 fl. zu verfügen. Was ist das? Der freigewählte Bürger hat über weniger Geld zu verfügen, als der Beamte. Nun, meine Herren, wenn man die Sache hätte richtig machen wollen, so hätte man beide gleichstellen müssen. Sie, die Sie das Statut gemacht haben, hätten beide gleichstellen und verfügen müssen, dass der Bezirksvorsteher über das Geld dasselbe Recht — nämlich bis zu 300 fl. — hat, wie der Bezirksamtmann. Das sind Fehler, die gewiss in Zukunft werden ausgebessert werden müssen.

Dafür sollte man rasch an die nothwendigen Arbeiten gehen und nicht zögern. Es wird sehr gut sein, wenn der Stadtrath sich befleißt, etwas rascher zu arbeiten, damit endlich die verschiedenen Anträge volksthümlicher und wirtschaftlicher Natur an die Reihe kommen. Ich erinnere unter anderem, was meine eigene Person betrifft, an einen Antrag wegen Errichtung der Pfandleihanstalt. Wäre es nicht besser, Sie verlangen von diesen Einlegern 12, 14, 16 Percent pro anno, wenn die Versetzer 200 bis 300 Percent fordern. In Paris werfen die Pfandleihanstalten, obschon sie mit aufgenommenem Gelde arbeiten, für das sie selbst wieder Zinsen zahlen müssen, jährlich über 1,000.000 Francs für den Armenfond ab. Wäre es nicht gut, wenn Sie das Pfandleihwesen längst in ganz Wien organisiert hätten nnd die Einleger nicht von Parasiten ausgesaugt würden (Gem.-Rath Hawranek: Von Juden!) Auf einen Gulden kommen oft 30 oder 40 kr. Spesen; wenn da einer hineinkommt, so kommt er nicht leicht wieder heraus.

Ein zweites ist die Brandschaden-Versicherung. Ich war erst neulich zufälligerweise Ohrenzeuge, wie Herr Noske, der das Referat übernommen hatte, interpelliert wurde: „Nun, Herr College, wann kommt denn die Brandschaden-Versicherung dran?" — „Wenn wir gerade nichts anderes zu thun haben, zum Platzausfüllen," war die Antwort. Meine Herren, solche wirtschaftliche Fragen gehören zum Platzausfüllen! Ich bin ganz naiv hier hereingekommen und habe mir gedacht, dass die Sache viel ernster aufgenommen wird. Ich scheue mich nicht, meine Ansicht darüber auszusprechen, ich bin Volksvertreter und spreche für das Volk.

Sehen Sie Berlin an! Welche Einnahmsquelle hat diese Stadt an Gaswerken und anderen Anstalten! Unserer Commune passt es natürlich nicht, solche Geschäfte in die Hand zu nehmen; bei uns besorgen das fremdländische Gesellschaften, die das Geld einheimsen, um es eventuell fortzuschicken.

Unsere Einnahmen sind Zuschläge, nichts als Zuschläge: Zinskreuzer, Schulkreuzer u. s. w. Dazu gehört gar nicht viel, dazu brauchen wir nicht so viele beisammenzusitzen, das treffen zwei oder drei auch, und wir hätten unsere Zeit erspart.

Was den Antrag betreffs der Medaille für die Vereinigung der Vororte mit Wien anbelangt, so soll man das bis auf jene Zeit verschieben, wo die Vororte wirklich glücklich sind. Jetzt wäre es nur eine Frivolität.

Ein weiteres Institut, welches uns die Vororte gebracht haben, sind die Sparcassen. Wir haben uns damit erst vor kurzer Zeit zu beschäftigen angefangen; hätte uns nicht die Auflösung getroffen, so hätten wir vielleicht auch mit den Pfandleihanstalten begonnen. Wenn es ein Institut gibt, welches in den Vororten einigermaßen floriert, so sind es die Sparcassen. Aber das sehen die Oberhäupter nicht gerne, sie haben es lieber, wenn Actionäre die Sache in der Hand haben.

Selbst die Vorortesparcassen, die zum Nutzen und Frommen der Einleger sind und in Zukunft für Gemeindezwecke sehr viel abwerfen werden, sieht man von oben herab an, als wollte man sagen, es wäre uns auch lieber, sie existierten nicht.

Ein anderer Übelstand in den Vororten betrifft das Sanitätswesen. Früher, als wir ein eigenes Nothspital und ein eigenes Epidemiespital gehabt haben, hatten wir wenigstens vier, eventuell sechs Sanitätsdiener. Wissen Sie wieviel wir heute haben? Zwei. Und diese müssen die Kranken bis in die Triesterstraße befördern. Wenn jemand krank ist und leider nicht zu Hause bleiben kann, so muss er um die Rettungs-Gesellschaft telegraphieren, damit sie so gut ist, ihn ins Spital zu bringen. Da spart man und sieht, dass man einige Kreuzer zurückhält, um dann bei anderen Gelegenheiten sich generös zu zeigen. Wir sind ja die Commune Wien!

Nun wäre ich mit dem allgemeinen Theil fertig und erlaube mir jetzt auf das Steuerwesen einzugehen. Meine Herren, Sie wissen, welche große Steuerlast die Vororte trifft, und zwar insbesondere an directen Steuern. Ich kann darüber sprechen, weil ich als Gewerbsmann das selbst empfinde und es draußen miterlebe. Wenn in dieser Weise fortgefahren wird, dann ist, glaube ich, der Antrag des Herrn Plener unnöthig. Warum? Weil ohnedies bei uns niemand mit $5^1/_4$ fl. besteuert wird, sondern jeder 10 fl. 50 kr. an Steuer zahlen muss. Von 5 fl. 25 kr. ist gar keine Rede.

Ich werde da stufenweise vorgehen, und zwar bei den Zinskreuzern anfangen. Das ist eine große Belastung. Wir haben Gemeinden, die früher vier, fünf oder sechs Zinskreuzer inclusive der Schulkreuzer gehabt haben. Baumgarten z. B. hat gar keine Zinskreuzer gehabt. Alle diese zahlen jetzt neuneinviertel Zinskreuzer. Ist das nicht eine immense Belastung? Dazu müssen sie noch die bedeutende Verzehrungssteuer zahlen. Wenn Sie nehmen, dass diese Gemeinden heute ungefähr vierhundertmal soviel an indirecten Abgaben zahlen als früher, so kommen neuerdings diese Zinskreuzer in eminenter Weise zur Geltung.

Es wird ja das nicht das Ende vom Liede sein. Unser General-Referent hat uns gesagt, dass selbstverständlich, wenn die großen Arbeiten beginnen, ein oder zwei Zinskreuzer gebraucht werden; es wird aber, glaube ich, nicht bei einem bleiben, es werden eher zwei werden. Es sind manche Hausherren freudig überrascht gewesen über den 5%igen Steuernachlass. Die werden

schauen nächstes Jahr, wenn die Schwalben wieder kommen. Dieses Jahr glaube ich selbst nicht, dass es der Fall sein wird, aber nächstes Jahr, da hat der Herr College recht. Man verschachert verschiedene Gründe, bekommt darauf Geld, nimmt die ephemeren Depositen der Vororte, wirft alles zusammen, deckt damit die Auslagen für dieses Jahr, und wenn der erste Wahlkörper ruhig gewählt hat, wird man halt mit dem ersten oder dem zweiten Zinskreuzer schon kommen.

Aber mir ist das Wort des Herrn Referenten genügend, ich bin ihm jederzeit dankbar und achte und schätze ihn, weil er aufrichtig gewesen ist und rund herausgesagt hat, wie es ist.

Mit der Hauszinssteuer ist es etwas Sonderbares. Sehen Sie, die Hausherren in den ländlichen Bezirken haben die Steuer im Mai, Juni gezahlt. Warum, weil sie früher kein Geld gehabt haben; die meisten leben von der Vermietung ihrer Sommerwohnungen. Nach dieser Beglückung mit Groß-Wien ist es anders geworden, als es früher war. Früher hat man den Mahnzettel gekriegt, und wenn Einer gleich gezahlt hat, hatte er nicht dürfen die 5 kr. per Tag zahlen. Wie ist es heute? Heute bekommt man nach 14 Tagen die Executions-Einlegungs-Bollete und wenn man in 14 Tagen nicht zahlt, wird transferiert, sequestriert und alles mögliche; ich weiß nicht, was alles drauf steht.

Ja sehen Sie, meine Herren, da sollte man doch ein bischen humaner vorgehen; in den neuen Bezirken müssen ja die Leute erst warten, bis sie das Geld einnehmen. Früher hatte man doch ein halbes Jahr mit der Steuer warten können. Sehen Sie, im Vorjahre war die schlechte Weinernte; glauben Sie, dass die Bauern da Geld haben? Nein, sie müssen Schulden machen und warten, bis sie durch Vermietung der Sommerwohnungen das Geld bekommen. Sehen Sie, jetzt aber kriegt man die Einlegungs-Bollete, und da geht man so vor, man schickt sie Samstag abends, so dass der Betreffende für Samstag, Sonntag und den Tag, wo er zahlt, auch zahlen muss; die Leute werden nie verschont, sie müssen bei der geringsten Kleinigkeit für den ersten Tag 5 kr., für den zweiten Tag wieder 5 kr. sofort und separat noch 10 kr. Executionsgebür zahlen, das ist eine große Last, wenn es auch nicht viel aussieht. Ferner haben die Hausbesitzer vor schon langer Zeit angestrebt, dass sie für die Zinse, die sie verlieren, eine Rückvergütung der Zinskreuzer und Hauszinssteuer bekommen. Wäre denn das nicht eine gerechte Sache? Ich werde mir auch in der Special-Debatte erlauben, diesbezüglich einen Antrag zu stellen, dass vom Gemeinderathe eine Petition hierüber an das Abgeordnetenhaus gerichtet werde, damit diesem gerechten Wunsche entsprochen werde; die Zinskreuzer allerdings hängen nur vom Gemeinderathe ab, und da ist es sehr gerecht, wenn diese Zinskreuzer erst etwa von 200 fl. Mietzins an eingehoben würden.

Das wäre doch ein Act von rein socialem Interesse, um der allgemeinen Nothlage abzuhelfen; und die Leute, die mehr Zins zahlen, sollen auch etwas mehr Steuer zahlen, die kleinen Leute aber würden dadurch entlastet. Auch in dieser Hinsicht werde ich mir erlauben, in der Special-Debatte den Antrag zu stellen, dass Zinskreuzer erst von 200 fl. Zins an in Vorschreibung kommen.

Bei der Hauszinssteuer möge man ferner Rücksicht nehmen auf die Wirtschaftsgebäude, Scheunen, Presshäuser und Stallungen; denn in den neuen Bezirken ist von der Reblaus soviel vernichtet worden, dass die Leute heute zum großen Theil nur von der Milchwirtschaft leben. Wenn Sie diese Leute arg besteuern, so richten Sie sie zu Grunde und das ist doch absolut nicht unsere Aufgabe; die Herren werden also gewiss einverstanden sein, dass man diesen Leuten unter die Arme greift.

Früher war es auch in den neuen Bezirken üblich, für Gebäude-Erhaltung und Gartenbenützung einen 30%igen Nachlass zu gewähren, und ich hoffe, dass diese bisherige Übung auch fortbestehen wird. Die Grundsteuer ferner ist zwar hier nur minimal angegeben, sie wird aber auch weniger ausmachen, weil die meisten Weingärten verkauft sind und gar keine Cultur haben. Sehen Sie, bei diesen Kundmachungen, die ausgegeben werden, habe ich bemerkt, dass unten als Anmerkung steht: Befreit von der Steuer sind die k. k. Hofgebäude, die Gebäude der Gesandtschaften ꝛc. Nun da sollte man auch gegen die Landbevölkerung Rücksicht üben, und sie auf die verschiedenen Steuernachlässe aufmerksam machen, woraus sie einen Vortheil ziehen könnte. Denn es gibt da verschiedene Nachlässe, z. B. bei theilweiser oder gänzlicher Verlausung bis zu einem Drittel der Steuer. Ebenso haben Sie bei der Änderung der Cultur einen Nachlass. Sie haben, wenn sie mindestens ein Viertel Hektar angepflanzt haben, zehn Jahre Steuerfreiheit.

Nun, sehen Sie, meine Herren, da macht man die Kundmachung ein bischen länger und druckt das darauf, damit die Leute wissen, wieweit sie zu gehen haben, wohin sie sich zu wenden haben, welche Vortheile sie eventuell herausschlagen können, um ihren verlausten Weingarten wieder anzupflanzen. Das wäre gewiss sehr gut, ich werde diesbezüglich auch in der Special-Debatte einen Antrag mir zu stellen erlauben.

Meine Herren! Über die Erwerb- und Einkommensteuer erlaube ich mir Folgendes zu sagen: Die Erwerbsteuer wird in einem zu großen Maße in den Vororten verlangt. Früher hatten wir nur 5 fl. 25 kr. Steuersatz. Wo liegt der Fehler? Bei der Anmeldung liegt er.

Wenn jemand anmelden kommt, weiß er ja gar nicht, was ihn bedroht. Wenn er zwei bis drei Artikel vorsagt, wird ihm gesagt: „Melden Sie einen Gemischtwaren-Verschleiß an.“ So ist es vorgekommen, dass bei uns unter 20 Gewerbeanmeldungen eine einzige dabei war, die von Seite des Magistrates mit 5 fl. 25 kr. vorgeschlagen wurde alle anderen mit 10 fl. 50 kr. Nun, meine Herren, derjenige, welcher anmeldet, ist gar oft im guten Glauben, er kennt die Härten des Gesetzes ja nicht, man sagt ihm: „Zahlen Sie 10 fl. 50 kr.“. Er sagt: „Ja“, aber wie ist er überrascht, wenn er den Bogen bekommt, da stehen 26 fl. und mindestens noch 8 bis 10 fl. Einkommensteuer. Das bringt er nicht mehr weg, außer er geht zugrunde. In der Anmeldung liegt das: Der Beamte sollte ihn aufklären und ihn nicht gleich, wenn er zwei Artikel vorsagt, einen Gemischtwarenhandel anmelden lassen. Ich kann Ihnen einzelne Fälle nennen, dass gerade einer ein Milch- und Feigenkaffeegeschäft auf einem ganz versteckten Posten ohne Hilfspersonale betreibt und gleich wird er mit 10 fl. 50 kr. besteuert. Der Mann muss denken, da sperre ich lieber zu. Man entgeht jetzt nicht mehr der Steuer, weil der Scharfblick . . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich mache den Herrn aufmerksam, dass die Besteuerung nicht Sache der Magistratsbeamten, sondern Sache der staatlichen Organe ist, und dass die Ausführungen des Herrn Redners daher nicht zum Gegenstande der Verhandlung gehören.

Gem.-Rath Grünbeck: Wann soll ich aber davon reden, Herr Bürgermeister?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Gewiss nicht beim Budget.

Gem.-Rath Grünbeck: Aber wann denn? Das betrifft die Bevölkerung am härtesten; freilich, der Herr Vice-Bürgermeister fühlt nicht, was es heißt, 10 fl. 50 kr. . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich mache nochmals aufmerksam, dass das nicht zur Sache gehört. (Rufe links: O ja!)

Gem.-Rath Grünbeck: Ich gehe auf einen anderen Punkt über; wenn mir der Herr Bürgermeister-Stellvertreter weitere Ausführungen in dieser Sache nicht gestatten will, gut; er ist Vorsitzender, ich muss mich ihm beugen. Ich muss jedoch sagen, dass die Markt-Commissäre die Vorschläge machen. Mir ist es vorgekommen, dass mir die Bezirksausschüsse gesagt haben, die Markt-Commissäre beantragen für jeden 10 fl. 50 kr., ob er das kleinste Geschäft hat oder nicht. Darin liegt die Hauptsache, ich bestätige, dass es die Markt-Commissäre sind; der Bezirksausschuss hat weiters zu erheben. Es sind vielleicht 100 Gesuche gekommen um Gewerbsertheilung, die sind von 10 fl. 50 kr. auf 5 fl. 25 kr. herabgesetzt worden.

In welcher Macht liegt es denn? In der Macht der von uns bezahlten Organe, und die sollen nicht nur den fiscalischen Standpunkt einnehmen, sondern den Standpunkt, welcher sagt: Ich bin von meinen Mitbürgern bezahlt. — — —

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich erinnere nochmals, dass die Besteuerung Sache der staatlichen Organe ist, und wenn Sie so fortfahren, muss ich Ihnen das Wort entziehen. Ich bitte zur Sache zu sprechen, — denn das ist ein Ding, welches jedem Menschen in Wien bekannt ist. (Rufe links: Der Magistrat macht Vorschläge, auch das Markt-Commissariat!)

Gem.-Rath Grünbeck: Gut, ich gehe also zur Hundesteuer über. (Heiterkeit.) Das ist eine communale Einnahme, darüber kann ich sprechen. Da finden Sie in der Kundmachung nichts darüber, dass jene Besitzer, die Gehöfte haben, und deren Hund zur Bewachung verwendet wird, von der Hundesteuer befreit sind. Ich bitte, in Zukunft das Papier ein Stückchen länger zu nehmen, damit die Bemerkung Raum findet, dass Hunde von Gehöftbesitzern, welche zur Bewachung verwendet werden, von der Hundesteuer frei sind. Man muss deswegen einkommen, die diesfalls eingereichten Gesuche sind bis heute noch nicht erledigt.

Ich gehe nun über auf eine andere Steuer, welche die Commune einheimst. Es ist die Musik-Impostgebür. Diese Musik-Impostgebür ist eine neue Steuer für die Vororte. Bei uns hat man es eben noch nicht so verstanden, und wissen Sie warum? Wir haben uns an den Wortlaut des Gesetzes stets strenge gehalten, die Leute haben das viel zu ernst genommen und haben genau angegeben. Sie haben geglaubt, sie werden sofort entdeckt und weiß Gott was. Da ist Einer gekommen und hat gesagt, man muss das angeben, sonst müsse die Musik aufhören. Ich habe mich nie gefürchtet, aber andere haben sich gefürchtet.

In einzelnen Geschäften sind an Musik-Impost 100 fl. bis 200 fl. zu zahlen.

Für die Vororte ist das sehr viel, für die Vergnügungs-Etablissements, die ohnehin heute zu kämpfen haben. Die Steuer sieht so kleinlich aus, ist aber sehr drückend, wenn Sie noch berücksichtigen, dass das nicht alles ist. Wenn Einer eine Unterhaltung gibt, muss er eine Musik-Licenz lösen, die kleinste mit 4 fl., die größere mit 8 fl. 80 kr., die größte mit 11 fl. 30 kr.; wenn Sie das wissen, werden Sie sagen, dass das eine ganz nette Steuer ist, die sehr empfindlich und drückend ist.

Die Musik-Impostgebür war für uns Vorortler glücklicherweise vollkommen fremd; das ist wieder eine neue Belastung, eine neue Wohlthat von Groß-Wien. Wir haben noch eine Billardsteuer u. s. w. Man wird ja noch verschiedene Namen für derlei communale Abgaben wissen. Sie sehen daraus: nichts als Zuschläge und Zuschläge.

Ich eile aber zum Schlusse und will sie nicht länger aufhalten, damit die Herren von der anderen Seite wieder langsam hereingehen können; ich will nicht haben, dass sie sich im Rauchzimmer gemüthlich unterhalten, sie sollen hereinkommen und an den Berathungen theilnehmen. Es wird immer von uns als unschön betrachtet, wenn wir hinausgehen! Ich weiß, wenn ein Herr Doctor spricht, würden Sie zuhören, aber wenn ein einfacher Gewerbsmann aus den Vororten spricht, ist es etwas anderes. Aber warten Sie, vielleicht machen Ihnen die Vorortler einmal ein bisschen warm! Zum Schlusse erlaube ich mir folgende Resolution in Antrag zu bringen:

„In Erwägung, dass die Erwerbsverhältnisse in Wien notorisch schwierig sind, und wie die Ereignisse der letzten Tage eclatant bewiesen haben, Arbeitslosigkeit, Elend und Noth in kaum geahnter Weise bestehen;

in Erwägung, dass die Inangriffnahme der zur Hebung der wirtschaftlichen Misere in Aussicht gestellten Arbeiten nicht abzusehen ist und der Verdacht begründet erscheint, dass es nicht allen betheiligten Factoren Ernst ist, die projectierten Nothstandsarbeiten in diesem Jahre auch wirklich zur Ausführung gelangen zu lassen;

in Erwägung, dass insbesondere die von den kleineren Steuerträgern zu entrichtenden öffentlichen Abgaben derart drückend sind, dass eine einschneidende Steuerreform zur Erhaltung der Steuerkräftigkeit der Bevölkerung dringlich erscheint, jedoch nicht für die nächste Zukunft erwartet werden kann;

in Erwägung endlich, dass bis zum Zeitpunkte der Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der gerechten Vertheilung der Steuerlast durch administrative Verfügungen der Bevölkerung die so nothwendige Erleichterung verschafft werden kann, erklärt der Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Es ist Pflicht der mit der Steuerveranlagung und Einbringung betrauten Behörden und Organe, nebst dem fiscalischen auch das Interesse der Steuerträger im Auge zu behalten, die Steuerzahler auf die denselben gesetzlich zustehenden Erleichterungen aufmerksam zu machen und bei Eintreibung von Steuerrückständen mit thunlichster Rücksichtsnahme vorzugehen."

Meine Herren! Diese Resolution erlaube ich mir Ihnen vorzulegen und hoffe, dass Sie sie annehmen. Wir leiden sehr viel von den Executionen, weil nicht wie früher gewartet wird, sondern es wird den Armen ihr letztes Hab und Gut weggenommen. In den schlechten Zeiten ist es gewiss nur gut und praktisch, wenn die Steuerkraft nicht mit einemmale ruiniert wird, sondern wenn man trachtet, sie zu erhalten. Ich danke Ihnen (zur Rechten gewendet) für Ihre Aufmerksamkeit.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine sehr verehrten Herren Ich muss vor allem constatieren, dass während der heutigen Debatte von dieser (rechten) Seite die Redner jener (linken) Seite auch nicht mit einem Worte unterbrochen worden sind, und ich rechne daher darauf, dass auch Sie, meine Herren, die Redner dieser Seite anhören. (Rufe links: Wenn sie anständig sind!) Es kommen ja noch aus Ihren Reihen mehrere Herren zum Worte und sie können dasjenige, was Ihnen nicht richtig erscheint, widerlegen. Ich rechne sicher darauf, dass Sie mich heute nicht so wie gewöhnlich unterbrechen werden.

In meinen Ausführungen wende ich mich zunächst dem städtischen Haushalt in den Ausgaben zu, und da muss ich meiner Meinung dahin Ausdruck geben, dass die Summe der städtischen Ausgaben eine solche ist, wie sie eine Steigerung in absehbarer Zeit wohl nicht mehr erfahren darf, eine Summe, welche geradezu erschreckend genannt werden muss, eine Summe, welche von den Steuerträgern schwer aufgebracht wird, und es wäre nicht unmöglich, dass eine Zeit kommt, wo diese Summe überhaupt nicht aufgebracht werden

kann. Denn, meine Herren, wenn man Ihnen von der Steuerkraft der Bevölkerung erzählt und wenn die Finanzmänner sagen, dass die Steuerkraft stetig im Wachsen ist, dass die Bevölkerung immer steuerkräftiger wird, so ist das einfach unwahr. (Bravo!) Scheinbar ist es so; ich werde Ihnen sagen, warum das so ist. Man geht gegen die Gewerbetreibenden, gegen die Steuerzahlenden, überhaupt gegen alle diejenigen, deren Vermögen, deren Erwerb, deren Geschäft man sieht, in geradezu rücksichtsloser Weise vor. Man schraubt die Leute, welche 42 fl. Steuer bezahlt haben, ohneweiters auf 63 fl. und noch höher hinauf; man verdoppelt die niedersten Steuersätze .....

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, ich muss den Herrn Redner darauf aufmerksam machen, dass ich den letzten Redner bereits ermahnt habe, sich über diese Steuerbemessung nicht weiter auszulassen, weil sie mit den Gemeindeorganen nichts zu thun hat. Die Steuerbemessung wird von den staatlichen Organen vorgenommen.

Gem.-Rath Frauenberger: Ich beehre mich, dem Herrn Vorsitzenden Folgendes zu erwidern: Auch die Gemeinde Wien hat von den erhöhten Steuern durch die Zuschläge einen Nutzen, daher ist die Steuer eine Einnahme der Gemeinde Wien, und ich bin also wohl bei der Sache, wenn ich diese Angelegenheit bespreche. (Bravo! rechts.) Und wenn der Herr Vorsitzende meint, dass ich nicht bei der Sache bin, so bitte ich die Versammlung darüber zu befragen. Nun, wenn in einer solchen Weise vorgegangen wird, was sollen dann die Gewerbsleute thun? Sie müssen diese Steuer einfach bezahlen; weil sie nicht zum Magistrat hineinkommen und sagen können: „So, meine Herren, jetzt bringe ich Euch mein Geschäft mit; ich werde es auf die Seite legen, ich werde jetzt privatisieren. Ihr habt mir zuviel Steuern vorgeschrieben, ich kann das nicht leisten.“ Der Mann muss das Geschäft fortbetreiben, weil er seine Familie ernähren muss, weil er nicht vom Spazierengehen leben kann; daher muss er diese Steuern zahlen, und dann sagt man, die Bevölkerung ist steuerkräftiger geworden. Das ist nicht wahr.

Aus dieser sogenannten steuerkräftigen Bevölkerung bezieht nun auch die Gemeinde Wien zum großen Theile ihre Einnahmen; gerade dieser Theil aber wird in der Zukunft viel kleiner werden, darauf möge man gefasst sein. Es wird nicht viele so glückliche Jahre mehr geben, wo es Bierkreuzer vom Himmel herabregnet. (Gelächter links.) Lassen Sie mich nur aussprechen. Es ist das immerhin eine sehr nützliche Einnahme für die Stadt; und dass die Stadt Wien diesen Bierkreuzer einhebt, ist ganz recht, weil ihn dafür der Staat nicht einhebt. Wenn ihn der Staat einhebt, so hat die Stadt Wien nichts davon und die Bevölkerung auch nichts. Es ist also ganz gerecht, dass diese Steuer wenigstens von der Stadt Wien eingehoben wird, weil diese bestrebt ist, für das allgemeine Wohl etwas zu thun. (Rufe links: Laibl Brot!) Nun, wir werden auch darauf zurückkommen.

Ich möchte also vor allem, wie schon ein Redner vor mir, darauf verweisen, dass man möglichst sparsam vorgehen, dass man große und vielleicht unnütze Ausgaben vermeiden soll, weil wir das Geld für dringende und unaufschiebbare Arbeiten brauchen In vielen Dingen wird das Geld geradezu versplittert; ich verweise nur auf die vielen Subventionen, die der Gemeinderath alljährlich bewilligt. In vielen Dingen wird durch diese Subventionen wirklich Gutes geleistet. Aber ich sage, meine Herren, in vielen Fällen ist es nichts anderes als eine Geldzersplitterung. Es wird eigentlich nicht viel geleistet und es könnte mit großen Summen etwas geleistet werden. Mit diesen kleinen Summen aber wird häufig gar nichts geleistet. Es fällt z. B. einer Gesellschaft ein, einen Verein zu gründen. Da kommt einer und sagt: ich werde euch Geld verschaffen, der Gemeinderath muss etwas hergeben. Es wurden nun schüchterne 50 fl. für den Verein beantragt. Da steht hier jemand auf und sagt: geben wir 100 fl., 200 fl. (Rufe links: 800 fl.) Das summiert sich. Ich weiß einen Fall, der einen Verein auf der Landstraße betrifft, der den Herren auch gewiß bekannt ist, denn was ich hier erzähle, habe ich aus Ihren Kreisen. Dort ist ein Verein zur Unterstützung armer Kinder. Aber wie sieht dieser Verein aus? Wie werden dort die Kinder, die betheilt werden sollen, zusammengebracht? Jedes der Mitglieder bringt solche Kinder. Da ist es vorgekommen -- weil es eben bessere Kinder sind, die dort betheilt werden — dass man nicht gewusst hat, was man den Kindern geben soll. Man hat Ihnen also Uhren gegeben. (Heiterkeit.) Das ist Thatsache. Dieser Fall ist der Bezirksvertretung Landstraße bekannt und ein hervorragendes Mitglied Ihrer Partei hat mir denselben mitgetheilt. Die Bezirksvertretung hat natürlich diesem Verein nichts gegeben, denn ein Verein, der Uhren vertheilt, bedarf doch keiner Unterstützung. Im Gemeinderathe aber war der Sachverhalt nicht bekannt. Als nun das Gesuch des Vereines an den Gemeinderath kam, wurde derselbe richtig wieder subventioniert, und ich glaube, er hat sogar eine größere Subvention bekommen. Ich bin also der Meinung, dass man in diesen Fällen etwas genauer prüfen sollte, und es wird Aufgabe des Stadtrathes sein, sich die Petenten etwas genauer anzusehen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit, um es nicht zu vergessen, die Bitte an den Stadtrath stellen, er möge uns einmal eine Zusammenstellung derjenigen Beträge machen, welche der Gemeinderath an Subventionen bezahlt. Ich glaube, das wäre wichtig. Wenn wir das wissen, sind wir vielleicht ein bisschen sparsamer.

Ferner bin ich der Meinuug, dass wir bei unseren Bauten etwas sparsamer zu Werke gehen sollen. Unsere gewöhnlichen Schulen kosten jetzt sehr viel; wenn man sich darüber wundert, heißt es: ja, das ist eine Doppelschule. Also eine solche Doppelschule kostet 200.000 fl., letzthin haben wir eine mit 211.000 fl. gehabt; es wird wahrscheinlich nicht lange dauern, so wird man die Kosten auf eine Viertelmillion abrunden. Ich glaube, dass man in dieser Richtung sehr viel sparen könnte.

Und was stellt sich heraus? Nach fünf, sechs Jahren kommt ein Referat hieher: es sind 10- bis 12.000 fl. nothwendig, weil die Dippelbäume hingeworden sind. Folglich muss das gemacht werden, weil man die Kinder doch nicht erschlagen lassen kann; das ist ganz begreiflich. Ich bin aber der Meinung, dass man bei dem Neubau der Schulen darauf zu sehen hätte, dass die Gebäude, die soviel kosten, auch etwas wert sind.

Es hat sich der merkwürdige Usus hier im Gemeinderathe eingeschlichen, dass man mit den Personalzulagen geradezu herumwirft. Ich bin jederzeit für eine Personalzulage bei den Pensionierungen, jederzeit dann, wenn der Betreffende es braucht. Wenn aber der Betreffende, welcher pensioniert wird, ein wohlhabender Mann ist, wenn er es nicht braucht, wenn er vielleicht nicht einmal recht darum ansucht und man sich doch bewogen fühlt, einem Manne, der 3000 fl. oder 3500 fl. an Pension bezieht, noch 500 fl. hinaufzuwerfen, meine Herren, das halte ich für überflüssig. Das ist nicht nothwendig und das sind Beträge, die sich im Jahre summieren. Ich möchte daher in dieser Richtung den Stadt-

rath erinnern, sich die Finanzen der Commune vor Augen zu halten, damit nicht der Gemeinderath in die unangenehme Lage kommt, solche Referate immer abweisen zu müssen.

Selbstverständlich werde ich dafür plaidieren, dass in die Special-Debatte eingegangen werde. Die Einnahmen sind gegenüber den Ausgaben sehr klein und es wäre sehr zu wünschen, dass sie vergrößert würden.

Es läuft hier ein Referat, von dem ich mir sehr viel verspreche und welches ich mit aller Kraft unterstützen werde, nämlich die Errichtung einer städtischen Assecuranz. (Beifall rechts.) Dasselbe wurde aus mir unbekannten Gründen von der Tagesordnung abgesetzt. Ich glaube aber, dass es so wichtig ist, dass ich den heutigen Vorsitzenden bitten möchte, gleich nach der Budget-Debatte dafür zu sorgen, dass dieses Referat auf die Tagesordnung gestellt werde. Es wird gewiss gelingen, alle Bedenken, welche dagegen vorgebracht wurden, zu entkräften, und dadurch wird vielleicht der Gemeinde eine größere Einnahme erwachsen, als wenn wir auf dem Friedhofe draußen Gräber mit Blumen schmücken, wogegen ich übrigens gar nicht bin, es trägt ja etwas. (Heiterkeit.)

Es gibt ja noch eine Menge solcher Dinge, z. B., nachdem wir uns schon mit dem Friedhofe beschäftigen und daran etwas verdienen wollen, was ich eigentlich nicht ganz richtig finde, habe ich seinerzeit beantragt, wenn wir schon die Gräber schmücken und alles selbst besorgen, so sollen wir noch weiter gehen und endlich einmal diesen Strick und diese Dreherei abschaffen, einen ordentlichen Apparat ankaufen und die Leichenversenkung selbst vornehmen, und zwar in einer etwas würdigeren Weise, als dies jetzt geschieht. Aber das ist unmöglich, und warum, meine Herren? Es ist unglaublich (Gem.-Rath Gregorig: Weil es der Verwalter nicht erlaubt!) — es schwebt nämlich ein Patentstreit, so wird gesagt, und weil die zwei sich über das Patent herumstreiten, so können wir keinen Apparat anschaffen! Ja, wenn man so etwas hört, muss man wirklich den Kopf schütteln und so einen Patentstreit sehr bedauern. Aber ich hoffe, dass dieser Patentstreit doch aus werden wird und dann werden wir die Leichenversenkung übernehmen und nicht einem Andern 12- bis 15.000 fl. verdienen lassen, während die Commune das sehr gut selbst machen könnte. Übrigens ist dieser Apparat ein sehr veraltetes System, zum drehen, und es wäre mir wenigstens sehr unangenehm, wenn ich auch mit diesem Apparate beerdigt werden sollte. (Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, so gibt es eine Menge Dinge, welche für die Commune Wien in fernerer Zeit nutzbringend gemacht werden könnten.

Jedenfalls haben wir darauf zu sehen, wenn wir diese Ausgaben aufrecht erhalten, dass wir auch dafür sorgen, dass Einnahmen geschaffen werden, denn das geht nicht, meine Herren Referenten, dass wir vielleicht im nächsten Jahre sagen: „Entschuldigen Sie, meine Herren, wir müssen halt jetzt doch die Zinskreuzer erhöhen", das geht nicht, die Bevölkerung ist nicht in der Lage, höhere Steuern zu zahlen. Mit dem muss gerechnet werden, das muss man sich wohl merken. Wenn wir zu viel Geld haben, dann müssen wir es ja nicht ausgeben, sondern die Zinskreuzer herabsetzen. Nun möchte ich nur noch einige Worte den heutigen Rednern widmen und werde die Reihenfolge durchgehen.

Es ist ein Redner dieser Seite (rechts), der erste Redner, für die Beamten eingetreten. Ich will das nur deshalb erwähnen, um zu constatieren, wie oft sich die Menschen irren. Er ist für die Beamten eingetreten, ist aber für Abschaffung der Diäten, für Abschaffung der Commissionsgebüren, für Abschaffung der Remuneration und dann ist er auch für Abschaffung der Diäten ins Ausland eingetreten. Was er mit dem letzteren Antrage meint, weiß ich nicht, ich weiß auch nicht, wer ins Ausland geht, wie viele und wie oft, es wird ja nicht immer einer auf dem Wege sein, das wird aber so minimal sein und so selten vorkommen, das es uns nicht genieren wird, wenn eine Reise ins Ausland wirklich einmal ein paar hundert Gulden kostet.

Sehr unangenehm berührt hat es mich, dass dieser Redner bei den Lehrmitteln sparen will. Ich gebe zu, dass hie und da Missbrauch getrieben wird, aber wegen einiger Fälle darf man doch nicht den armen Kindern die Lehrmittel entziehen. Man kann das in irgend einer Weise regulieren; ich weiß, dass von Seite der Oberlehrer und Directoren darauf gesehen wird, dass die Lehrmittel nicht verschwendet werden. Wenn das aber doch vorkommt, ist ein Betrag von 85.000 fl. in einem Budget von 30 Millionen verschwindend. Wenn wir den Betrag um ein paar tausend Gulden herabhandeln, würde eigentlich damit nicht viel geschehen.

Der zweite Herr Redner hat in seinen Ausführungen das Schwergewicht darauf gelegt, dass er zum Stadtrathe kein Vertrauen habe, und zwar deshalb, weil seine Partei in demselben nicht vertreten ist. Nun, ich möchte diesem Redner sagen, wie wäre es dann, wenn die Herren wirklich im Stadtrathe wären. Es sind vielleicht vier bis sechs Herren im Stadtrathe, und dann sind sie auch in der Minorität, werden auch nicht viel mehr machen können, denn die Minorität kann nirgends viel machen. Ich glaube, das ist kein Grund, zum Stadtrathe kein Vertrauen zu haben; dieser Grund müsste also entfallen. Er hat ferner einen neuen wienerischen Ausdruck gebraucht. Er behauptet, dass der Ausdruck wienerisch wäre: „Fort mit Schaden, ausverkauft, alles fort." Das ist nicht wienerisch (Rufe links: Das ist jüdisch!), das ist nicht richtig, das liegt nicht in der Natur der Wiener.

Er hält sich ferner darüber auf, dass das Wasser versteuert wird, das alles Geld kostet. Ja, meine Herren, umsonst ist nichts auf der Welt. (Rufe: Der Tod!) Ich möchte fragen, kostet denn das Sterben nichts? Verlangen denn die Herren in der Kirche nichts, wenn sie etwas thun? Sie lassen sich ja auch bezahlen. Das Wasser kostet uns etwas, und daher muss es auch bezahlt werden. In diesen Ausführungen, das muss ich sagen, hat er eigentlich gezeigt, dass er zu jenen gehört, von denen es heißt, oder welche von sich sagen: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt", nämlich in Geldsachen versteht dieser Redner sehr wenig, er ist der Meinung, die Gemeinde solle Gelder anhäufen, die Gemeinde solle sparen. Nun, ich bin dieser Meinung nicht! Nein, die Gemeiude darf nicht sparen, Geld anhäufen. Wenn die Gemeinde zu viel Geld hat, so muss sie einfach weniger einheben, denn jeder Steuerzahler sagt, ich brauche nicht die Herren im Rathhause, dass sie die Gelder aufheben. Ich hebe mir das Geld lieber in meinem Geldkasten auf, da ist es mir sicherer. Also es geht nicht, dass wir sagen, wir nehmen möglichst viel von den Steuerträgern, und was übrig bleibt, speichern wir in einem Magazine auf, und wenn wir es einmal brauchen, nehmen wir es heraus und schaffen damit. (Unruhe links.) Das glaube ich, geht nicht.

Er hat ferner gesagt, und das nehme ich ihm wirklich übel, dass er die Behauptung aufstellt, die abgedroschene Behauptung, die längst niemand mehr glaubt, dass er das alte Schlagwort gebraucht, die liberale Partei hat Österreich ruiniert. (Rufe

links: Richtig!) Nun ja, meine Herren, lassen wir das. Wir wissen nicht, dass die liberale Partei Österreich ruiniert hat, dass aber die clericale Partei nicht allein Österreich, sondern auch andere Länder bis an den Rand des Abgrundes gebracht habe, das ist eine Thatsache (Heiterkeit links), das wissen wir. Ob die liberale Partei wirklich so ist, dass sie Österreich ruinieren kann, das weiß man nicht (Dr. Lueger ruft: Steht schon fest!); aber das ist Thatsache, dass die clericale Wirtschaft, und das wird mir auch mein sehr geschätzter Nachbar Dr. Lueger bestätigen, dass die clericale Partei mehrere Länder, viele Länder und auch Österreich schon wiederholt an den Rand des Abgrundes gebracht hat, und dass wir uns daher vor dieser Wirtschaft zu fürchten haben.

Ferner hat sich dieser Redner darüber besonders beschwert, dass hier im Gemeinderathe 1000 fl. bewilligt sind zur Anschaffung von Christusbildern, und dass dieser Antrag oder dieser Beschluss des Gemeinderathes noch nicht ausgeführt ist, und aus diesem Grunde hat er eben zum Stadtrath auch kein Vertrauen. Meines Wissens, meine Herren, wurde allerdings in der vorjährigen Budget-Debatte der Antrag gestellt, es mögen zu diesem Zwecke 1000 fl. eingestellt werden, aber damit hat der Gemeinderath ja noch nicht beschlossen, dass sie im heurigen Jahre angekauft werden (Gelächter links), das weiß ich nicht, vielleicht sind sie bestellt worden, vielleicht hat man einen Concurs nach Zeichnungen ausgeschrieben, das weiß ich alles nicht. Aber das Eine steht fest, der Gemeinderath hat nicht beschlossen, dass sie schon in diesem Jahre bestellt werden müssen. Übrigens wird ja ein Redner des Stadtrathes diesen sehr wichtigen Gegenstand vielleicht später aufklären.

Eines muss ich, ehe ich schließe, noch sehr bedauern, dass mit der Pflasterung gerade um das Rathhaus herum in einer Weise vorgegangen wird, dass jeder Vernünftige erstaunen, und dass jeder Freund dieser Stadt sagen muss: Woher kommt denn diese grobe Vernachlässigung? Man hat sich alle Mühe gegeben, dass dieses Viertel bewohnt ist, die Leute sind da, sie zahlen einen hohen Zins, und wenn es regnet, müssen sie in einem Kothmeere herumgehen. Auch heuer hat man in das Budget für diesen hochwichtigen Theil der Stadt nicht einen Kreuzer eingesetzt. Während Sie, meine Herren, bis Kagran auf der gepflasterten Straße hinuntergehen können, weiß man — die Herren wissen es ja, die zu Fuß gehen müssen, alle Herren haben ja nicht einen Wagen — wie ich — (Lebhafte Heiterkeit) kaum, wie man an Regentagen hieher kommt.

Nicht wahr, es ist so? (Zustimmung.) Ich muss also mein Bedauern darüber aussprechen, dass der Stadtrath nicht wenigstens dafür gesorgt hat, dass hier einige Straßen gepflastert werden. Man sagt, dass keine Steine da sind. Das ist das höchste; wenn man so etwas hört, könnte man aus der Haut fahren! (Heiterkeit.) Es sind keine Steine da, sagt man! Wir brauchen keine Steine, nehmen wir Holzstöckel. Hier fahren ja keine schweren Fuhrwerke, hier fahren Equipagen, hier werden die Straßen nicht so sehr benützt. Also machen wir ein Holzstöckelpflaster, sowie es des schönen Rathhauses und der herrlichen Gebäude, die das Rathhaus umgeben, würdig ist, aber lassen wir nicht solche Zustände. Die Leute, die hier wohnen, wollen im Winter nicht auf dem Lande sein, die wollen hier gepflasterte Straßen haben. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Der möchte schön sparen, wenn er in den Stadtrath kommt! — Heiterkeit links.) Nun bin ich eigentlich fertig, und indem ich mich von der Opposition verabschiede, muss ich wirklich meiner Freude Ausdruck geben, dass Sie mich so aufmerksam angehört haben. (Gelächter links.) Damit schließe ich und empfehle das Eingehen in die Special-Debatte. (Bravo! Bravo! rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Fortsetzung der Debatte erfolgt in der morgigen Sitzung. Die Sitzung ist geschlossen. (Gem.-Rath Gregorig: Ich habe mich noch zur Geschäftsordnung gemeldet. — Unruhe.)

(Schluss der Sitzung um 7 Uhr 45 Minuten abends.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 18. März 1892 unter dem Vorsitze des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Versammlung ist beschlussfähig. Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

1. Ich habe zur Kenntnis zu bringen, dass die Gem.-Räthe Dr. Stenzl und Sasse ihr Ausbleiben aus der Sitzung durch Unwohlsein entschuldigen lassen. Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Einläufe zu verlesen.

Schriftführer Gem.-Rath Janotta (liest):

2. Resolution, überreicht vom **Gem.-Rath Dr. Lueger:**

Hochlöblicher Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien!

Die von mehr als 1000 Personen, zumeist Wählern des V. Bezirkes, besuchte XXXIII. Plenarversammlung des katholisch-politischen Vereines im V. Bezirke, welche am 14. März 1892 in Hamberger's Saal, V., Schlossgasse Nr. 5, tagte, fasste den einstimmigen Beschluss, „sich entschieden gegen die Verlängerung des Vertrages der Gemeinde Wien mit der englischen Gas-Gesellschaft auszusprechen und die Errichtung städtischer Gaswerke zu verlangen".

3. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Linke:**

Löblicher Gemeinderath!

Wer im Hochsommer mit der Eisenbahn Wien-Aspang von Alt-Wien eine Reise unternimmt — hat Gelegenheit in Neu-Wien, XI. Bezirk, in den Fluten des Wiener-Neustädter Canales eine Secte wahrzunehmen, welche — ohne Unterschied des Geschlechtes und des Alters — schaarenweise den Stand der Unschuld vor dem Sündenfalle wiederherzustellen sich bemüht. Der Polizeibehörde hat dieser Cultus schon viele Sorge gemacht, weil diese Eisenbahn auch von den allerhöchsten Herrschaften zur Fahrt nach Laxenburg benützt wird und hohen Orts bereits Weisungen ergangen sind, dass diesem Schauspiele Einhalt gethan werde.

Da trotz der Vermehrung der Sicherheitswache in Simmering diese Adamiten nicht vertrieben werden konnten und die Gemeinde nicht in der Lage war, längs des Canales eine chinesische Mauer aufzuführen — so wurden von der Gemeindevertretung mit der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft, als Eigenthümerin des Wiener-Neustädter Canales, Unterhandlungen wegen Errichtung eines eingefriedeten Schwimmbades eingeleitet und sollte zu diesem Behufe die erforderliche Canalstrecke zu einem Bassin erweitert werden.

Die Ausführung dieses Projectes wurde aber durch die Einverleibung des Vorortes Simmering in die Großcommune Wien und die Auskolgung des Vermögens an dieselbe unmöglich gemacht.

Die Errichtung eines solchen Schwimmbades in Simmering ist, in Anbetracht der zahlreichen, zumeist dem Arbeiterstande angehörigen Bevölkerung und der großen Anzahl von Schulkindern, wirklich ein dringendes Bedürfnis und wurde ich deshalb schon von vielen Seiten angegangen, dahin zu wirken, dass dieses Project endlich zur Ausführung gelange.

Ich sehe mich deshalb zu der Bitte veranlasst:

Der löbliche Gemeinderath wolle, nach allfälliger Anhörung des Bezirksvorstehers, die Errichtung eines eingefriedeten Schwimmbades in Simmering, am Wiener-Neustädter Canale, aus communalen Mitteln bewilligen und zu diesem Behufe neuerliche Unterhandlungen mit der Austro-belgischen Eisenbahn-Gesellschaft als Eigenthümerin des genannten Canales wegen Überlassung des erforderlichen Wassers einleiten.

An den Stadtrath.

4. Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich ersuche die Herren Gem.-Räthe Boschan und Karl Moriz Mayer, an den Referententisch zu treten.

Gem.-Rath Steiner: Sehr verehrte Herren! Es ist eine alte Gepflogenheit in den parlamentarischen Körperschaften, dass gelegentlich der Berathung über das Budget in der General-Debatte die einzelnen Redner die wirtschaftliche Lage schildern, diejenige des Staates, beziehungsweise des Landes oder der Gemeinde, da hier die einzige Gelegenheit ist, die Wünsche ihrer Wähler zum Ausdruck zu bringen. Es ist das aber auch die einzige Gelegenheit im Jahre möchte ich sagen, wo man ungestraft die Wahrheit sagen darf, und bei dieser so freiheitlich und fortschrittlich beschlossenen Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderathes, wo man allen möglichen Torturen ausgesetzt ist, mache auch ich von diesem gewährleisteten Rechte Gebrauch, um meine Stellung in dieser so wichtigen Sache zu präcisieren.

Wenn ich vielleicht Dinge in Kürze streife, die schon gestern von einigen Herren geehrten Rednern berührt wurden, bitte ich dies zu entschuldigen; es geschieht nur, damit ich den Beweis erbringe, dass die Interessen meiner Wähler, die ich hier zu vertreten die Ehre habe, zum größten Theile solidarisch sind mit denjenigen der anderen Wiener Bezirke. Die Bewilligung des Budgets ist ja gerade der Ausdruck des Vertrauens in die Verwaltung und in das herrschende System. Meine Herren, da wir in das fortschrittliche System kein Vertrauen haben und unser Vertrauen ein negatives ist, so stimme ich und meine geehrten Gesinnungsgenossen gegen das Budget, sowie gegen das Eingehen in die Special-Debatte. Wohin wir auch blicken, meine Herren, die Wahrnehmungen, die wir machen, zeigen, dass das von unserer Partei der liberalen Partei entgegengebrachte Misstrauen gerechtfertigt ist. Meine Herren! Selten ist noch einer Unwahrheit so schnell die Entdeckung auf dem Fuße gefolgt als bei der Einverleibung der Vororte mit Wien. Es wurde da im vergangenen Jahre von sämmtlichen Blättern, welche der liberalen Partei und auch der Landesvertretung zu Gebote standen, sogar ein goldenes Zeitalter prophezeit, ein Bauaufschwung, der in Wien noch nie gesehen worden ist und auch nie gesehen werden wird; es wurden Phrasen gedroschen, und ein Herr jener Seite, welcher aus der Vogelperspective schon das Schlaraffenland gesehen hat, hat unsern Standpunkt — als wir nämlich begründete Zweifel darein setzten — einen greißlerischen genannt.

Meine Herren, die Wandlung hat sich rasch vollzogen, und verzeihen Sie, wenn ich heute der liberalen Partei vorhalte, dass sie heute auf einem greißlerischen Standpunkt steht. Denn sie muss die brotlosen, beschäftigungslosen Arbeiter mit Brotlaibeln betheilen, und das ist gewiss eine greißlerische Handlung. Meine Herren! Öde liegt der Linienwall da; bei dem milden Klima dieses Winters hätte gewiss schon mit den Arbeiten begonnen werden können. Die Wienfluss-Regulierung, die Inangriffnahme der großen Verkehrsanlagen — gar nichts ist geschehen. Der Gemeinderath schiebt es auf den Landtag, der Landtag auf den Reichsrath oder umgekehrt. Nun ich glaube, dass es besser wäre, wenn man aus allen drei Körperschaften diese Leute, die das Phrasendreschen aus Princip betreiben, einfach hinausjagen würde, damit etwas frischere Luft hineinkommt. Ich glaube, dass dann ein besseres Wirtschaftssystem platzgreifen würde. (Sehr gut! links.) Was wurde, meine Herren, seitens der liberalen Partei gelegentlich der Wahlen nicht alles versprochen! Sie werden sich gewiss noch an die unerhörten Wahlverificationen in diesem Saale erinnern, an die Dotationen des von Ihnen begründeten Stadtrathes, welcher mit 100.000 fl. dotiert ist. Aber dann war ihr Latein auch zu Ende. Ich will von der Dotation des Bürgermeisters nicht mehr sprechen; darüber ist öffentlich und hier schon genug gesprochen worden, auch in Ihrer Partei, und als politischer Gegner des Herrn Vice-Bürgermeisters sage ich Ihnen offen, dass derjenige, der arbeitet, nicht bezahlt wird dafür. Weil ich schon beim Stadtrath bin, muss ich mir erlauben, zu sagen, wie denn diese maschinelle Erzeugung in Zusammensetzung des Stadtrathes so schnell zustande gekommen ist. Die liberale Partei predigt in ihren Versammlungen immer ihre Uneigennützigkeit und Liebe zum Volke — da war der Herr Bürgermeister Dr. Prix vorsichtiger. Er hat seine Leute besser, ziemlich genau gekannt.

Als nach dem Ausfall der Wahlen im zweiten Wahlkörper die liberale Partei die Majorität gesichert hatte, gieng ein förmliches Grunzen durch diese Partei . . . . .

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte den Herrn Redner, sich in den Ausdrücken etwas zu mäßigen.

Gem.-Rath Steiner (fortfahrend): Da hat der Herr Bürgermeister Dr. Prix die Herren zu einer Versammlung einberufen und von den 96 Gewählten sind wirklich 84 erschienen. Ja, meine Herren, ich weiß nicht war das Vertrauen oder wurde Ihnen eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt, die die Herren, welche nicht auf Stadtrathsstellen reflectieren, unterschreiben sollten, aber siehe da, Eigennutz und Liebe zum Volke kommen da recht zum Ausdrucke. Von 84 Erschienenen haben nur zehn unterschrieben, kein Stadtrath werden zu wollen. (Gem.-Rath Dr. Friedjung: Es war ganz anders!) So ist es in den Blättern gestanden, ich bitte mich zu widerlegen, Herr Dr. Friedjung, Sie sprechen ja nach mir; aber dann, als diese 74 in dem Käfig darin waren, als Herr Bürgermeister Dr. Prix auf der Stange diesen Brocken in Form von 66.000 fl. hingehalten hat, ist die Verwirrung erst recht gekommen und sie scheint mir heute noch in der liberalen Partei zu bestehen. Meine Herren! Die Herren Stadträthe treten ab und zu um ihre 3000 fl. — ich will nicht sagen alle — an den Referententisch und erstatten ein Referat, um einen der liberalen Partei gefälligen Verein zu subventionieren. Die Thätigkeit der Herren im Stadtrathe selbst ist ja uns Gemeinderäthen zweiter Güte zu controlieren nicht genug Gelegenheit gegeben, denn hier ist die einzige in Europa bestehende Körperschaft, die bei geheimen Sitzungen das Recht hat, eventuell die Steuergelder der Bürger zu verschleudern. Im Stadtrathe drinnen, behaupten böse Menschen — ich gehöre nicht dazu —, dass speciell die Herren Vertreter der Vororte sich mehr im Schlepptau des Herrn Bürgermeisters Dr. Prix als die Vertreter der alten Wiener Gemeindebezirke befinden — man behauptet das — und dass sie eigentlich die Jasager der herrschenden Partei sind.

Meine Herren, ich komme nun zu dem Oberbefehlshaber der Herren Stadträthe, welcher von der liberalen Presse als Abgott, als Vorbild aller liberalen Freiheit und Tugend geschildert wird, und welcher auch den Beinamen „der Eiserne" erhalten hat. Nun gut, eisern ist der Herr Bürgermeister, aber gegenüber den berechtigten Forderungen des arbeitenden Volkes, gegenüber den gerechtfertigten Forderungen der Beamten und Diurnisten, aber weich wie Wachs, wenn am politischen Horizont ein neuer Stern aufsteigt. (Sehr gut! links.) Meine Herren, es gibt Minister in Österreich, Sectionschefs, Hofräthe und auch einen angeblich schneidigen Statt-

halter, und da muss man gefällig sein und nachgeben, denn diese Herren haben ein gewichtiges Wort zu reden bei Ordensverleihungen ꝛc. und da darf man sich doch nichts vergeben. (Beifall links; Unruhe rechts; ein Gemeinderath links: Aber ruhig, Moriz!! Heiterkeit.) Meine Herren! Die Weinhauer an der Peripherie mögen fluchen über die geschaffenen Verhältnisse, da ist aber gedeckter Boden dazwischen und das hört man im Rathhause nicht. Tausende ausgepfändeter Handwerker, die man in unverantwortlicher Weise um ihre Existenz bringt, mögen jammern, das hört man im Rathhause nicht; hunderte hungriger Diurnisten mögen knurren, das ist ja eine angenehme Musik, wenn man selbst den Magen voll hat, das hört man nicht. Wenn aber hunderte arbeitslose Arbeiter zum Rathhause ziehen und den ersten Bürger von Wien um Brot bitten, da werden die Thore geschlossen und wird Sicherheitswache requiriert. Das ist das neue fortschrittliche Princip, unter dem Wien verwaltet wird. Und in den Jahrbüchern des Jahres 1891 über Wien wird es für ewig verzeichnet stehen, dass der Bürgermeister der Stadt Wien den freigewählten Gemeinderath im eigenen Hause bei der Berathung über den 100percentigen Zuschlag unter Polizeiaufsicht stellen ließ; und zu solchen Stadträthen und einem solchen Präsidium werden wir nie und nimmer Vertrauen haben. (Beifall links.) Weil aber der Herr Bürgermeister bei jeder Gelegenheit sich auf Freiheit und Fortschritt beruft, so erkläre ich Ihnen offen und ehrlich, dass kein rückschrittlicherer Bürgermeister auf diesem Ehrenstuhle seit dem Jahre 1848 gesessen ist. (Beifall und Händeklatschen links.)

Meine Herren! Als ich das letztemal nur das Wort „Gegenseitigkeit" gebraucht hatte, gieng schon ein Sturm der Entrüstung durch Ihre Reihen. Ich wurde zur Ruhe gerufen und aus Achtung vor dem Präsidium werde ich gewiss heute das Wort „Gegenseitigkeit" nicht mehr repetieren. Ich glaube aber, dass man da immer ins Schwarze trifft, wenn die Herren so außer Rand und Band gerathen. (Rufe links: Dr. Stern!) Gestatten Sie mir nur Eines und ich bitte die Herren Referenten, einer der Herren ist ja im Stadtrathe, oder einen der Herren Stadträthe im Laufe der Debatte mir die Auskunft: Von Gegenseitigkeit spreche ich nicht, aber hat nicht bei der Anstellung des Herrn Magistratsrathes Tachau zum Magistrats-Vice-Director Gegenseitigkeit oder vielleicht Stammesverwandtschaft vorgeherrscht? Hat bei der Bestellung des Bürgerschullehrers Eberl in Neulerchenfeld, der eine nur dreizehnjährige Dienstzeit hatte und langgedienten, gut qualificierten Lehrern vorgezogen wurde, hat da keine Gegenseitigkeit geherrscht? Herrscht da keine Gegenseitigkeit bei dem Casino in Baumgarten, wo der Steuersäckel in empfindlichster Weise geschädiget wurde, wobei man einem liberalen Partei-Götzen (Heiterkeit) zuliebe den Steuersäckel in empfindlichster Weise geschädiget hat. Nun, weil ich schon beim Casino bin, so muss ich bemerken, der geehrte Herr Vice-Bürgermeister hat eine Interpellation beantwortet, welche die Herren Collegen Sauerborn und Arnhart eingebracht haben, weil ein Bild des Turnvaters Jahn aus einem Turnsaal, aus einem der Commune Wien gehörigen Hause entfernt wurde. Das Präsidium, ein großer Theil der Stadträthe und ein großer Theil der geehrten Majorität war ja bei der Eröffnung des Casinos in Baumgarten und haben sie nicht gefunden, dass zwei Büsten draußen sind. Wie darf man denn in einem der Commune gehörigen Hause sich verewigen wollen? Meine individuelle Ansicht geht dahin, dass man diese Büsten solange in die Rumpelkammer des Magistrates stellt, bis sich diese Herren Verdienste um die Commune erworben haben. (Beifall links.)

Meine Herren, ich komme nun zur Wiener Tramway, auch eine eigenthümliche Sache. Die erste und mächtigste Stadt des Reiches ist nicht im Stande, sich von einer Actiengesellschaft ihr Recht zu erzwingen. Die Tramwaywagen sind trotz Polizeiverordnungen überfüllt, es trifft die Gesellschaft aber keine Strafe. Ein öffentliches Gut, die Straßen, werden der Tramway ausgeliefert, macht nichts. Die Fahrtarife werden erhöht, die Taschen der Gesellschaft gefüllt. Wer war der Einzige, der durch die Einbeziehung der Vororte etwas gewonnen hat? Die Tramway-Gesellschaft gewinnt allein 60.000 fl. jährlich. Im Deutschen Reiche, — verzeihen Sie, wenn ich das Deutsche Reich berühre — Sie dürfen mir nicht deswegen etwa Mangel an Patriotismus vorwerfen, — in Berlin wissen sich die Herren die nöthige Achtung zu verschaffen. Ist das Publicum in Wien schlechter als in Berlin? Aber Sie werden nicht behaupten wollen, dass die fortschrittlichen Einrichtungen in Berlin schlechter sind als in Wien, trotzdem in Berlin die Stadtverwaltung ein Drittel weniger kostet als in Wien. Aber wissen Sie, was schuld ist? Weil in Berlin weniger in Gegenseitigkeit gemacht wird, weil dort die Interessen der Bevölkerung höher gestellt werden, als in Wien die Interessen derer von Reitzes.

Bei Herausgabe des Fiaker- und Einspännertarifes hat man sich auf den absoluten Standpunkt gestellt, man hat die Existenz dieser Bürger, namhafter Steuerträger, nicht berücksichtigt. Man hat den Monat Mai als keinen Ausnahmemonat gelten lassen.

Gestatten Sie mir noch Eines: Wenn ich mit der Staatsbahn fahre und einen Schnellzug benütze, muss ich 50 Percent daraufzahlen, wenn ich in den Prater fahre im Mai zum Derby und nehme mir einen Secundentraber, dann muss ich einfach bezahlen, denn jemand, der ein Pferd eingespannt hat, das tausende Gulden kostet, kann nicht um denselben Preis fahren.

Ein zweites Beispiel. Wenn ich mit der ersten Classe auf den Staatsbahnen oder anderen Eisenbahnen fahre, muss ich darauf zahlen und wenn ich einen Fiaker nehme, um wie man wienerisch sagt: „schieberisch" zu fahren, so muss ich einfach zahlen, und es sind missliche Verhältnisse eingetreten, eine Stagnation in diesen Geschäften. Fragen Sie die Schmiede, Wagner, Anstreicher, ob das Geschäft geht. Gar nichts geht. Aber wissen Sie, was schuld daran ist? Man verwechselt heute in Wien die Verhältnisse mit denen in Hannover, in Wien sind aber die Verhältnisse andere als in Hannover. Das soll man sich vor Augen halten.

Ich komme nun zur Gasfrage. Das ist auch so ein Monopol. Es wird der Gasvertrag zur Erneuerung kommen und ich bin überzeugt, meine Herren, dass Sie den Gasvertrag annehmen werden, wie er uns vom Stadtrathe vorgelegt wird. (Rechts: Nein!) Ich bin überzeugt. Warum soll die Gaserzeugung nicht in eigener Regie erfolgen? Warum sollen jährlich Millionen nach England geschickt werden. Warum macht man es nicht doch so, wie in anderen Städten? Das, was man in Berlin und Prag kann, wird man in Wien doch auch können; oder glauben Sie, dass das Gaslicht so schön ist? Ich bitte hinauszugehen, sie haben kein reines Gaslicht und werden finden, dass auch die vorgeschriebene Kerzenstärke nicht vorhanden ist. Aber man muss sich fürchten, es zu sagen, ich erinnere mich noch an den seinerzeitigen Process Mandl. Auch in der Gasgesellschaft wird das internationale Capital zur Geltung gelangen, und verzeihen Sie mir die Bemerkung, ich

glaube, dass die orthodox-liberale Presse, welche sich noch heute in einem gewissen Stillschweigen wiegt, die Hauptrolle spielt.

Meine Herren, und da wollen Sie, wir sollen zu Ihnen Vertrauen haben. Das haben wir zu diesem Stadtrath nicht, denn das fortschrittliche System hat eben zwei Seiten; auf der einen Seite schützt man die Großcapitalisten und die Ausbeuter des Volkes, auf der anderen Seite führt man das Recht zum Bettel ein und gibt den auf der Straße kauernden obdachlosen, armen Teufeln die Brosamen derjenigen, die nach dem Gesetze leider nicht bestraft werden können, aber nach dem Gesetze rauben. (Rufe: Bravo! Sehr richtig!) Unser System ist das: Dort etwas aus dem Leibe zu schneiden, wo etwas ist; wir wollen das Recht auf Arbeit und den Schutz der ehrlichen Arbeit.

Bei jenen Herren ist das nicht der Fall. Ihnen scheint ein Händedruck, ein freundlicher Gruß eines Ministers mehr zu gelten, als der Händedruck ihrer Mitbürger; uns gilt das Vertrauen unserer Mitbürger mehr, und darum werden wir nicht für das Budget stimmen, insolange nicht stimmen, als Sie ihre Grundsätze, respective Ihre Grundsatzlosigkeit nicht abgeändert haben. Wir werden weiter kämpfen, bis sich das Gesicht dieses Saales verändert hat; heute stimme ich nicht für das Budget.

Ich habe noch auf eine Bemerkung des letzten Herrn Redners, des Herrn Frauenberger, zurückzukommen. Der geehrte Herr Collega hat gesagt, dass die clericale Partei schon Staaten zugrunde gerichtet habe. Nun ich glaube, es ist heute hier nicht der Platz, hohe Politik zu treiben, aber vom wirtschaftlichen Standpunkte, Herr Collega, erlaube ich mir Eines zu bemerken, dass Diener, Arbeiter, Geschäftsleute sich darum reißen, in den Klöstern oder beim Clerus angestellt oder bedienstet zu werden oder Arbeit zu erhalten, und ich kann sie versichern, dass dieselben nicht ausgepresst werden, dass sie im Alter versorgt werden, dass die Geschäftsleute gut bezahlt werden; anders ist es bei der Großindustrie, beim Großgrundbesitz. Da wird der Mensch ausgepresst, — die menschliche Arbeitskraft —, und wenn er ausgepresst ist, wird er der Gemeinde hingeworfen zur Versorgung. So ist seitens der liberalen Partei, als in der Sitzung über den Grundverkauf in der Burggasse gesprochen worden ist, dem Herrn Billing, — ich bedauere das gewiss, Herr Billing ist ein Stadtrath, den wir hochachten, — gesagt worden, er wäre zu uns betteln gekommen. Nun, Herr Collega, ich werde jetzt Ihre eigenen Worte gebrauchen. Haben Sie nicht gestern förmlich bei der Opposition gebettelt, sie möge ruhig sein, als Sie sprachen? (Heiterkeit links.) Das sind Ihre eigenen Worte. (Gem.-Rath Frauenberger: Das ist eine Ironie!) Aha! das ist eine Ironie!

Meine Herren, ich stimme gegen das Budget aus dem Grunde, weil Wien nicht bürgerlich, weil Wien nicht gut wienerisch verwaltet wird, sondern in Wien herrscht eine orthodox-liberale Clique, und mit dem schließe ich. (Beifall und Händeklatschen links.)

Gem.-Rath Rosenstingl: Wie ich mich zum Worte gemeldet habe, habe ich das in der Absicht gethan, einige Gegenstände zu berühren, die vielleicht auch in der Special-Debatte hätten berührt werden können. Aber ich bin nicht so vertraut mit all diesen verschiedenen Posten, so dass ich mich gefürchtet habe, ich könnte vielleicht den richtigen Posten übersehen und könnte dann nicht zum Worte kommen. Und aus diesem Grunde möchte ich diese paar Sachen schon in der General-Debatte vorbringen und Ihrer Erwägung unterbreiten.

Ich werde nicht im ganzen großen über das Budget reden, ich bin, aufrichtig gesagt, viel zu wenig vertraut noch mit den Geheimnissen des Budgets und überlasse das erfahreneren Leuten, die vielleicht die Budget-Debatte schon öfter mitgemacht haben und die sich ein klareres Bild über den Zusammenhang machen können, als ich.

Ich möchte gleich dabei, damit ich es nicht vergesse, auf die Ausführungen des unmittelbaren Vorredners zurückkommen und werde mich nicht lange dabei aufhalten. Aber ich muss ihm sagen: Wenn die Berliner Antisemiten seine Reden lesen werden, dann kann es ihm passieren, dass er von dort aus excommuniciert wird. (Dr. Friedjung: Ganz richtig!) Denn die Berliner Antisemiten denken über die dortige Verwaltung gerade so schlecht, wie die Wiener Antisemiten über die Wiener Verwaltung denken. (Heiterkeit rechts.)

Übrigens hat der Herr Vorredner bewiesen, dass er wohl weiß, dass es in Berlin eine Communalverwaltung gibt, dass er aber über die Construction dieser Communalverwaltung nicht gut unterrichtet ist.

Die Autonomie der Gemeinden in Deutschland lässt sich absolut nicht mit der Autonomie in Österreich vergleichen. Uns hat die Autonomie, Gott sei's geklagt, so manches mit auf den Rücken geworfen, was wir vielleicht recht gerne abschütteln möchten. Aber eben dadurch unterscheiden sich beide Verwaltungen ganz wesentlich.

In Berlin ist eine ganze Menge von Dingen, die wir hier durchführen müssen, einfach königlich oder vielleicht jetzt kaiserlich, und das ist der große Unterschied. Ich glaube, dass es einfach nicht angeht, immer wieder die Communalverwaltung von Berlin und Wien in Vergleich zu ziehen. (Unruhe links.)

Ich bitte, es kann jeder über die Sache denken wie er will. Ich war in Berlin, habe Gelegenheit gehabt, das näher kennen zu lernen und habe dort diese Meinung bekommen. Ich will z. B. nur nebenbei erwähnen, dass die Feuerwehr dort königlich ist. Hier ist sie ein Institut, das uns sehr viel Geld kostet. Die Verwaltungskosten betragen daher, weil wir mit der Autonomie alle Lasten mitbekommen haben, um so und soviel 100.000 fl. mehr. Das ist die ganze Geschichte, und das bedauern wir ebenso wie der Herr Vorredner.

Wenn der Herr Vorredner uns die neueste Affaire mit der Tramway zum Vorwurf macht, so glaube ich, dass das wieder nicht die richtige Adresse ist. Wir haben gelesen, dass der Stadtrath oder der Herr Bürgermeister sich gegen diesen Erlass der Polizei entweder schon gewendet hat oder sich dagegen wenden wird. Vielleicht wird sogar ein Process herauskommen vor dem Verwaltungsgerichtshof, das weiß ich nicht; aber es ist uns allen kein Geheimnis, dass die Tramway protegiert wird, und dass wir eben gegen diese Protection nichts ausrichten können; das trifft uns aber alle zusammen, nicht irgend einen Theil von uns. (Widerspruch links.) Wir können nichts dafür, wir können es nicht ändern, das ist einmal so, da nützt alles nichts. Bezüglich der Gasgesellschaft bin ich auch der Meinung des Herrn Vorredners, dass man sobald als möglich daran gehen soll, diese Vertragsgeschichte zu inscenieren, sei es in dieser, sei es in jener Richtung. Es ist nicht so leicht, über ein solches Object so kurzweg zu urtheilen, das will doch ziemlich genau studiert sein. Ich würde aber recht sehr wünschen, dass diese Frage so zeitlich als möglich vor den Gemeinderath komme, damit wir in der Lage sind, uns die Hände vollkommen frei zu erhalten, und nicht in einer Zwangslage uns befinden wie

das letztemal, wo wir — ich glaube, das versichern zu dürfen, ich habe viele tausend und tausend Meter Rohre gelegt und kenne das Geschäft — absolut nicht in der Lage gewesen wären, eine vollständige Auswechslung des Rohrnetzes durchzuführen. Und es wäre ganz gewiss eines Tages der Fall eingetreten, dass Wien absolut ohne Beleuchtung gewesen wäre. (Oho-Rufe links.) Ich bitte, ich wäre wohl in der Lage, wenn uns die Zeit es gestatten würde, das ganz genau auseinanderzusetzen, aber es gehört nicht hieher. Ich concludiere jedoch daraus, dass wir sobald als möglich daran gehen sollen, damit wir eventuell auch wirklich die Zeit haben, um alles zu veranlassen, was nothwendig ist um ein eigenes Gasrohrnetz zu schaffen. Denn es gehört viel Zeit dazu, und die Sache wird mit jedem Jahre schwieriger, weil wir immer mehr und mehr Objecte in die communalen Straßen hineinbringen.

Die Geschichte lässt sich nicht so über das Knie brechen, das ist nicht so einfach. Aber es würde mich sehr freuen, wenn der geehrte Herr Vorredner und seine Herren Gesinnungsgenossen consequent bleiben werden, wenn wir vielleicht nächstens mit einer anderen englischen Gesellschaft in irgendwelche Beziehungen zu treten eingeladen werden und wir dann Arm in Arm diese Consequenz zum Ausdrucke bringen und uns die künftigen Engländer von vorneherein vom Halse halten, in dem Momente, wo wir eifrig bemüht sind, die bestehenden Engländer uns vom Halse zu schaffen.

Nun möchte ich nur so allgemein auf einige Bemerkungen zurückkommen. Ich polemisiere nicht gern, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich ein etwas leidenschaftlicher Mensch bin und es mir leicht passieren kann, dass ich über die Schnur haue — und das will ich nicht. Es sind einige Worte besonders oft wiederholt worden, wie es bei der Budget-Debatte ganz natürlich ist; so ist z. B. das Wort Sparsamkeit von verschiedenen Rednern gebraucht und variiert worden. Nun ist es ganz natürlich, dass man bei der Budget-Debatte dem Begriffe „Sparsamkeit" sein erstes Recht lässt und ich bin vollkommen einverstanden, dass man sich diesen Begriff immer vor Augen halte, besonders zu Zeiten, wo die Einnahmen und Ausgaben sich an einer derartigen Grenze bewegen, dass wir vor einer Unterbilanz stehen; da ist natürlich Sparsamkeit umsomehr geboten. Aber Sparsamkeit ist doch eigentlich ein relativer Begriff. Es hat jeder eine andere Meinung über Sparsamkeit; so haben wir z. B. gestern gehört, dass ein sehr verehrter Herr Redner von jener Seite das „Thesaurieren" kritisiert hat. Nun, ich will darüber nicht rechten, was richtig ist, wenn eine Commune Geld in ihren Cassen anhäuft, oder wenn eine Commune das Geld, welches sie einnimmt, zu Verwaltungszwecken wieder ausgibt.

Man kann darüber wohl verschiedener Meinung sein. Mir scheint es aber die richtige Ansicht zu sein, wenn man sagt, die Commune Wien ist kein Spar-Institut, sie ist keine Sparcassa. Die Steuern gehen nicht zu dem Zwecke ein, damit wir das erhebende Bewusstsein haben, so und soviel Geld, so und soviel Actien in irgend einer Wertheim'schen Casse zu haben, sondern, wie ich glaube, um Fruchtbringendes zu schaffen, um jene Ausgaben zu bestreiten, die unbedingt nöthig sind, und jene Institutionen zu schaffen, deren Schaffung Aufgabe der Commune ist. Mir wenigstens scheint es, dass es die Aufgabe der Commune ist, das physische und ethische, das geistige Wohl der Bürger zu fördern. Dieser Zweck wird zum Theil dadurch erreicht, dass man jene Institutionen schafft, die nicht nur gesetzlicher, sondern die greifbarer Natur sind, Institutionen, die geschaffen werden müssen, die aber viel Geld kosten. Wir haben vor mehreren Jahren von einem hervorragenden Führer der Opposition gehört, dass er sozusagen das Alpha und Omega aller volkswirtschaftlichen Weisheit in den gewissen blauen oder weißen Strümpfen, gefüllt mit Silberthalern, erblickt. Nun, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Gestern wurde dasselbe Thema besprochen, und merkwürdig, es wurde uns der Vorwurf gemacht, dass wir geldscheu sind, dass wir das Geld nicht beisammen halten, dass wir es draußen haben wollen. Ich darf daraus den logischen Schluss ziehen, dass der Herr Redner wohl glaubt, es sei richtig, das Geld zu sammeln. Er hat ja selbst bemerkt, man müsse das Geld sammeln, um es in der Zeit des Bedarfes zu haben, damit wir keine Schulden machen müssen. Nun, es ist sehr schwer, da die richtige Grenze zu finden. Sehen Sie sich die Communal-Verwaltung der letzten 20 bis 30 Jahre an, so werden Sie finden, dass immer und immer Anträge gestellt wurden, dass dieses und jenes gemacht werde; dieselben werden heute gestellt, morgen gestellt, und das wird immer so fortgehen; es wird verlangt, das und das müsse gemacht werden, und der Betreffende, der einen solchen Antrag stellt, sieht das als das Allerwichtigste an, setzt sich mit aller Macht dafür ein, hofft und wünscht, ist bestrebt, Anhänger zu gewinnen; ein anderer und ein dritter thut das auch. Und wir thun recht daran, denn wir sind hergeschickt, damit wir Verschiedenes schaffen, was unsere Wähler, unsere Mitbürger draußen wünschen. Ja, meine Herren, was würden Sie aber sagen, wenn eines schönen Tages nach einer Reihe von Anträgen, die 200.000, 300.000 fl. und mehr kosten, der Bürgermeister aufstehen und sagen würde: Das Geld hätten wir wohl, aber wir werden weiter sparen, wir werden die Anträge in Angriff nehmen, wenn wir mehr Geld zusammengespart haben.

Es würde ein Sturm der Entrüstung losbrechen, wenn je ein Bürgermeister, nicht der jetzige oder frühere, sondern irgend einer, sich getraut hätte zu sagen: ich will nichts davon wissen, dass etwas gemacht werde. Diese Straßen brauchen nicht gepflastert zu werden, diese Canäle können noch weiter die Gegend verjauchen, wir müssen erst mehr Geld haben.

Sie werden mir vielleicht erwidern: es sind viele Ausgaben gemacht worden, die unnütz waren. Meine Herren, das ist auch sehr subjectiv. Es ist z. B. viel über das Rathhaus geschimpft worden, dass es so schön gebaut sei, dass soviel Kunstwerke darin sind, dass das Kunsthandwerk stark betheiligt war.

Meine Herren, es kommt eben darauf an, was man für Anschauung hat über den Zusammenhang des Kunsthandwerks mit allen anderen Dingen, und man muss sich daran erinnern, dass ja die Betreffenden doch auch wieder Mitbürger sind, die dazu da sind, etwas zu schaffen, und dass nicht nur das rein Materielle ins Auge gefasst werden darf, sondern dass die Commune Wien verpflichtet ist, auch das Ethische ins Auge zu fassen und sich ein Haus zu bauen, das ihrer und ihrer Aufgabe würdig ist, was nicht nur recht und billig, sondern ihre Pflicht ist; und gerade die Bürger von damals, aus dem vierzehnten, fünfzehnten, sechzehnten Jahrhundert, aus den Zeiten, welche — wie mir scheint — Ihr Ideal sind, wollen Sie sich zum Muster nehmen. Schauen Sie nach Deutschland, Holland, Belgien, Nordfrankreich und schauen Sie sich die Bauten, die diese sparsamen Bürger dort errichtet haben, an, sehen Sie sich diese Kunstwerke an; heute freuen wir uns noch darüber und sind stolz auf diese Vorfahren, die soviel Selbst-

bewusstsein und Bürgerbewusstsein gehabt haben, das sie in diesen Werken zum Ausdruck brachten. (Beifall rechts.)

Also das ist sehr subjectiv gesprochen, von dem Hinauswerfen. Man sagt z. B.: Kunstwerke brauchen wir nicht. Das ist unrichtig. Meine Herren! Man darf nicht immer nur ans Essen und Trinken denken, sondern muss auf verschiedene andere Dinge Rücksicht nehmen. Es ist auch unsere Pflicht, in sittlicher und ästhetischer Hinsicht alles vorzusorgen, was geeignet ist, in dieser Richtung fördernd zu wirken, und das ist kein hinausgeworfenes Geld, wenn für solche Zwecke, für die Verschönerung Wiens etwas ausgegeben wird. Wir lassen es uns sehr gerne gefallen, wenn man sagt: Wien ist die schönste Stadt. Ja, wodurch ist sie so geworden? Indem aus Liebe zur Heimat alles das geschehen ist, was in Wien gemacht wurde. Ich möchte auch sagen, dass manchmal Sparen geradezu Verschwendung ist. Sehen Sie, ich habe jetzt durch eine Reihe von Jahren einige städtischen Gebäude verfolgt und bin wirklich neugierig, wenn diese Häuser zum erstenmale geputzt und die Fensterrahmen angestrichen werden. Ich passe darauf. Jetzt erspart man allerdings die Anstreicherarbeiten, aber die Eisentheile an den Fenstern rosten und das Holz verfault, weil es nicht angestrichen wird und dann wird eine riesige Tischler- und extra noch eine Anstreicherrechnung kommen. Hier ist also Sparsamkeit Verschwendung. Das ist nur ein kleines Beispiel, aber so gibt es viele und man muss daher recht vorsichtig mit dem Worte „Sparsamkeit" sein.

Wenn man über diese Dinge nachdenkt, so muss man sich das in zwei Theile theilen, nämlich in perennierende Ausgaben, die jedes Jahr wiederkehren, und in sozusagen einmalige Ausgaben, und da glaube ich, dass man bei verschiedenen einmaligen Auslagen absolut nicht kaufmännisch rechnen darf. Man darf nicht nur fragen, ob ein Object 3, 4 oder 5 Percent Zinsen und Amortisation tragen wird, sondern muss auch auf den Zweck sehen, dem es dienen soll, auch wenn der Gewinn nicht direct in klingender Münze erfolgt, sondern in anderer Form. Alle sanitären Vorkehrungen z. B. bieten gar nie einen directen materiellen Gewinn, aber doch einen ganz bedeutenden Gewinn, der darin steckt, dass sie die Menschen gesünder und länger arbeitsfähig erhalten und so dieses große Capital, welches die Menschen repräsentieren, auch auszunützen gestatten. Ich sage das ganz brutal heraus, denn man darf diese Fragen nicht nur vom rein humanitären Standpunkte beurtheilen, sondern muss auch die volkswirtschaftliche Seite derselben ansehen. Wenn wir das Budget von solchem Gesichtspunkte aus betrachten und uns immer fragen, ist das in erster Linie nothwendig oder nützlich, angenehm, schön, und alle diese Abstufungen machen, so werden wir natürlich zuerst das Nothwendige schaffen und dann weiter zu jenen Dingen heruntergehen, die ohne Schaden verschoben werden können. Es wird uns ja bei dieser Budgetberathung Gelegenheit geboten sein, in dieser Richtung einiges zu ändern und vielleicht zu verbessern.

Ich komme nun auf ein zweites Wort, das gefallen ist; es sind das die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände in Wien, die wirtschaftliche Misère. Nun, meine Herren, es ist ja Thatsache, dass wir uns wirklich in wirtschaftlicher Beziehung heute in einem sehr pitoyablen Zustande befinden, und dass wir durchaus in keiner beneidenswerten Lage sind, soll ja gar nicht geleugnet werden.

Aber, meine Herren, wenn man so ein Wort ausspricht und über solche Dinge redet, glaube ich denn doch, dass es vor allem nothwendig ist, dass man diese Wirkung, wenn ich so sagen darf, näher prüft, dass man sich nicht damit zufriedengibt, den nächstliegenden Dingen, welche man gerade vor sich sieht, die Schuld zu geben, vielleicht darauf zu schimpfen und zu sagen: Also, da haben wir's! Das ist nicht die richtige Manier, ich glaube, man muss ernst und gewissenhaft sich fragen: Ja, woher rührt denn eigentlich dieser Zustand, ist dieser Zustand nur in Wien? Und da sehen wir ja gleich, dass wir vor einer Depression stehen, die sich auf ganz Europa ausdehnt, die in ganz Oesterreich vorhanden ist und die also auch in Wien ist. Das ist nun ein Moment, welches man beurtheilen muss, und muss man sich sagen: Ja, wenn ganz Europa unter einer solchen wirtschaftlichen Depression steht, dann werden wir im Gemeinderathe von Wien gegen dieses Capitel der wirtschaftlichen Misère kaum etwas ausrichten können. Es gibt aber verschiedene Gründe — das ist ein allgemeiner Grund — meine Herren, es gibt aber noch eine Reihe von anderen Gründen und eine Reihe von anderen Ursachen. Aber ohne in die einzelnen Details einzugehen, möchte ich nur sagen, man suche diese Ursachen, und wenn man mit nüchternem Blicke diese Ursachen gefunden hat, dann frage man sich, sind wir im Stande, ist es in unserem Wirkungskreise gelegen, hier helfend einzugreifen? Wenn ja, dann thuen wir es und thuen wir es alle miteinander, streiten wir uns nicht dabei, sondern helfen wir, greifen wir zu, damit diesen wirtschaftlichen Missverhältnissen ein Ende bereitet werde. Wenn z. B. wo ein Haus draußen auf dem Lande brennen würde, oder wenn ein Haus in großer Wassergefahr wäre und man würde wissen, dass das Haus angezündet worden ist, oder dass einer den Damm durchgebrochen hat und man würde sich hinstellen und die einen würden sagen: „Die armen Leute werden verbrennen oder ertrinken" und die anderen würden sagen: „Laufen wir ihm nach, damit wir ihn erwischen", andere stehen vielleicht händeringend da und unterdessen verbrennen diese oder ertrinken die anderen — ich glaube, in einem solchen Falle ist es besser, wenn man die Ärmel aufstreckt und den Leuten hilft.

Das wäre meine wirtschaftliche Theorie und glaube ich, dass sie viel besser ist, als zu sagen: Du hast die Schuld und der andere hat die Schuld. Da wird es nicht besser; vielleicht hat ein jeder ein bisschen Schuld. Schauen wir nur nüchtern an, womit wir zu rechnen haben, und kümmern wir uns nicht, ob wir es nach dem einen oder dem anderen Principe besser machen, wenn es nur besser gemacht wird. (Beifall rechts.)

Nun, meine Herren, dazu gehört vor allem anderen ein guter Wille, und ich weiß nicht, ob dieser gute Wille überall vorhanden ist. Sehen Sie, mir scheint es z. B. kein Zeichen von gutem Willen zu sein, wenn man jetzt in der Budget-Debatte eine Sache zur Sprache bringt, die bei den Wahlen in den nächsten Jahren eventuell gut ausgenützt werden kann, vielleicht, — wenn nämlich die Wirkungen der Vereinigung der Vororte mit Wien bis dahin solche sein werden, dass man eine Bilanz machen und sagen kann: Seht, es ist nicht besser geworden, es ist schlechter geworden; jetzt dauert die Geschichte schon zwei bis drei Jahre, jetzt müsste sich einmal was rühren und müsste es anders geworden sein.

Aber heute irgend einen Vorwurf zu machen, dass nur das Ungünstige sichtbar ist und nichts Günstiges, das halten Sie selbst gewiss nicht für gerechtfertigt. Ich halte Sie für viel zu gescheit, als dass Sie daran glauben sollten, dass heute schon eine günstige wirtschaftliche Wirkung sich äußern könnte. Da müssen wir zuvor zu arbeiten anfangen. Heute fangen wir ja erst zu arbeiten an; da können wir ja nicht schon sagen, dass diese Arbeiten und

Leistungen jenes Erträgnis abliefern, welches wir davon erhoffen. Betrachten wir die Sache doch ganz ruhig, reden wir in einem, zwei, drei Jahren davon; wenn Sie, meine Herren, dann finden, dass es wirklich schlechter geworden ist, so wird man sich fragen: was kann man daran wieder besser machen? In Gottes Namen, steinigen Sie allenfalls jene, die schuld daran sind. Aber jetzt warten Sie noch, bis es sich wirklich gezeigt hat, dass es schlecht ist. Es thut mir wehe, wenn ich immer wieder höre, dass diese große Belastung durch die Verzehrungssteuer u. s. w. eingetreten ist, und wenn die Sache so hingestellt wird, als ob die Verzehrungssteuer und all' die neuen Steuern, z. B. die Biersteuer, eine Folge der Vereinigung wären. Das ist nicht wahr. Das Gesetz über die Hinausschiebung der Verzehrungssteuerlinie war schon sanctioniert, bevor man noch an die Vereinigung gedacht hat. (Rufe rechts: Sehr richtig!)

Betrachten wir uns einmal die Sache, und ich bitte die geehrten Herren aus den ehemaligen Vororten, nicht wieder empfindlich zu sein, wenn ich dies Capitel berühre — ich möchte nur constatieren, die Hinausschiebung der Verzehrungssteuerlinie war für die alten neun Bezirke kein Schaden, vielleicht sogar ein Nutzen, zum mindesten hat jene Ungerechtigkeit, welche zwischen den draußen liegenden und den herinnen liegenden Bezirken existiert hatte, aufgehört. Es lässt sich also sagen, es war dies für die alten Bezirke von Nutzen und für die außenliegenden ein Schaden. Das ist wahr. Das war der erste Act. Jetzt ist der zweite Act gekommen. Die Vereinigung ist wieder für die alten Bezirke ein Schaden, für die draußigen aber ein Nutzen gewesen, und ich bitte, das nicht so zu nehmen, als wenn ich jemandem etwas vorreiben wollte, ich möchte die Sache nur klar machen.

Wir werden jetzt angegangen von den neuen Bezirken, und mit Recht, und wenn ich ein Gemeinderath von draußen wäre, würde ich es genau so machen, denn sie haben die Pflicht, es so zu machen, dass sie alles fordern, was wir herinnen besitzen, damit sie vollständig gleichgestellt werden mit uns, die wir herinnen sind. Das, meine Herren, kostet Geld, Geld und riesig viel Geld; das würde es nicht kosten, wenn wir nicht vereinigt wären und wir hätten doch die Verzehrungssteuer draußen. So muss die Sache aufgefasst werden; die Vereinigung war dann wieder das Ausgleichende, ich möchte sagen, die Gerechtigkeit. Für die Belastung, die die Bezirke draußen durch die Hinausschiebung der Verzehrungssteuer bekommen haben, haben sie wieder die Vereinigung bekommen und durch diese Vereinigung das Recht, dass sie jetzt aus unserem gemeinsamen Säckel herausnehmen. Meine Herren! Halten wir uns doch da nicht für Narren! Dass die alten Bezirke doch bedeutend mehr betheiligt sind an den Steuerzahlungen als die neuen, und dass wir für die neuen vielmehr liefern müssen als für herinnen, ist nicht wegzuleugnen, und es ist ja ganz in der Ordnung. Ich bin jederzeit bereit, das alles zu schaffen, was nothwendig ist, nicht nur wegen der schönen Augen der Vorortler, sondern auch aus Egoismus.

Wir können ja gewiss Zustände nicht dulden, wie sie früher draußen existierten. Ich habe im vorigen Jahre z. B. Gelegenheit gehabt, in irgend einem Bezirk von einem Canal Kenntnis zu nehmen, der nicht so alt ist; aber er war so morsch und so schlecht, dass der Canalräumer sofort bis über die Knie eingesunken ist, weil gar kein Unterpflaster mehr da vor. Ein solcher Canal ist ein Pestherd und wenn wir herinnen Millionen ausgegeben haben zur Sanierung der Stadt, so ist es nur logisch und consequent, dass wir derartige Objecte so rasch als möglich wieder entfernen und das alles besser machen. Und ich werde jederzeit bereit sein, für alle diese Auslagen zu stimmen, die da nöthig sind. Aber das geht nicht an, dass man es sich bei Betrachtung aller dieser Dinge so bequem macht und einfach sagt: die liberale Partei ist schuld, die hat das alles angestellt, wir wollen mit ihr nicht zusammenarbeiten. Es sind gestern wieder Worte gefallen, die ich eigentlich berichtigen müsste, aber das würde viel zu weit führen. Die Geschichte mit der Stadtrathwahl stimmt ja doch nicht genau. Ich war selbst im Comité, und der Herr Bürgermeister hat gewünscht und darauf gedrungen, dass die Opposition berücksichtigt wird, und wir sind nicht handeleins geworden. Die Herren haben sieben Mitglieder gewünscht, wir haben Ihnen vier zugestanden und Sie haben gesagt: „Wenn wir nicht sieben sind, brauchen wir gar nichts." So haben wir die Sache stehen gelassen. Das ist die einfache, trockene Wahrheit. Wenn sich die Herren mit vier begnügt hätten, so hätten Sie vier bekommen und die Geschichte wäre gut gewesen. Da lasse ich mir nichts davon wegstreiten!

Aber, wie gesagt, wir leiden an einem Ding, und ich möchte wünschen, das das aus Wien sobald als möglich hinauskäme; solche Jammerrufe und Klagerufe und gegenseitige Anschuldigungen tragen nur dazu bei, dieses Ding immer weiter zu fördern, das ist eine Krankheit, an der Wien leidet, und ich nenne diese Krankheit den Pessimismus. Dieser Pessimismus hat sich nicht nur in Wien entwickelt, sondern es ist das vielleicht auch eine Folge der politischen Erreignisse. Es ist auch dazu ein Skepticismus eingetreten, ein gewisser Sarkasmus, der sich oft in Witzen äußert, die bitter sind. Ich will darauf nicht näher eingehen, aber ich glaube, wenn man vor dem Beginne so großer Arbeiten steht, wie wir, wenn man positiv thätig sein muss, damit etwas geschaffen werden soll, dann gilt es vor allem, diese Krankheit zu bekämpfen.

Denn, meine Herren, wenn wir es einmal über uns bringen könnten und nicht darüber streiten, ob ein liberaler Beschluss dazu nothwendig ist, dass ein Canal $1\frac{1}{2}$ oder 2 m hoch wird, oder ein anderer Beschluss, sondern wenn wir sagen würden: baut das Ding gut und recht und nach wissenschaftlichen Principien, wenn wir uns einmal in solchen Fragen einigen könnten, und wenn nicht immer der verfluchte Parteistandpunkt herausgekehrt würde, so würden wir kleine Erfolge sehen, vielleicht in einem Jahre. Ich sage Ihnen übrigens: Ich wünsche gar nicht, dass die Geschichte mit den Erfolgen so schnell geht. (Gelächter links.) Ich glaube, es ist viel gesünder, wenn wir uns mit harter Arbeit wieder hinaufkämpfen müssen in bessere, wirtschaftliche Zustände. Ich halte das für viel richtiger. Wenn Sie die volkswirtschaftlichen Thatsachen nur dieses Jahrhundertes auf ein Blatt Papier verzeichnen würden, so würden Sie Curven finden, die wellenförmig sind, und Sie würden finden, dass immer dort, wo die Curven sehr steil in die Höhe gegangen sind, ein plötzlicher Bruch erfolgt ist, eine senkrechte Linie folgte. Ich erinnere Sie nur an das Jahr 1873. Das ist naturnothwendig, und je langsamer solche volkswirtschaftliche Curven in die Höhe steigen, desto länger dauern sie, desto gesünder sind sie. Und ich wünsche nicht, dass es jetzt schon Gold regnet. Ich bin zufrieden, wenn es jetzt nur Blei ist, dann Eisen, dann Kupfer, dann Silber und dann endlich Gold kommt.

Sonst passiert dasselbe, was schon oft geschehen ist, dass man nicht nur muthig ist, etwas zu thun, sondern dass man übermüthig wird. (Beifall rechts.) Dann kommt das Malheur. Langsam in

die Höhe gehen, mit Schweiß im Angesicht: das ist eine gesunde Entwicklung. So muss es gehen, dann dauert es lange, dann wird auch das Gefälle dieser Curve nie so steil sein, es werden nie solche Katastrophen erfolgen, wie wir sie im wirtschaftlichen Leben schon durchgemacht haben. Wenn wir mit diesem ehrlichen Muthe und mit gutem Willen daran gehen, wenn der Pessimismus langsam verschwindet, so kommt wirklich dieser ernste Muth, so kommt das Selbstvertrauen, so kommt die Achtung vor uns selbst und die Achtung vor andern wieder, so dass man nicht in jedem, der sein Geld mobil machen will, einen Dieb oder Räuber erblickt, sondern einen Menschen, der eben mitthun will, und, meine Herren, wir werden das erreichen, was wir alle wollen; wir wollen das physische und geistige Wohl von Wien und seiner Mitbürger. Auf diese Art, glaube ich, wird es gehen, wenn wir von diesem Geiste beseelt das Budget berathen und an die Arbeit gehen. (Beifall rechts.)

Ich hatte mir heute vorgenommen, auf die Ausführungen eines Herrn Redners von gestern zu reflectieren; aber sehen Sie, ich will mit gutem Beispiele vorangehen und thue es lieber nicht. Ich will ihm bloß ins Gewissen reden, er möge, wenn er allein ist, darüber nachdenken, ob es wirklich die liberale Partei ist, die immer soviel Schaden hervorgerufen hat. Wenn er allein in seinem Kämmerlein ist, wird er sich sagen: „Es haben doch schon andere auch gesündigt". Ich könnte ihm eine ganze Reihe von Thatsachen vorführen, bei denen die liberale Partei nicht mitgewirkt hat. Ich könnte ihn erinnern an die letzten Zollverhandlungen mit Deutschland und der Schweiz, wo für die liberale Partei nichts herausgeschaut hat (Widerspruch links), wo nur die Agrarier und die Großgrundbesitzer den großen Gewinn herausgeschlagen haben, und gerade die Industrie von Österreich und die Kleinindustrie ist wieder einmal das Karnikel gewesen. (Zustimmung rechts; Gem.-Rath Dr. Lueger: Bitte, sehr wahr! Aber die Liberalen haben dafür gestimmt!) Die Macht, die das alles gemacht hat, ist nicht in den liberalen Händen gelegen; leugnen wir es nicht, sie liegt ganz wo anders; sie liegt in den Händen Ihrer Freunde, in den Händen des Feudaladels und des Großgrundbesitzes. (Widerspruch und Rufe links: Nur die Liberalen!) Und bei unserem Zollkrieg mit Rumänien ist es ebenso, durch ihn wurde die Grenze abgesperrt, und liefert Österreich seit Jahren um 30 Millionen weniger nach Rumänien, wovon Wien allein einen Schaden von 20 Millionen hat. (Hört! Hört!) Denken Sie nur einmal, wir würden jährlich um 20 Millionen mehr producieren, alle diese kleinen Dinge, die da gemacht werden, Schuhmacher-, Schneider-, Galanteriecartikel u. s. w. Wie viele tausende und tausende von Händen wären da beschäftigt? Ist vielleicht die liberale Partei an diesem Ausfalle schuld? (Rufe links: Ja!) Nein, das ist nicht wahr, Sie stellen die Wahrheit auf den Kopf. (Unruhe links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (zur linken Seite): Ich muss Sie bitten, die Redefreiheit zu wahren. Wenn ein Redner aus Ihren Reihen spricht, so verlangen Sie Aufmerksamkeit, während Sie, wenn jemand auf der anderen Seite spricht, fortwährend stören. Ich verweise auf die letzten Minuten, wo fortwährend unterbrochen und Reden gehalten wurden. Das geht denn doch nicht, ich bitte Sie, gleiches Recht für alle walten zu lassen. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Rosenstingl (fortfahrend): Ich mache nicht Sie dafür verantwortlich, sondern will Ihnen nur beweisen, dass große wirtschaftliche Schäden entstehen können, unter denen die liberale Partei zum mindesten ebenso leidet wie alle anderen, an denen sie aber gewiss nicht schuld ist.

Die Ursache der über unseren Häuptern schwebenden Spannung zwischen uns und Russland ist doch nur in Bosnien zu suchen. War es vielleicht die liberale Partei, die mit der bekannten Musikbande nach Bosnien marschieren wollte? Wer ist daran schuld? Wer ist ans Ruder gekommen, als die liberale Partei deswegen gestürzt wurde, weil sie Bosnien nicht occupieren wollte? Ihre Freunde waren es, welche diese Politik unterstützten, die eine solche Depression in ganz Europa zur Folge gehabt hat, dass wir von Jahr zu Jahr in Furcht vor dem Kriege schweben, und dass wir vielleicht vor lauter Bajonnetten, Gewehren und Kanonen schließlich ersticken werden.

Und wenn man weiter geht, ist vielleicht die liberale Partei an dem Dualismus schuld?

Wissen Sie, wer schuld ist? Wieder Ihre Freunde, die Herren Abstinenzler aus Čechien, die uns damals nicht unterstützt, sondern uns allein haben sitzen lassen. Wir haben da den Kürzeren gezogen. Sie sind daran schuld, wenn Pest sich auf Kosten Wiens vergrößert, und so könnte ich fortfahren. War vielleicht die liberale Partei daran schuld, dass es ein 1859 und 1866 gegeben hat? (Gem.-Rath Dr. Lueger: Gewiss!) Das ist die Frucht der Reaction. Das ist eine geschichtliche Thatsache. Wenn Sie das zu leugnen versuchen, so leugnen Sie auch, dass sich die Erde um die Sonne dreht. Ihre Partei hat dies ja schon geleugnet, und zwar durch Jahrhunderte geleugnet. (Lebhafter Beifall rechts. Ironischer Beifall links.)

Ich will nicht weiter in die Vergangenheit zurückgreifen. Ich will Sie nicht daran erinnern, was Sie in meinem engsten Vaterlande angerichtet haben. Das war wieder nicht die liberale Partei. Das waren jene Herbersteine, die aus den Leibern des Bauern haben Riemen schneiden lassen. Das war wieder nicht die liberale Partei, sondern es war Ihre Partei, welche die Protestanten aus Salzburg hinausgeworfen hat, welche aus dem reichen Rauristhale ein armes Thal gemacht hat für ewige Zeiten. Und so könnte ich ein Jahrtausend weit zurückgehen. Sie würden immer nie die Spuren der liberalen Partei finden, sondern die Spuren derjenigen, welche das Edelste missbrauchen, Ihrer Freunde Spuren, die das Wort Gottes, den Namen Gottes missbraucht haben, um ihre eigene Macht zu vergrößern. Ströme Blutes haben fließen müssen, um diese Partei stärker und reicher zu machen. Bis zu den Kreuzzügen könnte ich Sie hinführen, zu den Scheiterhaufen, die das ganze Land ruinirt haben. (Gelächter links.) — Das sind Ihre Freunde! Sie aber geben der liberalen Partei schuld. Ja, meine Herren, das ist leicht und schnell gesagt, aber man sollte da doch etwas vorsichtiger sein und solche Dinge nicht erwähnen, sonst werden verschiedene Erinnerungen wachgerufen. Meine Herren! Ich bin in einem Lande erzogen worden, wo das Scepter Rudigiers geherrscht hat; ich bin gut katholisch erzogen worden, ich bin ein guter Katholik, und es schmerzt mich, es erfüllt mich mit Betrübnis, wenn ich sehe, wie die Priester dieser Religion, wenn sie mit Ihnen ausziehen, das, was der Herr und Stifter dieser Religion sie gelehrt hat, auf den Kopf stellen, wenn sie aus der Religion der Liebe, die Christus gelehrt hat, eine Religion des Hasses, der Unduldsamkeit machen. (Beifall rechts.)

Es wäre viel besser, wenn die Herren die Pflicht erfüllen würden, in deren Erfüllung sie soviel Gutes thun könnten, dass für uns gewöhnliche Menschen und die Institutionen wirtschaftlicher

Natur ihnen gar keine Zeit übrig bleiben würde. Ich möchte diesen Herren zurufen: Schuster, bleib' bei deinem Leisten — Gott wird sich freuen über eine solche Thätigkeit und die Menschen werden dankbar sein -- gehe nicht hinaus in die Wirtshäuser und predige Haß und Unduldsamkeit; das wäre viel besser! (Unruhe links und Rufe: Sind Sie schon fertig?) Nein, ich bin noch nicht fertig. Es thut mir leid, wenn Sie schon ungeduldig sind, ich werde mich übrigens beeilen.

Ich komme zur Prosa, oder, um nicht gleich bei der Prosa zu sein, will ich einen Übergang machen. Ich will einen Gegenstand besprechen, der — ich begreife es gar nicht — soviele Jahre unbesprochen geblieben ist. Sie finden hier auf der letzten Seite des Hauptvoranschlages: „Der Curswert der der Gemeinde Wien gehörigen Wertpapiere ist in den Ausweisen so und so mit so und soviel beziffert. Hierauf lastet jedoch das und jenes, und unter anderem die Widmung Gabrieli für einen Monumentalbrunnen von 100.000 fl."

Also, meine Herren, es ist Thatsache, dass, ich glaube im Jahre 1871 oder 1872, Gabrieli einen Betrag von 100.000 fl. gespendet hat mit der Bitte, einen Monumentalbrunnen dafür zu errichten, und er hat den Wunsch ausgesprochen, dies bei Eröffnung der Hochquellenleitung zu thun. Das Geld ist offenbar in Wertpapieren angelegt worden und ist jetzt in den Cassabeständen.

Ich möchte zwar nicht gerne einen Nothstandsbau aus der Sache machen, denn ich bin kein Freund davon, aber ich glaube, dass das immerhin ein genügender Betrag ist, wenn man vielleicht noch die Zinsen dazurechnet. Ich will diese Frage jetzt nicht weiter erörtern, weil man ja verschiedener Meinung darüber sein kann, aber die Bildhauer in Wien, und wir haben ja sehr tüchtige Leute unter ihnen, werden jedenfalls einen solchen Beschluss des Gemeinderathes mit Freuden begrüßen. Wir haben auch keinen Überfluss an solchen Dingen und man kann nicht sagen, dass das communale Budget dadurch belastet wird, weil ja der Betrag speciell für diese Sache gewidmet ist. Ich werde, wenn es nothwendig ist, vielleicht einen bestimmten Antrag stellen, möchte aber die Anregung geben, dass dieser Betrag wenigstens im nächsten Jahre flüssig gemacht wird. Das wäre das Eine; dann haben wir eine zweite Sache. Ich bitte, mir keine Voreingenommenheit vorzuwerfen, wenn ich von den Ämtern spreche und dabei das Bauamt mehr hervorhebe. Es ist das ganz natürlich, denn ich kenne die Verhältnisse im Bauamte besser als die in der Buchhaltung, im Magistrate und in der Kanzlei, und den Herren, die vielleicht dort die Verhältnisse kennen, bleibt es ja unbenommen, darüber zu sprechen. Nun kann ich Ihnen sagen, dass die Verhältnisse im Bauamte heute geradezu desolate sind. Die Überbürdung ist kolossal; wenn Sie wissen würden, wie es dort aussieht, so würden Sie gewiss dem zustimmen, was ich zu sagen habe.

Wir stehen vor einer Gehaltsregulierung, resp. Rangsclassencintheilung und Sie könnten mir da sagen, die Sachen, die du hier vorbringst, kannst du ja auch dann vorbringen, wenn die Rangsclasseneintheilung kommt; aber das ist eben etwas schwer bei uns und Sie haben das selbst oft erlebt; wenn der Stadtrath einmal hier etwas vorbringt, was er beschlossen hat, so ist es dann schwer, noch etwas daran zu ändern; es ist uns zwar hie und da gelungen, aber, meine Herren, wir sind ja doch nur die Appreteure, weben thun die Herren oben, wir thun nur ein bisschen so zurichten, und hie und da den Stoff zerreißen, wenn er uns gar nicht passt.

Es ist daher besser, wenn man eine solche Anregung früher gibt, und ich möchte es dem geehrten Präsidium anheimstellen, zu überlegen, ob es nicht an der Zeit wäre, heute, wo die Geschäfte des Bauamtes zwei- bis dreimal so groß sind als vor zehn bis fünfzehn Jahren, jenen Posten wieder zu activieren, welcher damals bestanden hat, nämlich den Posten eines Vice-Baudirectors. Ich betone hier, dass in diesem meinen Antrage oder Wunsche nichts weniger liegt als ein Misstrauensvotum gegen die Thätigkeit und Tüchtigkeit des Herrn Baudirectors; im Gegentheil, ich weiß bestimmt, dass der Baudirector heute sich in einer Weise anstrengt, bis ins Detail eines jeden Bureaus eingeht, dass er das auf längere Zeit absolut nicht leisten kann; davon bin ich felsenfest überzeugt, und wenn man eine so tüchtige Kraft hat, wie der Baudirector ist, so ist es unsere Pflicht, diese Kraft gesund, frisch und elastisch zu erhalten, und der Baudirector wird es gewiss mit Freuden begrüßen, wenn man ihm einen Mann an die Seite gibt, der ihm einen Theil der Geschäfte abnimmt, so wie es vor 20 Jahren war, wo die Geschäfte thatsächlich mit den heutigen nicht zu vergleichen waren.

Ein zweiter Wunsch wäre die Creierung von zwei Baurathstellen. Ich thue dies weniger wegen der äußerst ungünstigen Verhältnisse, die gerade im Bauamte zwischen den Subaltern- und Oberbeamten bestehen; aber, meine Herren, ganz gleichgiltig ist die Sache doch nicht. Ich bitte, beim Magistrat ist das Verhältnis der Subaltern- zu den Oberbeamten wie 4 : 1; bei der Buchhaltung ist das Verhältnis der Subalternbeamten zu den Oberbeamten 6 : 1 und beim Stadtbauamte ist dieses Verhältnis wie 16 : 1. (Rufe: Hört!)

Nun, das ist ein entschiedenes Missverhältnis und dieses Missverhältnis wird ja gar nicht bedeutend tangiert, wenn diese beiden Stellen creiert werden. Es würde dann allenfalls das Verhältnis von 9 : 1 entstehen, immerhin noch bedeutend ungünstiger, wie in den anderen Ämtern; aber von diesem Standpunkte lasse ich mich nicht leiten. Ich möchte diese zwei Baurathstellen creiert sehen, weil ich es für unbedingt nothwendig erachte, dass endlich einmal im Wiener Stadtrathe ein Bureau geschaffen werde, welches vollkommen frei von den Tagesgeschäften, sich nur mit dem Studium der großen Frage beschäftigt. Ich sage eine Art „Generalstab". Sie glauben nicht, wie störend es ist, wenn ein Ingenieur eine Arbeit zu machen hat, wo er mit Logarithmen zu arbeiten oder wo er Mathematik braucht und es kommt ein Aufseher herein und meldet ihm etwas, oder es ist ein Lieferschein zu unterschreiben, oder es kommt eine Partei.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich erlaube mir zu bemerken, dass meiner Ansicht nach diese Ausführungen in die Special-Debatte gehören.

Gem.-Rath Rosenstingl (fortfahrend): Wenn der Herr Vorsitzende dies findet, so werde ich sofort abbrechen und auch sonst den Gegenstand nicht weiter berühren, mir aber vorbehalten, in der Special-Debatte zu sprechen. Ich werde natürlich für die Referenten-Anträge stimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Gem.-Rath Djörup: Hochgeehrte Herren! In Anbetracht, dass noch soviele Redner vorgemerkt sind, erlaube ich mir Schluss der Debatte zu beantragen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt; ich bitte die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zum Worte vorgemerkt sind: contra: die Herren Gem.-Räthe Pursch t, Jedlička, Ferd. Mayer, Dr. Lueger, Rauscher, Gregorig, Arnhart, Bärtl, Hawranek, Weitmann, Steiner, Trambauer; pro: Dr. Friedjung, Dr. Stern, Geitler, Matzenauer, Dr. Klotzberg, Schlechter, Lang, Stiaßny, Herrdegen, Dr. Grübl, Noske, Dr. Vogler, Goldschmidt, Frauenberger.

Gem.-Rath Pursch t: Ich habe mich, während ich dem Gemeinderathe angehöre, mindestens zehnmal zum Worte gemeldet und durch die Thätigkeit eines Ihrer Herren Mitglieder, der immer nur zum Antrage auf Schluss der Debatte und auf Wahl von Generalrednern sich das Wort erbittet — ich habe wenigstens von ihm noch nichts anderes gehört — bin ich nicht zum Worte gekommen. Derselbe hat seinerzeit, vor der Wahl, den Vorortlern erklärt, dass jeder, der für die Vereinigung der Vororte mit Wien stimmt, gewissermaßen einen Verrath gegen seine Mitbürger begehe. (Gem.-Rath Beutnitz: Ist mir ganz neu!) Ich komme nun zum Voranschlage pro 1892. Ich muss aufrichtig gestehen, der Inhalt ist ein sehr umfangreicher, aber um sich auszukennen, kommt es mir vor, als wie mit dem Talmud. Man kennt sich darin ebensowenig aus, als im Talmud. Es ist für Straßensäuberung eine kolossale Summe berechnet. Es ist nahezu über eine Million, meine Herren! Und Sie werden die Erfahrung gemacht haben, ja noch vor einigen Tagen hat man ganze Pyramiden von Schnee (Rufe: Heute noch!) auf der Ringstraße gesehen. Ich habe gestaunt — ich habe den Herrn St.-R. Dr. Hackenberg beim Spaziergang über die Ringstraße gesehen —, dass das überhaupt nicht abgestellt wurde, wo doch der Stadtrath diese Übelstände alle am frühesten sehen soll.

Der Referent, Herr St.-R. Mayer (Rufe: Er ist es noch nicht!) hat uns erklärt, dass das Jahr 1892 gewissermaßen ein Beobachtungsjahr ist.

Meine Herren! Ja gewiss, wir werden die Beobachtung machen, dass das Geld zum Fenster hinausgeworfen wird. Er hat erwähnt, dass nur Pauschalbeträge darin vorkommen. Ja, richtig! Mit den Pauschalbeträgen steht es immer so, dass sie gewöhnlich überschritten werden. Es ist uns im Gemeinderathe keine Gelegenheit geboten, überhaupt zu arbeiten. Wir haben keine Einsicht in die inneren Arbeiten im Gemeinderathe, wir sind vollständig ausgeschlossen von allen Arbeiten.

Es ist für das nur ein Institut: Der Stadtrath; und wenn wir uns, wenn ein Herr Stadtrath hier am Referententisch erscheint, gegen ihn eine Kritik erlauben, so ist es der Herr Vorsitzende, der sofort aufspringt und sagt: „Ich bitte, halten Sie sich doch zurück, wir haben es hier mit einer Behörde zu thun." Meine Herren! Es ist keine Behörde. Es sind Herren aus unserer Mitte gewählt; wir haben sie zwar nicht gewählt, aber wir betrachten sie in unserer Mitte nur als Gemeinderäthe und als keine Behörde. Wir sind überhaupt dafür, dass diese Thätigkeit ganz umsonst geleistet werde, die Sectionen so eingerichtet werden, wie sie früher waren. Wir wollen umsonst arbeiten, wir haben den Wählern versprochen, zu arbeiten, und wir brauchen für die Arbeit keine 3000 fl.

Meine Herren, wenn es sich darum handelt, Vorschläge zu *machen*, dann sind gewiss wir es immer, die Vorschläge machen, welche Einnahmen für die Commune bringen. Wir sind für eine Gasanstalt in eigener Regie!

Wir waren seinerzeit schon für den Betrieb der Tramway in eigener Regie, wir waren diejenigen, die sich bei dem Referat über die Errichtung einer communalen Brandschaden-Versicherungsanstalt einschreiben ließen. Wir sind für alle Institute, die der Commune Geld einbringen. Was die Gasanstalt anbelangt, so haben wir seit dem Jahre 1885 für den Cubikmeter 9½ kr. zu bezahlen, der Preis wurde damals um einen halben Kreuzer ermäßigt. Ich mache aufmerksam, wenn ein Geschäftsmann eine Ware, die einen Gulden kostet um zwei Gulden verkauft, so nennt man das unreell; wenn aber der Kostenpreis des Gases 1 bis 1½ Kreuzer ist und man dasselbe um 9½ Kreuzer verkauft, so nennt man das nicht unreell. (Rufe: Actiengesellschaft!) Der Kaufmann muss weiters das Maß, mit dem er den Stoff misst, oder das Ziment, mit dem er die Flüssigkeit misst, selbst beistellen, die Gasgesellschaft aber berechnet einen enormen Preis als Gasmesserrente. Das alles haben Sie bewilligt oder wenigstens die meisten von Ihrer Seite.

Ich kann mich noch lebhaft erinnern auf die Verhandlungen in der Gasfrage, über die Verlängerung des Gasvertrages, und es fällt mir jetzt ein, dass damals eben eine solche Ansammlung von Bevölkerung war, wie bei dem 100percentigen Zuschlag auf Bier.

Es war eine solche Ansammlung, dass die Herren, die für die Verlängerung des Gasvertrages gestimmt haben, beim Hinterthürl hinausgehen mussten, um sich vor dem Volke zu schützen. Und ich glaube, wenn der Gasvertrag kommen wird, und die Herren werden für die Verlängerung des Gasvertrages stimmen, dann werden Sie bei dem Hinterthürl gar nicht mehr hinauskommen.

Sehr verehrte Herren! Durch wen wurde der neue Tramwaytarif, der heute existiert, bei dem der Kostenpunkt ein bedeutend höherer ist wie früher, durch wen wurde der gemacht? Ebenfalls durch Ihre Partei! Man fährt heute theuer und hat nur das eine bene, dass man durch die neuen Federn, die an den Wägen angebracht werden, noch mehr gebeutelt wird.

Als das Referat über die Brandschaden-Versicherung kam, sagte der erste der Herren jener Seite, der aufgestanden ist: ich bin gegen die Brandschaden-Versicherung, nämlich gegen die zwangsweise Brandschaden-Versicherung. Ein zweiter Herr, der Dr. Daum, hat damals gesagt, dass man 30 Kreuzer pro mille von dem Bauwert zahlt. Ich mache Herrn Dr. Daum aufmerksam, dass ich mir eigens ein Buch mitgenommen habe, dass man einen Gulden pro mille von dem Bauwert zahlt, und nicht dreißig Kreuzer. (Rufe rechts: Wo?) Bei der wechselseitigen Triester Assecuranz bezahlt man einen Gulden. Ich staune nur. Es würde mich nicht Wunder nehmen, wenn ein anderer Herr von drüben zu einer solchen Bemerkung das Wort ergriffen hätte, aber von Dr. Daum wundert es mich wirklich.

Meine Herren! Es sind die Ausgaben im Verhältnisse zu den Einnahmen entschieden zu groß. Es kommt mir dies so vor, wie bei dem Kaufmanne, der schon nahe dem Ruine ist und sich noch immer günstig erhalten will. Die eine Beruhiguug haben wir nur, dass der Vorwurf, der eventuell später einmal gemacht wird, nicht uns zukommt, der Vorwurf trifft nur Sie, wir sind vollkommen unschuldig daran.

Sehen Sie sich z. B. an, wie die Zustände heute bei den vielen Steuerexecutionen an dem kleinen Manne sind. Sehen Sie sich einmal um, meine Herren, Sie haben nicht weit von hier, denn die Magazine sind hier im Hause. Ich habe mich früher

davon überzeugt, als ich noch nicht Gemeinderath war und habe das Elend schon früher gesehen, habe aber dabei keinen Gemeindevertreter bemerkt. Ich kann Ihnen nun sagen, dass sich dort Gegenstände vorfinden, die zu einem wahren Schleuderpreise verkauft werden. Es werden dort Nähmaschinen, die circa 40 bis 50 fl. wert sind, um 80 kr. verkauft. (Hört! links.) So geschieht es überhaupt mit den wenigen Habseligkeiten, die man dem Steuerträger wegnimmt. Die Herren werden mir vielleicht bemerken, dass bei derartigen Licitationen auch Christen sind. Ich habe zwar auch die Bemerkung gemacht, dass Christen dabei sind, zum größten Theile sind es aber selbstverständlich Juden. Bei den Licitationen sind die Christen diejenigen, die die kleineren Sachen kaufen. Es kommen kleinere Gegenstände vor, wie Löffel, Messer, Kochlöffel u. s. w. Da halten sich die Juden vollkommen zurück. Wenn es sich aber um eine eiserne Cassa handelt, die man billig haben kann oder um Maschinen, die 40 fl. wert sind und die man um 80 kr. bekommt, wenn es sich überhaupt um eine große „Mezieh" handelt, wie die Juden sagen, dann ist der Jude da, dann bekommt der Christ nichts.

Meine Herren! Der sogenannte Demokrat auf Ihrer (rechten) Seite spricht immer von dem Fließen des Goldes; ich glaube, der Mann befindet sich immer in den höheren Regionen. (Sehr richtig! links.) Wenn er das Elend der Menschen überhaupt oder das Elend in den Vororten kennen würde, würde er anders sprechen. Wenn man sich hier im Innern der Stadt bewegt, so ist das etwas ganz anderes, draußen aber sind die Zustände trauriger. Es ist wohl für den Fremden gut, wenn er sich immer die Stadt von der Lichtseite ansieht, aber für den Einheimischen ist es besser, er sieht sich auch die Schattenseite etwas an. Es hat sich in einer der letzteren Sitzungen dieser geehrte Herr auf jener Seite erlaubt, uns die Besoffenen von der Schäferin zu nennen. Nun, meine Herren, wir sind ganz nüchtern, aber ich glaube, dass die Herren von jener Seite sich immer in einem Dusel befinden, aus dem sie nicht so leicht erwachen werden. (Sehr gut! links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich muss dem Herrn Redner diesen Ausdruck verheben, und glaube, dass es nicht zulässig ist, in dieser Weise von der ganzen Seite hier zu reden. Ich bitte sich etwas Beschränkung aufzuerlegen.

Gem.-Rath Purscht (fortfahrend): Ich habe nur mehr wenig zu bemerken, ich eile zum Schluss. Ich habe schon erwähnt, dass der frühere Herr Redner sehr lange gesprochen hat, ich halte mich daran: Lange Rede, kurzer Sinn. Ich will Sie nicht lange aufhalten. Sehen Sie nur das Eine, fahren Sie sofort mit dieser Wirtschaft, es wird bald aus sein mit der Zeit dieses verblassten Liberalismus, der Glorie des Judenthums. (Beifall links.) Sehen Sie sich andere Staaten an, sehen Sie sich die großen jüdischen Fallimente an; daran können Sie sich ein Beispiel nehmen, dass nur in Österreich diese Zustände bestehen, aber draußen nicht mehr. Ich mache die Herren darauf aufmerksam, dass, wenn Sie in dieser Wirtschaft so fortfahren werden, wir dem gewissen Bankerott bald nahe sind. (Gelächter rechts.) Was aber den Liberalismus anbelangt, so erinnere ich mich an den Refrain eines sehr bekannten Liedes unseres Dichters Raimund: Scheint die Sonne noch so schön, einmal muss sie untergeh'n! (Bravo! Bravo! links.)

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Ich befinde mich in diesem Augenblicke wirklich in Verlegenheit. Ich gedenke nämlich über einen Gegenstand zu sprechen, welcher, wie es scheint, nicht auf der Tagesordnung steht, und ich fürchte beinahe, dass ich unaufhörlich von Seite des geehrten Herrn Präsidenten werde zur Sache gerufen werden. Ich gedenke nämlich über das Budget zu sprechen. Bis jetzt habe ich davon noch wenig sprechen gehört, wiewohl ja manches Bemerkenswerthe von dieser und jener Seite gesagt worden sein mag. Meine Ansicht aber ist, dass von jetzt ab der Schwerpunkt der Berathungen des Gemeinderathes stets im Budget und in der Budget-Commission liegen werde, weil wir nur hiebei Gelegenheit haben werden, die Amtsführung des Bürgermeisters und des Stadtrathes zu controlieren und insbesondere jenen wichtigen § 47 des Statutes zur Anwendung zu bringen, welcher dem Gemeinderath das Oberaufsichtsrecht über die Ämter und über den Bürgermeister selbst zuschreibt. Ich muss gestehen, dass ich einigermaßen überrascht bin, dass der Herr Bürgermeister, den wir bei der Budget-Debatte zu controlieren haben, nicht anwesend ist. Aber ich kann ihm das deswegen nicht verübeln, weil wirklich über eine Menge von Dingen gesprochen worden ist, die nicht in das Budget selbst gehören.

Als ich zum erstenmale den Hauptvoranschlag aufschlug und einen Vergleich mit den Ziffern früherer Jahre zog, fiel mir vor allem das außerordentliche Anschwellen der Ausgaben auf.

Es sind nämlich die Ausgaben der Gemeinde Wien sammt Vororten im ganzen 28 Millionen gewesen, während der jetzige Hauptvoranschlag die bedeutende Ziffer von 31,384.000 fl. aufweist. Ich werde, da ich Ziffern vorbringen will und mich vorerst nicht in eine Polemik einlassen werde, auf die Geduld des Hauses Anspruch machen müssen, aber ich hoffe, dass eine sachliche Besprechung auch an dieser Stelle Platz habe, und dass man es einem Neuling verzeihen wird, wenn er sich in die übliche Art der Berathung des Budgets nicht sofort hineinfinden kann.

Ich sagte, das Budget von Groß-Wien, wie es uns vorgelegt worden ist, ist rund um drei bis vier Millionen größer als das Budget der früheren Stadt Wien sammt den Budgets der Vororte, welche zusammen auf 28 Millionen veranschlagt worden sind. Diese Thatsache rührt, wie man weiß, daher, weil in das Budget hier auch das Budget der Bezirksausschüsse und der Schulausschüsse hineingenommen worden ist, weil wir hier Ausgaben haben, welche früher in den Vororten vom Staate getragen worden sind und welche wir jetzt zu tragen haben, und endlich deshalb, weil sich auch die Ausgaben namhaft erhöht haben. — Dinge, auf welche ich später zurückkommen werde. Als ich das Budget durchsah, bin ich zuerst vor der Thatsache erschrocken, dass wir nicht weniger als 1,348.000 fl. aus den Cassaresten sowie aus den Wertpapieren der Gemeinde entnehmen müssen und ich hielt es für meine erste Aufgabe, als ich in die Budget-Commission gewählt wurde, dahin zu wirken, dass diese Summe erniedrigt werde. Aber eine genauere Prüfung ergibt, dass von dieser Summe von 1,348.000 fl. nicht weniger als 1,300.000 fl. für den Weiterbau der Wasserleitung benötigt werden und da wir beabsichtigen, diesen Betrag aus einem späteren Anlehen zu refundiren, so bleibt immerhin noch ein Deficit von 600.000 fl.

Es wäre dies eine erschreckende Thatsache und wir könnten diese Ziffer vor unseren Wählern nicht rechtfertigen, wenn nicht ein Blick in die früheren Voranschläge zeigen würde, dass immer so vorsichtig budgetiert wurde, dass man vermuthen musste, es sei ein großes Deficit die Folge, während sich später herausstellte, dass die Ausgaben aus den Einnahmen gedeckt werden können. Ich war getröstet, als ich in der Budget-Commission das Budget des Jahres 1889 durchsah und fand, dass man bei der Budgetierung

für 1889 ein Deficit von nicht weniger als 1,600.000 fl. präliminierte, während das Jahr 1889 doch nur ein Deficit von 261.000 fl. zeigte, nachdem die Rechnungen geprüft waren.

Noch besser stellte sich dies im Jahre 1890, wo ein Deficit von nicht weniger als 338.000 fl. präliminiert war, worauf sich ein rechnungsmäßiger Überschuss von 700.000 fl. ergab, welcher einen realen Überschuss von 356.000 fl. bildete, wenn man nämlich alle Veräußerung von Wertpapieren wegließ. Daraus, verehrte Herren, folgt, dass, wenn wir diesen Voranschlag rechnungsmäßig mit dem Deficit von 600.000 fl. feststellen, wir damit nur höchst vorsichtig budgetieren und außerdem wissen wir, dass die voraussichtlichen Erträgnisse aus der Biersteuer genügen werden, um diesen Abgang zu decken, da die Biersteuer wahrscheinlich weitaus mehr tragen wird. Aber bei dem Budget haben wir nicht bloß die Pflicht, dass sich bei Abschluss der Rechnungen Einnahmen und Ausgaben decken, sondern auch die Pflicht, dass durch dasselbe das Versprechen erfüllt werde, welches wir bei Vereinigung der Vororte gegeben haben, ein Versprechen, das wir wiederholt im Laufe des letzten Jahres gegeben haben. Wir haben stets gesagt — und in meinem Munde waren dies nicht leere Reden — dass wir die namhaften Steuern, die wir einheben, verwenden müssen, um die wirklich nutzbaren, productiven Ausgaben der Gemeinde zu vermehren.

Und hier muss ich sagen: Dieser Umstand ist — ich will kein großes Wort gebrauchen — eine glänzende Seite des vorliegenden Budgets. Wenn man in der Budget-Commission den Verhandlungen gefolgt ist, sieht man, wie productive Ausgaben in einer Weise bewilligt wurden, dass kundige Männer der Verwaltung die Frage aufgestellt haben, ob es denn möglich sein wird, alle diese präliminierten Ausgaben auch wirklich zu machen, ob man alle diese Bauten wird ausführen können. Ich weise darauf hin, dass wir — was zwar nicht speciell in dieses Capitel gehört, aber immerhin wichtig ist — für Beamtengehalte 375.000 fl. mehr ausgeben wollen, dass wir für Lehrergehalte 100.000 fl. eingestellt haben, und weise ferner hin auf die große Anzahl von Schulbauten, welche wir errichten wollen. Wir haben in dem alten Wien nach dem Erfolg des Bebachtungsjahres 526.000 fl. für Schulbauten ausgegeben und präliminieren jetzt für Groß-Wien nicht weniger als 1,094.000 fl., demnach geben wir für Schulbauten nicht weniger als 500.000 fl. mehr aus, und obwohl noch keine Rechnungen vorliegen, wieviel die Vororte vor der Vereinigung für Schulbauten ausgegeben haben, weil wir ja nicht das Budget der Bezirksschulräthe, sondern der Vororte Wiens vor uns haben, so wird mir doch von Kennern versichert, dass früher nur ungefähr zwei Drittel dieser Summe für Schulbauten in den Vororten ausgegeben werden. Im nämlichen Verhältnisse zeigt sich auch sonst, dass im Budget pflichtgemäß für die Vororte Vorsorge getroffen ist, ich sage pflichtgemäß und ich bitte Sie, ja nicht zu glauben, dass ich meine, dass wir damit den Vororten gar ein Geschenk geben, wir erfüllen damit nur unsere Pflicht, bezahlen aber außer den Steuergeldern, welche sie hineinbezahlen, ihnen brüderlich dasjenige, was ihnen gebürt. Wir haben aber das Recht, auf diese Seite des Budgets hinzuweisen. Ich weise noch auf andere productive Ausgaben, die viele Arbeit schaffen, hin. Für Pflasterung z. B. ist ein außerordentlich reichlicher Betrag eingestellt. Während das Budget des alten Wien und der Vororte sowie aller Bezirks*ausschüsse und die Ausgabe des Landtages* für Straßen im Jahre 1890 zusammen nur circa 919.000 fl. ausmachte, geben wir diesmal 1,300.000 fl. für Pflasterungen aus. Wir haben demnach unser Budget so reichhaltig ausgestattet, dass um 400.000 fl. mehr für Pflasterungen ausgegeben werden als im Vorjahre, und geben davon verhältnismäßig zu Gunsten der Bezirke des alten Wien einen zu großen Betrag, 300.000 fl., und einen zu kleinen Betrag für die neuen Bezirke aus. Diese Pflasterung im Budget bedarf daher mancher Correctur, indem sowohl die innere Stadt, als auch die Vororte zu wenig bedacht sind, während die anderen Bezirke des alten Wien zu reich ausgestattet sind.

Aber diese reiche Ausstattung des Budgets mit Ausgaben insbesonders für die Vororte, wiederholt sich fast bei jeder Ziffer; wir haben absichtlich für die Beleuchtung, mit Ausnahme der currenten Auslagen für die bestehenden öffentlichen Gasflammen, 50.000 fl. eingestellt, wovon 20.000 fl. für die alten, und 30.000 fl. für die neuen Bezirke entfallen. Wir haben bei der Armenversorgung, welche wenigstens nach der Ziffer die schwache Seite der Vororte gewesen ist, speziell für die Vororte eine bedeutend größere Summe eingestellt. Ich sage, dies ist die schwache Seite der Verwaltung der Vororte gewesen, nur deswegen, weil die Ziffern dies darlegen; denn die Stadt Wien hat im Jahre 1890 zur Handbetheilung für Pfründner über 900.000 fl. ausgegeben, während hiefür in den Vororten nur 155.000 fl. ausgegeben wurden, und ohne Frage ist dies keine genügende Summe gewesen, da die Armut in den Vororten eine so große ist, dass sie eine bedeutend größere Summe erfordert. Aber auch hier ist die Ziffer für die Vororte, wenn Sie das Budget genau ansehen, um 80.000 fl. gegen das Jahr 1890 erhöht worden, und ich glaube, dass in dieser Hinsicht noch manche Ausgaben kommen werden, denen wir uns nicht entziehen werden und können. Endlich, meine Herren, komme ich zu derjenigen Ziffer, welche am deutlichsten zeigt, wie gewissenhaft Magistrat, Stadtrath und die Budget-Commission für unsere neuen Brüder in den Vororten gesorgt haben, und das ist die Post für Canalisierung, welche wirklich den gerechten Erwartungen der Vororte entspricht. Denn im Jahre 1890 hat das alte Wien für seine Canäle 220.000 fl. ausgegeben, die Vororte 103.000 fl. Den Betrag für das alte Wien haben wir nun fast gar nicht erhöht, nur auf 229.000 fl., also um 9000 fl. mehr; dagegen haben wir den Betrag für die Vororte von 103.000 fl. auf 250.000 fl. erhöht.

Wir haben also weit mehr, ungefähr 250 Percent von dem ausgegeben, was die Vororte im Jahre 1890 für sich selbst ausgegeben haben. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, auf die Gefahr hin, in den Ton der bisher geführten Discussion hineinzufallen, diese Ziffer festzustellen. Es sind sehr trockene Ziffern, aber sie sollen zeigen, dass der Gemeinderath von Groß-Wien die ehrliche Absicht hat, seine Pflicht gegenüber den neuen Bürgern der Stadt zu erfüllen, und dass es die neuen Bürger nicht zu bedauern haben sollen, dass sie sich diesem großen Gemeinwesen angeschlossen haben.

Es musste hervorgehoben werden gegenüber den Anwürfen und Verleumdungen, welche fortwährend gegen die Gemeinderäthe von Groß-Wien im Schwunge sind. Das musste hervorgehoben werden, damit die Stimmung in den Vororten nicht in einer Weise beeinflusst werde, die den Thatsachen durchaus nicht entspricht. Außerdem musste das von mir oder irgend einem anderen Redner gesagt werden, weil unbedingt eine Warnung daran zu knüpfen ist, und diese Warnung besteht darin, den Bogen nicht straff zu spannen und in der Special-Debatte nicht zu große Anforderungen zu stellen. Eine zweite Warnung will ich ausdrücklich heute aussprechen, damit bei der Berathung des Budgets in nächsten Jahren

nicht gesagt werden kann, dass wir die Bevölkerung getäuscht haben. Ich mache Sie aufmerksam, meine Herren, dass wir diese außerordentliche Freigebigkeit — ich gebrauche das Wort „Freigebigkeit" — nicht in dem Sinne eines Geschenkes, ich mache aufmerksam, dass wir diese reiche Ausstattung des Budgets nur für heuer versprechen können und dürfen, und diese reiche Ausstattung nicht für das nächste Jahr versprechen, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens stehen in unserem Budget Posten — Einnahme-Posten — welche lediglich die Folge der Vereinigung der Vororte sind und welche wir, in dieser Form einmal eingestellt, nicht wieder einstellen werden, vor allem die Post für Nachversteuerung des Brantweines und Bieres, welches bisher nicht versteuert war, im Betrage von 400.000 fl., und außerdem ist in diesem Budget eine Post, welche die Folge des Vertrages ist, welchen wir über die Vorortespitäler abgeschlossen haben. Der Staat hat dort Schulden übernommen und uns bei Übernahme der Schulden 140.000 fl. ausbezahlt, eine Summe, mit welcher wir im nächsten Jahre nicht werden rechnen können; dadurch haben wir 540.000 fl., welche wir nur in dem ersten Budget von Groß-Wien haben werden.

Es muss heute von einem Redner der Majorität ausdrücklich gesagt werden, dass wir von der besten Absicht beseelt waren, das, was wir bisher gethan haben, auch für die künftigen Jahre zu thun, aber mit der reicheren Ausstattung des Budgets könnten wir nur dann auch in Hinkunft vorgehen, wenn wir außergewöhnliche Einnahmen haben.

Das ist das, was ich über die Ausstattung des Budgets zu sagen hatte. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, ich muss aber dieselbe auch noch weiter in Anspruch zu nehmen.

Ich habe zweitens einen gleich trockenen Gegenstand zu besprechen, der aber so wichtig ist, dass es ein Fehler wäre, wenn man nicht darauf zu sprechen käme. Ich glaube, den Wünschen der Versammlung zu entsprechen, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit auf denselben lenke. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit darauf, dass wir rechtzeitig daran denken müssen, welche Wirkung die vom Finanzminister vorgeschlagene Steuerreform auf das Budget der Stadt Wien haben muss. Das ist eine überaus wichtige Frage, weil sich aus diesen Vorschlägen des Finanzministers Dr. Steinbach, wenn dieselben angenommen werden, gewisse Dinge für unser Budget gestalten und herauskryställisieren, mit denen wir rechnen müssen. Bevor ich an die objective Darstellung dessen gehe, muss ich eine Bemerkung vorausschicken. Ich werde nachzuweisen haben, dass diese Steuerreform zum Theile den Finanzen der Stadt Wien abträglich ist; ich werde hinzuweisen haben, dass unsere Vertreter im Reichsrathe darauf ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich zu lenken haben, damit will ich mich aber nicht als Gegner der Steuerreform erklären, im Gegentheile, ich weiß, dass sie aus Gründen der Staatswohlfahrt und des Staatsbudgets von gewisser Wichtigkeit ist.

Ich halte insbesonders die Einführung der progressiven Personal-Einkommensteuer für den natürlichen Eckstein des künftigen Staatsbudgets. Ich erblicke sogar, um nicht in Verdacht zu kommen, ein Gegner der Steuerreform zu sein, in derselben sowie in den gleichzeitigen abgeschlossenen Handelsverträgen, sowie in den Arbeiten zur Regulierung unserer Valuta ein System von Arbeit, welches dem jetzigen Finanzministerium und dem jetzigen wirtschafts-politischen System in Oesterreich alle Ehre macht. Es ist dies eine große Reformthätigkeit und es ist kein Zufall, dass das Abgeordnetenhaus, nachdem es jahrelang mit unfruchtbaren Streitigkeiten beschäftigt war, geradezu jetzt, wo die Herrschaft der föderalistischen, die Herrschaft der clericalen Partei gebrochen ist, sich mit diesen wirtschaftlich fruchtbaren Arbeiten beschäftigt. (Bravo-Rufe rechts.) Natürlich, meine Herren, konnte unter anderem diese Steuerreform, welche im Abgeordnetenhaus vorgeschlagen ist, die Personal-Einkommensteuer gar nicht eingeführt werden unter der Herrschaft einer Partei, deren Führer Fürst Alois Liechtenstein; denn es ist eine ganz bekannte Geschichte, sämmtliche Großgrundbesitzer von Österreich — der Name des Fürsten Liechtenstein gehört nicht zur Sache, aber er ist Mitglied dieser Partei — sämmtliche Großgrundbesitzer waren von jeher Gegner der progressiven Personal-Einkommensteuer. Sie waren Gegner derselben und diejenigen, welche für dieselbe eingetreten sind, war stets das Bürgerthum von Österreich; es hat stets eine große Bedeutung für den Staat gehabt und so oft es im Ministerium vertreten war, ist man im Reichsrath auf diese Reform zurückgekommen; und wenn sie gescheitert ist — das gehört nicht hieher — so ist es geschehen aus Ursachen, die mit ihren politischen Principien nichts zu thun gehabt haben. Der Großgrundbesitz sträubt sich seit jeher gegen die Einführung der progressiven Personal-Einkommensteuer, weil er befürchtet, dass er zur Grundsteuer, die übrigens schon abgerechnet ist von dem Erträgnis seiner Güter — damit hat jeder gerechnet, der Güter geerbt hat — noch zur Personal-Einkommensteuer herangezogen wird, die sehr leicht bemessen werden kann, weil sein Einkommen gerade so wie das des Hausbesitzers mit dem Cataster den Finanzbehörden offen vorliegt. Während aber das Bürgerthum, das wohlhabende Bürgerthum, welches zum großen Theil aus Hausbesitzern besteht — der erste Wahlkörper wählt bekanntlich liberal — sich nicht stemmt gegen die Forderungen des Staates, haben sich diese Großgrundbesitzer und dessen Führer stets gegen die Einführung der Personal-Einkommensteuer gestemmt, und der Finanzminister Dunajewski, welcher unsere Gegner in zehn Jahren — man kann das nicht leugnen — mit Geschick zu Erfolgen geführt hat, war ein entschiedener Gegner der Personal-Einkommensteuer. Er, der polnische Großgrundbesitz und der czechische Großgrundbesitz und alle Freunde des Fürsten Liechtenstein und des Baron Morsey, der uns angeboten, Beinlvieh zu essen, sie alle waren entschiedene Gegner der Personal-Einkommensteuer, und jetzt erst wird sie eingeführt werden. Ich muss dies alles sagen, weil ich glaube fürchten zu müssen, dass mit der Personal-Einkommensteuer, wie sie im Abgeordnetenhause eingeführt wird, eine Hoffnung zu Grabe geht, welche wir für unser Budget gehabt haben.

Im § 271 dieses Steuerentwurfes ist nämlich Folgendes gesagt. Es ist nämlich gesagt — ich brauche wohl nicht diesen Paragraph zu verlesen — dass die Commune keinen Zuschlag zu dieser Personal-Einkommensteuer auferlegen dürfe, es ist nämlich gesagt — ich muss es doch genauer sagen — dass diejenigen Länder in Österreich, in denen die Landtage Beschlüsse fassen, dass die Communen keine Zuschläge zur Personal-Einkommensteuer auflegen, 20 Percent des Ertrages der staatlichen Einkommensteuer erhalten. Es wird demnach eine Prämie für die Landtage gegeben, damit sie den Communen verbieten, Zuschläge zur Personal-Einkommensteuer einzuheben.

Es wird den Landtagen eine Prämie gezahlt, die sehr bedeutend ist, und jeder Landtag wird die Prämie nehmen, aus einem einfachen Grunde. Wenn nämlich die Landtage erklären würden, sie nehmen die Prämie nicht, und sie gestatten den Communen, zur Personal-Einkommensteuer zuzuschlagen, so bekommen diese

Länder die 20 Percent nicht. Infolge dessen werden sämmtliche Landtage erklären, keine Commune darf einen Zuschlag zur Personal-Einkommensteuer einführen.

Nun weiß ich ja — ich kenne den theoretischen und wirtschaftlichen Grund und will Sie damit nicht ermüden, welcher Grund den Staat bestimmte, dieses Verbot zu erlassen. Der Staat fürchtet nämlich, dass die Einschätzungen zur Einkommensteuer ungenau sein werden. Denn man wird nicht recht wissen, wie viel Zuschläge man eigentlich zu zahlen hat, und so wird aus Furcht jeder viel weniger angeben, als er zahlen sollte. Ich weiß ferner, dass der Staat von der Ansicht ausgeht, diese Einkommensteuer intact zu erhalten, und dieselbe womöglich zur Fundgrube eines neuen Einkommens machen wird. Nichtsdestoweniger erkläre ich, dass damit eine starke Hoffnung der Commune zu Grabe getragen ist, denn thatsächlich besteht das Zuschlagssystem zur Einkommensteuer in Preußen, und ich erwähne nur, dass die Gemeinde Berlin eine 100percentige Einkommensteuer als Zuschlag erhebt, dass sie nach dem Voranschlage pro 1890 nicht weniger als 15 Millionen Mark aus den Zuschlägen bezogen hat und dass wahrscheinlich jetzt schon 17 Millionen Mark herauskommen werden. Diese 17 Millionen Mark, welche die Stadt Berlin aus den Zuschlägen zur Personal-Einkommensteuer bezieht, sind das Knochengerüste des Budgets von Berlin, und dieser Zuschlag zur Einkommensteuer, welche größtentheils von Wohlhabenden gezahlt wird, macht es der Gemeinde Berlin möglich, auf die Verzehrungssteuern zu verzichten, von denen es nur einen Zuschlag zur Brau- und Malzsteuer bezieht. Das ist der Eckstein des Berliner Budgets. Darauf werden wir verzichten müssen. Ich weiß sehr wohl, dass der Finanzminister in seinem Motivenberichte erklärte, dass dadurch, dass die Länder eine 20percentige Einkommensteuer haben werden, sie ihren Contribuenten die Zuschläge zur Hauszinssteuer, Gebäudesteuer und Grundsteuer erlassen können, und diese erlassenen Zuschläge werden die Communen für sich in Anspruch nehmen können. Das wird als eine Folge der Steuerreform für die Communen in dem Motivenberichte des Finanzministers gesagt. Ich sage nun: dadurch, dass wir keine Zuschläge zur Einkommensteuer erheben dürfen, werden wir unsere künftigen Budgets immer wieder darauf einrichten können, dass wir nur Zuschläge zur Gebäudesteuer, Erwerbssteuer und endlich zur Verzehrungssteuer erheben dürfen. Ich kann in diesen Zuständen durchaus keine glückliche und glänzende Aussicht sehen. Ich bin vielmehr der Ansicht, dass unsere Vertreter im Reichsrathe die Ansicht aussprechen müssten, dass es uns, wenn die Einkommensteuer eingeführt ist, wenigstens möglich sein soll, wenn auch keine Zuschläge zur Einkommensteuer, in späterer Zeit wenigstens eine städtische Einkommensteuer zu erheben, eine städtische Einkommensteuer, welche nur auf die höheren Kategorien der Steuerzahler aufgelegt werden soll. Vor Jahren war bereits in diesem Hause ein ähnliches Project in Arbeit.

Man hat damals eine Armensteuer auflegen wollen für diejenigen, welche über 5000 fl. Einkommen haben. Damals ist man vor diesem Gedanken deswegen zurückgeschreckt, weil die Einschätzungen zu dieser Armensteuer, wenn sie von den städtischen Behörden eingeleitet werden, dem Staate zeigen werden, wieviel Einkommen jeder Bürger hat; und solange man eine 10percentige Einkommensteuer hatte, hat man dem Staat leider nicht sagen dürfen, wieviel Einkommen man hat. Wenigstens behauptet dies der Minister Steinbach selbst, und er sagt selbst, dass eine schlechte Steuermoral aus dem Umstande erwachsen ist, dass die staatliche Steuer zu hoch ist. Ich schließe diesen Theil meiner Ausführungen damit, dass ich sage, wir müssen uns wenigstens die Möglichkeit, in späterer Zeit eine städtische Einkommensteuer von den capitalskräftigeren Classen zu erheben, wahren, und diese Möglichkeit sollte im Abgeordnetenhause von denjenigen, welche die Interessen der Commune vertreten, jedenfalls auch ausgesprochen werden. (Bravo! Bravo! rechts.)

Ich habe aber ferner noch hervorzuheben, dass auch dieses neue Steuersystem den städtischen Finanzen einen positiven Nachtheil zufügen wird, und richte speciell auf diesen Gegenstand die Aufmerksamkeit der Versammlung. Ich will mich nicht allzuweit auslassen und das gesammte System der neuen Ertragssteuer besprechen, sondern nur den Kernpunkt der Sache berühren. Die Stadt Wien wird aus folgendem Grunde einen Nachtheil erleiden, wenn das Gesetz in der Form angenommen wird, in der es eingebracht ist. Sie wissen, dass eine Anzahl großer Industrien in Wien ihre Hauptniederlagen, in anderen Orten aber Betriebsstätten hat. Bisher war die Erwerbssteuer im Wesen — ich kenne die vielen Ausnahmen, die hier bestehen, will aber die Versammlung damit nicht aufhalten — so aufgetheilt, dass jede Unternehmung dort zur Erwerbsteuer herangezogen wurde, wo die Hauptniederlassung war, während unselbständige Niederlagen in anderen Provinzen die Steuer nicht dorthin bezahlten, wo sie bestanden, sondern dorthin, wo die Hauptniederlassung war. Infolge dessen hatten wir bei den Zuschlägen zur Erwerbsteuer darauf zu rechnen, dass die ganze Unternehmung mit allen Filialen in Wien mit den Zuschlägen belegt war. Ich will nicht untersuchen, ob die Reform gerecht ist oder nicht, aber sie bestimmt, dass die Filialen, deren Hauptunternehmungen in Wien sind, zum Theile die Steuer an dem Orte des Betriebes zu entrichten haben, und die Finanz-Landesdirection sowie, wenn der Betrieb sich über verschiedene Provinzen erstreckt, das Finanzministerium, wird die Vertheilung der Steuer zu besorgen haben. Dadurch wird der Stadt Wien ein Theil der Zuschläge zur Erwerbsteuer dieser Unternehmungen entgehen.

Aber ein noch größerer Theil der Zuschläge wird uns bei den Eisenbahnen entgehen, und ich lenke die Aufmerksamkeit des Stadtrathes auf diesen Gegenstand.

Ich werde einen Antrag einbringen, wonach der Stadtrath ersucht wird, Vorschläge dem Gemeinderathe zu erstatten, um sich in dieser Beziehung an den Reichsrath und an das Ministerium zu wenden. Das ist ein höchst wichtiger Gegenstand, denn wir beziehen aus den Zuschlägen zur Einkommensteuer der großen Creditanstalten, der Nationalbank, der verschiedenen Eisenbahnen bedeutende Beträge für Wien. Was ist aber hier bestimmt? Ich muss mich jetzt ein klein wenig ins Detail einlassen und glaube damit nicht den Rahmen der Budget-Debatte zu verlassen, weil ich von dem jetzigen und künftigen Budget der Stadt spreche. (Bravo! rechts.)

Bisher haben die Eisenbahnen in folgender Weise ihre Steuer entrichtet. Wenn die Generaldirection der Eisenbahn in Wien war, ohne dass diese Eisenbahn Niederösterreich selbst durchzog, so ist vor allem an Wien zehn Percent der Einkommensteuer entrichtet worden; 90 Percent wurden an die Hauptstädte jener Kronländer gegeben, durch welche die Eisenbahn geht. Von denjenigen Eisenbahnen aber, welche in Niederösterreich sind, wurde vor allem der Gemeinde Wien 40 Percent zugesprochen und der Rest wurde alsdann auf die Hauptstädte jener Kronländer (Wien natürlich inbe-

griffen) vertheilt, welche von der Eisenbahn durchzogen werden, nach Maßgabe der Länge der Eisenbahnen. Auf diese Weise haben wir in Wien als Zuschläge zur Einkommensteuer der Eisenbahnen die Steuer genossen, die daraus erwuchs, dass diese Eisenbahnen zum Theil Niederösterreich durchziehen. Jetzt soll ein neues Princip der Besteuerung eingeführt werden. Es sollen nämlich nicht bloß die Kronlandshauptstädte von den Zuschlägen der Einkommensteuer betheilt werden, sondern alle Gemeinden, welche von der Eisenbahn durchzogen sind. Von jener Quote der Einkommensteuer also, welche von der Eisenbahn gezahlt wird, welche Niederösterreich durchzieht, wird nicht mehr Wien allein den auf Niederösterreich entfallenden Zuschlag erhalten, sondern Wien sowie alle Gemeinden Niederösterreichs, welche von dieser Eisenbahn durchzogen sind. Ich weiß nicht, ob ich mich klar genug ausgedrückt habe. (Rufe rechts: O ja!) Die Bemessung der Einkommensteuer wird so stattfinden, dass wir unsere Zuschläge zum Theil verlieren werden; wir werden sie verlieren an die übrigen Gemeinden in Niederösterreich. Ich will nicht untersuchen, ob dies gerechtfertigt ist oder nicht, aber thatsächlich wird es uns einen Theil der Steuer entziehen. Aber weiter! Ich gehe jetzt zu den Banken über; die großen Banken waren in Wien besteuert mit der Einkommensteuer, hier zahlen sie die Zuschläge; es war gar nicht darauf Rücksicht genommen, dass die Creditanstalt zahlreiche Filialen außerhalb Wiens hat. Nach diesem Vorschlage dagegen werden den in Wien bestehenden Gesellschaften und Banken hier in Wien 80 Percent ihrer Einkommensteuer vorgeschrieben werden, 20 Percent außerhalb Wiens, welche vertheilt werden an die Städte, wo sich Filialen befinden. Wir werden also auch diese 20 Percent verlieren.

Diese sehr trockene Darlegung musste ich, auf Ihre Geduld und Nachsicht bauend, vorbringen, es musste berührt und gezeigt werden, dass sich Gemeinderäthe mit diesen Angelegenheiten beschäftigen. (Bravo! Bravo! rechts.)

Ich habe diesen Reformentwurf sofort binden lassen, um nicht, wie es leicht geschieht, etwas davon zu verlieren. Als ich dieses Buch vom Buchbinder bekam, habe ich mit großem Interesse die Motive gelesen; aber ich habe mich vor allem als Gemeinderath von Wien gefühlt und habe es für meine Pflicht gehalten, dies vorzubringen, und ich werde einen Antrag stellen, welcher den Stadtrath beauftragt, sich damit zu beschäftigen. Ich glaube, es ist würdig, dass sich der Gemeinderath damit beschäftigt. So habe ich als Mitglied der Budget-Commission — ich bin ja ein neues Mitglied des Gemeinderathes — meine Pflicht erfüllt, um mich über das Budget und die das Budget berührenden Fragen zu unterrichten.

Ich gehe jetzt — hoffentlich werde ich das kurz machen können — auf den letzten Theil meiner Rede über, der sich nothgedrungen mit einigen Ausführungen, die von jener Seite des Hauses gefallen sind, beschäftigen wird. Ich muss nothgedrungen darauf eingehen, denn wir können nicht alles auf uns sitzen lassen, was gegen uns vorgebracht wurde. (Sehr gut! rechts.) Ich muss offen gestehen, als ich hörte, dass wir, wie von manchen Rednern der Gegenseite gesagt wurde, so recht eigentlich Diebe und Räuber sind — so wurde es ja dargestellt —, so habe ich mich in meiner Unschuld besehen und gefragt, wen habe ich bestohlen und beraubt? Und wer ist beraubt worden von den geehrten Collegen auf dieser Seite des Hauses? Es sind in dieser Angelegenheit so merkwürdig leichtsinnige Worte gefallen, dass ich, nicht etwa um boshaft zu sein, aus dem stenographischen Protokolle einen Ausspruch meines verehrten vis-à-vis, des Herrn Gem.-Rathes Steiner, vorlesen will, der so ungeheuerlich ist, dass der verehrte Herr Gem.-Rath Steiner selbst zugestehen wird, es ist das ein sehr leichtsinniger Ausspruch. Der Herr Gem.-Rath Steiner hat nämlich gesagt (liest): „Auf der anderen Seite führt man das Recht zum Betteln ein und gibt den auf der Straße kauernden obdachlosen Armen einen Theil der Brosamen derjenigen, die nach dem Gesetze nicht bestraft werden können, aber nach dem Gesetze rauben." Es ist also an die Obdachlosen eine Art Raub vertheilt worden. Meine Herren! Ich kann nur lächeln, wenn ich das lese (Zustimmung rechts), und ich nehme die Dinge nicht tragisch, gar nicht tragisch. Ich mache den verehrten Herrn Gem.-Rath Steiner aufmerksam, dass unter anderen Se. Majestät der Kaiser den Obdachlosen 5000 fl. gespendet hat. Es fällt mir nicht im geringsten ein, etwa denunciatorisch aufzutreten — ich weiß, dass der Herr Gem.-Rath Steiner dieselbe Ehrfurcht vor der geheiligten Person Sr. Majestät hat wie ich, das ist ja selbstverständlich, das muss man von jedem Österreicher annehmen — es fällt mir nicht etwa ein zu sagen, der Herr Gem.-Rath Steiner habe sich an der geheiligten Person Sr. Majestät versündigt — ich will nur sagen, so leichtfertig wird gesprochen, so leichtfertig werden Vorwürfe erhoben. Ich gebrauche das Wort „leichtfertig" aus Achtung vor meinem Gegner, um zu sagen, wohin diese Sprache führt, wohin es führt, wenn solche Worte fallen.

Aber wenn solche Äußerungen weit draußen in einer Versammlung jener Weinhauer, von denen Herr Gem.-Rath Steiner gesprochen hat, und für die er zweifelsohne ein warmes Herz hat, gefallen wären, was würde das für einen Eindruck machen, wie würde das die Leute anhetzen und aufreizen? Auf welche falsche Wege kommen wir dann? Ist das die Art, wie ernste Männer Debatte führen? (Beifall rechts.) Es war das eine solche Unbesonnenheit, dass sich einem geradezu die Haare sträuben.

Ich habe nun gewiss nicht die Absicht, ausführlich auf die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Gregorig in der Budget-Debatte zurückzukommen. Ich habe mir, weil der Herr Präsident gestern daran gezweifelt hat, und ich zweifle nicht, dass er hiebei vollständig loyal vorgegangen ist, wenn er glaubte, dass bei den Worten, die Herr Gregorig in seinen Äußerungen gegen bestimmte Classen der Gesellschaft und gegen bestimmte Personen gesprochen hat, ein Ordnungsruf nicht am Platze sei — diese Worte herausgeschrieben, und sie lauten: „Nun, meine Herren von der Judenschutz-Truppe! Was sagen Sie von einem solchen Vorgange, wenn man in einer öffentlichen Körperschaft für das Wohl des Volkes spricht und dabei die Juden berührt, so senden sie Mörder gegen die Betreffenden aus." (Rufe rechts: Zu dumm, es ist dies geradezu lächerlich!) Ich begreife übrigens vollständig, ich gehöre selbst zu den Juden, welche auf das unangenehmste durch solche Worte berührt sind. Ich war selbstverständlich darüber empört, aber ich kann mich doch eigentlich über die ungeheuere Lächerlichkeit, die darin liegt, nicht hinwegsetzen. Ich gestehe, ich bin empört darüber, ich war empört darüber, aber lange hat die Wallung des Blutes in mir nicht nachgezittert.

Die Herren können sich ja in die Gesinnung der Juden hineindenken. Es ist klar, dass, wenn die Juden schon von Antisemiten angegriffen werden, sie nur wünschen können, dass diese Antisemiten so schrecklich borniert sein mögen, dass man mit ihnen Wände einbrechen kann. Die Juden können also Gegnern gegenüber, die Thorheiten aussprechen, welche geradezu ins Tollhaus gehören, nur

froh sein, wenn sie nur solche Gegner haben, und sie haben zumeist nur solche Gegner, wie die Namen der meisten dieser Herren beweisen. Stöcker wurde wegen leichtfertiger Ablegung eines Eides und zahlreiche andere Antisemiten in ähnlicher Weise vom Richter gebrandmarkt, und es sind zumeist Leute, die in dieser Weise auftreten.

Wenn man unbefangen ist, so muss man also sagen, dass nicht die Juden zu bedauern sind, wenn solche Äußerungen fallen, sondern am bedauernswertesten erscheinen mir die vier Söhne des Herrn Gregorig zu sein, denn diese vier Buben, sagte er, werde er derart erziehen, dass sie den eventuell rituellen Mord, der an ihrem Vater geschieht, gewiss in richtiger Weise rächen werden. Das sagte er. Ja, sind denn diese vier Knaben des Herrn Gregorig nicht wirklich zu bedauern, wenn sie ihr Vater in solchem Geiste erzieht, mit derartigen Vorurtheilen nährt — ist es da möglich, dass sie wirklich mit Ernst durchs Leben gehen? Also nicht die Juden sind zu bedauern, wenn der rituelle Mord, der an Herrn Gregorig geplant ist, gerächt werden wird, sondern seine Söhne deshalb, weil sie einen solchen Vater haben! (Beifall und Händeklatschen rechts.) Das ist die Auffassung, meine Herren, welche ich über die Sache habe; diese Dinge sind empörend, insoferne sie aufreizend sind und auf Menschen wirken, welche kein eigenes Urtheil haben, aber an sich sind sie lächerlich und eigentlich der Äußerung würdig, die ein französischer Minister machte, als er lebhaft angegriffen wurde: „Sie mögen mit ihren Angriffen noch so weit vorgehen, sie werden die Höhe unserer Verachtung nicht erreichen." (Beifall rechts.)

Ich verlasse nun dieses Thema und wende mich gegen einen anderen Herren von jener Seite (links). Herr Gem.-Rath Latschka, welcher uns aber eine ernste Rede gehalten hat, welche ich in vielen Dingen sehr beachtenswert gefunden habe, — ich werde auch gleich sagen worin, — gegen welche ich aber doch manches sagen muss. In dieser Rede hat Herr Gem.-Rath Latschka, ganz abgesehen davon, dass er in der Sprache eines gebildeten Mannes gesprochen hat, die man — ich bitte um Entschuldigung, von jener Seite nicht gar oft hört — vor allem erklärt, dass er bedauere, dass wir nicht städtische Anstalten haben, deren Erträgnis die Steuerkreuzer ersetzen kann. Ich theile diese Anschauung, ich gehöre zu jenen, welche dahin wirken wollen, dass z. B. die Gasanstalt in eigene Regie übernommen wird; ich theile auch manche Anschauung, welche Herr Gem.-Rath Latschka über die Thätigkeit des Stadtrathes aussprach, und ich werde mich auch nicht scheuen, jetzt und künftig meine Meinung zum Ausdruck zu bringen, wenn ich manches in der Art der Geschäftsführung des Stadtrathes nicht für richtig halte: Ich spreche nicht von dem betreffenden Falle, welchen Herr Gem.-Rath Latschka besprochen hat, den ich nicht näher kenne. Ich sage das im allgemeinen.

Aber der Kern der Ausführung des Herrn Gem.-Rathes Latschka ist es, welcher meinen Widerspruch herausfordert, und ich bin überzeugt, dass dieser Widerspruch, wenn ich ihn begründen werde, auch von einer Anzahl Herren jener Seite (links) wird getheilt werden. Herr Gem.-Rath Latschka hat nämlich gesagt: „Ich und meine Partei verweigern das Budget, weil wir dieses Budget dem Stadtrathe bewilligen." Die Herren halten also den Stadtrath für das verantwortliche Ministerium und betrachten den Gemeinderath wie eine Art Parlament. Sehen Sie, meine Herren, wie wenig klar diese Anschauung ist, geht aus der Consequenz hervor. Dann wäre ja der Herr Bürgermeister eine Art Sr. Majestät, der Herr Bürgermeister (Heiterkeit), welcher so eine Art verantwortliche Minister an der Seite hätte, und dann würden wir vielleicht so eine Art unverletzlichen, Sacrosanct-Bürgermeister haben; das ist die heitere Seite. Die Sache hat aber auch eine sehr ernste Seite. Herr Gem.-Rath Latschka ist nämlich der Ansicht, dass es im Budget begründet ist, dass der Stadtrath eine ausübende Körperschaft sei, welche uns Rechenschaft abzugeben hat für die Ausführung unserer Beschlüsse. Mit Verlaub, so steht die Sache nicht. Es wäre traurig, wenn die Sache so stünde. Die Sache steht so: Der ausübende Körper ist der Magistrat mit dem Bürgermeister an der Spitze. (Rufe rechts: So ist es!) Der Bürgermeister ist der Verantwortliche, an den wir uns zu halten haben, und es wäre fürchterlich traurig, wenn wir uns an den Stadtrath zu halten hätten. Denn, um es populär auszusprechen, wir können den einen Bürgermeister leichter beim Schopf nehmen, als wir 22 Stadträthe bei ihren Schöpfen nehmen können. Den Bürgermeister allein können wir zur Verantwortung ziehen und darin liegt das Wesen unserer Gemeindeordnung, dass wir den Bürgermeister zur Verantwortung ziehen können, wenn er unsere Beschlüsse nicht ausführt. Es ist das Wesen unserer Gemeindeordnung, dass, wenn wir z. B. mehr Geld ausgeben wollen für ein Amtshaus in Döbling, und wenn der Bürgermeister glaubt, dass diese 10.000 fl., die wir mehr bewilligt haben, überflüssig wären und den schlechteren Plan ausführt, wir an den Bürgermeister gehen können. Der Stadtrath könnte sich unserer Verantwortung leicht entziehen, das sind 22 Herren.

Der Bürgermeister muss so bauen, wie wir es beschlossen haben, und wenn er es nicht thut, — das wird ja nicht geschehen — sind wir berechtigt zu verlangen, dass er das Haus niederreißen lässt und ein neues Haus an seine Stelle setzt, wie wir es wollen.

Das ist der Vortheil unseres Statutes, dass ein Mann speciell verantwortlich ist, und jenes vielverlästerte constitutionelle System besteht ja darin, dass man die Verantwortlichkeit einzelner Männer statuiert. Die praktischen Engländer haben ja das genau gewusst, sie haben jene Art der Verwaltung, welche in vielen europäischen Staaten bestand, dass die Verwaltung durch Körperschaften, durch Hof-Kanzleien, besorgt wurde, beseitiget und haben die Verantwortlichkeit einzelner Männer an deren Stelle gesetzt, und es ist das Wesen jenes viel verlästerten liberalen Principes, von welchem Herr Gem.-Rath Latschka gesagt hat, dass es Österreich in das Verderben stürze, dass es die Verantwortlichkeit der Minister statuiert hat, dass wir Finanzminister, welche Fälschungen über den Stand der Nationalbank hinausgegeben haben, wie dies bis zum Jahre 1848 geschah, welche den Schuldenstand statt mit 611 Millionen mit 500 Millionen öffentlich kundgegeben haben, zur Verantwortlichkeit ziehen können. Seitdem das Princip der persönlichen Verantwortung eingeführt ist, haben wir nicht mehr solche Finanzminister; dadurch ist in die österreichischen Finanzen Ordnung gebracht worden, und deshalb haben wir jetzt einen Finanzminister, der einen Überschuss im Staatshaushalte aufweist, deshalb haben wir einen Finanzminister, welcher die Valuta-Reform und andere Reformen durchführen kann. (Beifall rechts.) Das Princip der persönlichen Verantwortung des Bürgermeisters lassen wir uns — ich will nicht beleidigend sein —, durch die Ausführungen jener Seite nicht wegescamotieren.

Der Bürgermeister ist uns verantwortlich, und ich sage, dass Sie einer schlechten Verwaltung Wiens und einem nicht pflichtgetreuen Bürgermeister nur einen Gefallen thun würden, wenn Sie das Princip des Herrn Gem.-Rathes Latschka annehmen würden.

Sie wollen die Verwaltung controlieren; Sie können es nicht, wenn Sie sagen: „wir bewilligen dieses Budget dem Stadtrathe." Nein! der Herr Bürgermeister ist uns verantwortlich, und ich hoffe, Sie überzeugt zu haben, dass Sie ein sehr schlechtes Princip in unsere Auffassung der städtischen Verhältnisse gebracht hätten, wenn Sie das Princip durchsetzen würden, dass der Stadtrath derjenige ist, welcher unsere Beschlüsse auszuführen hat. Der Stadtrath hat nur vorzuberathen und in seinem eigenen Wirkungskreise Beschlüsse zu fassen. Mit der Verantwortlichkeit für die Ausführung ist der Bürgermeister belastet, und deswegen glaube ich, dass die billig Denkenden, welche nicht nach Parteirücksichten urtheilen, sagen werden, dass dieses Princip: „Jetzt bewilligen wir das Budget nicht, weil wir es dem Stadtrathe bewilligen", ein schlechtes Princip ist. Es hat sich in unserem Statut gegen das frühere nichts geändert; es ist derselbe Zustand, und wenn Sie das Budget früher bewilligt haben, müssen Sie es auch jetzt bewilligen; es ist derselbe Mann verantwortlich für die Ausführung wie früher. (Beifall rechts.)

Das also ist dasjenige, was ich sozusagen staatsrechtlich — um mich eines etwas zu weit ausholenden Ausdruckes zu bedienen — gegenüber den Ausführungen meines geehrten Herrn Gegners zu sagen hätte. Ich muss offen gestehen, dass ich die von ihm vorgetragene Auffassung nicht für richtig halte, dass wir eine Art Parlament sind — dort der Stadtrath als verantwortlicher Minister, der Bürgermeister als ein idealer oder nicht idealer Kaiser, mit einer Bewilligung des Budgets für den Stadtrath.

Ich will nicht verletzen, aber ich fürchte, diese schrecklichen und haltlosen Theorien sind nicht dem Kopfe des Herrn Gem.-Rathes Latschka, sondern dem Kopfe eines Juristen entsprungen. (Heiterkeit.) Denn nur ein Jurist ist im Stande, solche merkwürdige Theorien aufzustellen, welche so haltlos sind und mit der ganzen Geschichte des liberalen Verwaltungsprincipes im Widerspruch stehen. Übrigens, meine Herren, bin ich mit meiner Polemik zu Ende und kann nur auf Folgendes noch hinweisen.

Wir im Gemeinderathe von Groß-Wien stehen jetzt am Schlusse eines Jahres, in welchem wir nach unseren besten Kräften gearbeitet haben. Wir haben in diesem Jahre die Geschäftsordnung geschaffen, wir haben in diesem Jahre die Steuerverhältnisse auf neue Grundlagen gestellt (Gelächter links), vielleicht nicht auf gute, aber wir haben eine große Arbeit darangesetzt.

Wir haben ein neues Budget festzustellen gesucht, wir haben die Verkehrsanlagen beschlossen, wir haben die Einleitung neuer Quellen beschlossen, die magistratischen Bezirksämter geschaffen. (Heiterkeit links.) Ich begreife, offen gestanden, nicht, warum gelacht wird. Sie haben gewiss oft Lächerliches gesagt, aber Thatsache ist, dass dieses alles geschaffen wurde. Es mag gut sein oder schlecht sein, ich appelliere nicht an Ihre Nachsicht, es kann sein, dass es schlecht ist, aber wir haben ein Gebäude, wie wir es für richtig hielten, ausgeführt. Wir waren nicht müßig, wir haben während dieses Jahres viel geschaffen. Ich glaube sogar, dass es kaum eine Zeitperiode in der Geschichte Wiens gegeben hat, in der gleichzeitig soviel geschaffen worden wäre. Wir sehen auf diese Arbeiten ruhig zurück, und wir können, indem wir hier in der Budget-Debatte diesen *Rundblick auf dasjenige* werfen, was wir geleistet haben, vor unsere Wähler hintreten und sie fragen: Seid Ihr zufrieden? Sie mögen das Urtheil abgeben. (Beifall rechts.)

Dabei erinnere ich mich, wie die Opposition über die frühere Verwaltung gesprochen hat, solange Bürgermeister Felder am Ruder war. Da ist die Opposition, welche auch damals, zum Theile wenigstens, von Herrn Dr. Lueger geführt war, gegen diese Verwaltung mit den fürchterlichsten Anklagen vorgegangen, mit fürchterlicheren vielleicht, als gegen die Verwaltung des Herrn Dr. Prix. Denn gegen die Verwaltung Felders wurde der Vorwurf erhoben, dass betrügerische Unterschleife stattfinden. Es gab eine große Anzahl von Debatten in diesem Hause, in welchen dem Bürgermeister Felder, seiner Verwaltung und dem Magistrat solche Dinge vorgeworfen wurden. Felder ist vom Bürgermeisterstuhl abgetreten, und nun erleben wir es, dass oft Herr Dr. Lueger in diesem Hause mit Verehrung und großer Liebenswürdigkeit vom Bürgermeister Felder spricht. (Sehr gut! rechts.) Ich weiß, dass später eine gewisse Versöhnung stattgefunden hat, dass Felder mit der Milde und Weisheit des Alters über alle diejenigen, die ihm in seinem ganzen Leben unangenehm geworden sind, ein milderes Urtheil gewonnen hat. Aber, meine Herren, ich erinnere Sie, wie oft Herr Dr. Lueger jetzt Felder rühmt und preist, und ich erinnere an etwas anderes.

Als in einer der letzten Sitzungen dieses Hauses der Haupt-Rechnungsabschluss für das Jahr 1890 besprochen und festgestellt wurde, dass der letzte Gemeinderath von Groß-Wien ein gutes Budget, einen Überschuss von 700.000 fl. zurückgelassen hatte, und als der verehrte College Dr. Stern in einer sehr sachlichen Rede alle diese Dinge klar nachwies, da musste Herr Dr. Lueger, er konnte nicht anders, sagen, das verhält sich im ganzen so. So haben also jene viel angefeindeten Corporationen und Männer, so hat Dr. Felder und der Gemeinderath von Groß-Wien gewirtschaftet, dass, nachdem sie hinabgesunken sind, nicht zu den Todten, aber zu denjenigen, die nicht mehr wirken, man sagen muss, ihr Wirken war nicht so schlecht, und es ist meine Hoffnung, dass, nachdem wir Arbeiten, die ich früher skizzirt habe, bewirkt haben durch ein ganzes Jahr und redlich in den verschiedenen Commissionen das Budget zusammengestellt haben, auch künftige Beurtheiler und künftige Führer der Opposition in derselben Weise von uns sprechen werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts. — Redner wird beglückwünscht.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss gestehen, dass ich zu meinem Bedauern auf einen Vorfall zurückkommen muss, welcher mich veranlasst, einem der ersten Herren Redner den Ordnungsruf zu ertheilen. Es ist hier in öffentlicher Versammlung bekanntgegeben worden, dass die erste Spende, welche dem Bürgermeister für die Obdachlosen und Arbeitslosen eingehändigt wurde, seitens Seiner Majestät des Kaisers durch den Herrn Minister-Präsidenten übergeben worden ist, und nun hören Sie, der Herr Gem.-Rath Steiner hat Folgendes in seiner Rede gesprochen (liest): „Auf der anderen Seite führt man das Recht zum Bettel ein und gibt den auf der Straße kauernden obdachlosen, armen Teufeln die Brosamen derjenigen, die nach dem Gesetze leider nicht bestraft werden können, aber nach dem Gesetze rauben!" (Rufe rechts: Niedertracht! Pfui!) Es ist unglaublich, dass sich noch Rufe wie „Bravo" und „Sehr richtig" haben vernehmen lassen. Ich bedaure, dass die Mittel, welche in disciplinärer Richtung dem Präsidenten zur Hand sind, nicht mehr gestatten, als dem Herrn Redner hiefür den Ordnungsruf zu ertheilen (Lebhafter Beifall rechts), und ich kann hiemit nur die ernste Bitte an die Versammlung richten, in Zukunft mit den starken Ausdrücken etwas mehr hauszuhalten und dessen eingedenk zu sein, dass wir nur hier vor allem andern als Wiener und als Österreicher fühlen müssen

(Beifall rechts) und die Ehrfurcht gegen Seine Majestät in gar keiner Weise verletzen dürfen. (Stürmischer Beifall rechts, lebhafter Widerspruch links. — Ruf: Wir sind ebensogute Patrioten als Sie! Das ist eine Unterstellung! — Anhaltender Lärm.)

Gem.-Rath Steiner (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich erkläre, dass das stenographische Protokoll nicht richtig ist. (Beifall links. Oho-Rufe rechts.) Es ist nicht richtig. Zweitens verwahre ich mich ganz entschieden gegen derartige Unterschiebungen und Motive, die mir ganz ferne gelegen sind. Es ist mir weder eingefallen, noch habe ich daran gedacht, die geheiligte Person Seiner Majestät hier in die Debatte zu ziehen. (Lebhafte Zustimmung links.) Das ist eine Art der Denunciation, die entschieden . . . . (Die letzten Worte des Satzes bleiben im anhaltenden Lärm unverständlich. — Rufe links: Schande! Scandal! — Der Vorsitzende gibt wiederholt das Glockenzeichen.) Wenn ich von Ausbeutung gesprochen habe und sagte, dass man Brosamen hinwirft, so meinte ich damit die Großcapitalisten. (Rufe links: Die jüdischen! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Das versteht jeder Mensch!)

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Geschäftsordnung): Ich würde den Herrn Vorsitzenden bitten . . . (Unterbrechung rechts. — Vorsitzender das Glockenzeichen gebend: Ich bitte um Ruhe!) Ich habe nicht von Ihnen das Wort, sondern von dem Herrn Vorsitzenden. (Rufe rechts: Aber, Frauenberger, warum schreien Sie denn?) Ich würde den Herrn Vorsitzenden bitten, die eine Beziehung, die er angenommen hat, denn doch vielleicht fallen zu lassen.

Es hat mich unangenehm berührt, dass dies aufgestellt worden ist, weil von jedem von uns vorausgesetzt werden kann, dass er Österreicher ist, dass er dem Kaiser treu ergeben ist, dass er gegen den Kaiser hier in diesem Saale nichts vorzubringen hat. (Beifall rechts. — Gem.-Rath Jedlička: Wir haben mindestens dieselben Rechte wie ein Jude! — Rufe links: Wir sind keine Fremdlinge.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte um Ruhe! (Gem.-Rath Jedlička ruft fortwährend dazwischen.) Herr Gem.-Rath Jedlička, ich rufe Sie zur Ordnung. (Gem-Rath Jedlička: Wir sind nicht eingewandert, wir sind Wiener!)

Ich erkläre hiemit, dass, wenn Gem.-Rath Jedlička sein Benehmen wiederholen wird, ich von dem Mittel der Ausschließung Gebrauch machen werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts. — Gem.-Rath Reichert: Die Juden applaudieren! — Rufe links: Schaut's die Juden an! — Rufe rechts: Ruhe! — Rufe lins: Wir sind Eingeborene nnd keine Eingewanderten, wir lassen uns nicht von Juden terrorisieren! Gehen Sie nach Jerusalem!) Herr Gem.-Rath Reichert, ich bitte sich anständig zu benehmen. Ich erkläre, dass ich, als ich die von mir nach dem getreuen Wortlaute des Stenogramms wiederholten Worte gehört habe, meinen Ohren nicht traute, denn es muss jedem Mitgliede dieser Versammlung bekannt sein, von wem die Spenden eingelangt sind. Ich habe daher gewartet, bis ich das Stenogramm in Händen hatte, und muss ich nochmals erklären, dass der Ordnungsruf berechtigt ist. Ich ersuche Sie nochmals, die Ausdücke zu wählen und nicht zu vergessen, dass Sie im Gemeinderathe der Stadt Wien sitzen. Insbesondere aber muss ich an einige Mitglieder dieser (linken) Seite die Bitte richten, endlich einmal mit den abgeschmackten Zurufen von „Juden" aufzuhören. Das passt nicht in diese Versammlung; in Ihren Conventikeln können Sie es machen, wie Sie wollen. Hieher passt es aber nicht und werde ich es auch nicht länger dulden. (Beifall rechts. — Unruhe und Rufe links: Das lassen wir uns nicht vorwerfen, das ist ein politisches Manöver!)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Purscht, ich rufe Sie zur Ordnung. (Gelächter links und Rufe: Er war es gar nicht, es war der Rauscher). Ich bitte um Entschuldigung, dann geht es den Herrn Gem.-Rath Rauscher an.

Gem.-Rath Jedlička: Ich kann gleich an den Vorfall, der hier geschehen ist, anknüpfen, und ich kann nur meine schwachen Gedanken hier nochmal befragen, welchen Begriff ich mir einstens von dem Worte „liberal" gemacht habe. Ich habe keine hohen Schulen besucht, der Ausdruck ist ein in fremder Sprache abgefasster, und ich musste mich daher an jemanden, der es versteht, wenden. Ich habe nun einen alten, gescheiten Herrn gefragt, und er sagte: „Wenn jemand liberal ist, so muss er die Achtung selbst seinem Gegner entgegenbringen, wenn derselbe auch ganz anderer Anschauung ist." Dies glaubte ich auch hier zu finden, nachdem doch alle Blätter von A bis Z voll der Phrase „liberal" waren. Und ich habe mich getäuscht. Unsere Partei hat mir unzähligemale bewiesen, dass wir, die Antisemiten, Rückschrittler und weiß Gott was genannt werden, viel liberaler sind als diejenigen, die sich liberal nennen. Als Beweis dafür kann ich anführen, was auch Sie bestätigen müssen, dass, wenn es sich um einen Antrag gehandelt hat, der uns gerecht geschienen ist, wir keinen Anstand genommen haben, dafür zu stimmen, wenn er auch von Ihrer Seite gekommen ist. Ich habe das aber von Ihrer Seite noch nie erlebt, dass, wenn eine noch so berechtige Forderung oder Antrag von unserer Seite ausgegangen ist, Sie zugestimmt haben. Folglich haben wir bewiesen, dass wir die Liberalen sind, und dass Sie nur liberal sein wollen. Wenn man hier diese Erfahrung macht, so ist es ja selbstverständlich, dass auch wir nicht das genügende Vertrauen zu Ihrer Partei gewinnen können. Aus diesem Grunde machen wir Opposition, und ich glaube, dass Opposition am Platze ist, dass sie sogar dringend nöthig ist. Denn, wären wir hier nicht Opposition, wären wir vielleicht willige Werkzeuge des Stadtrathes oder des Herrn Bürgermeisters, so hätte es schon geschehen können, dass nicht nur der Herr Bürgermeister in dem Millionengebäude unter den Arcaden, welche die Fremden von weither anschauen kommen, seinen Pferdestall eingerichtet hat. Das dient gewiss nicht zum Nutzen der Bevölkerung. Das ist eine Marotte des Bürgermeisters; er fühlt sich allmächtig, das braucht nicht in den Gemeinderath zu kommen, das wird im Stadtrath abgemacht, die Minorität macht keine Opposition, und die Pferde kommen in einen Stall, in dessen Fenster Spiegelscheiben eingeschnitten sind. Wären wir nicht, so würde — ich glaube nicht zu weit zu gehen, wenn ich das behaupte — damit der Bürgermeister recht lange lebt und gesund bleibt, aus der Volkshalle ein Kuhstall gemacht und aus den städtischen Parkanlagen eine Hutweide. Die Opposition hat die Aufgabe, das zu verhindern, und wir werden uns ehrlich befleißen, diese unsere Aufgabe zu erfüllen.

Nachdem ich schon im Hause bin, muss ich mich darüber wundern, wie Beschlüsse, nicht jetzige, auch frühere, ausgeführt werden. Meine Herrn, am 31. Jänner 1890 ist hier im Gemeinderathe beschlossen worden, dass man den Zutritt ins städtische Museum an Sonn- und Feiertagen unentgeltlich gestatte. Ich glaube, dieser Antrag war dazumal ganz am Platze, so echt volksthümlich, so recht aufrichtig liberal. Denn wenn man die Bevölkerung in Wien als Wiener erziehen will, so muss man vor allem den Leuten Gelegenheit geben, Wien kennen zu lernen, damit sie Wiener werden. Der Beschluss ist bis heute noch nicht ausgeführt

worden, und warum? Weil vielleicht einige Gulden Einnahmen erzielt werden. Freilich ist bei der Commune in erster Linie immer auf eine vernünftige Wirtschaft zu sehen. Aber hier hätte man doch diesen Ärmsten, die darauf begierig sind und unter der Woche keine Gelegenheit haben, diese Wohlthat gewähren können.

Ich habe auch im vorigen Jahre beantragt, dass man den Bürgerschülern, besonders jenen, welche mit dieser Schule ihre Studien beschließen, Gelegenheit gibt, sämmtliche Sehenswürdigkeiten und Merkwürdigkeiten Wiens zu sehen, und habe zu diesem Zwecke beantragt, dass die Lehrer angewiesen werden, solche Schüler, die schon einen Begriff von der Geschichte und etwas Vernunft haben, die schon Sinn für das Erhabene, Schöne und Edle haben, in die Museen und Ausstellungen zu führen und ihnen an der Hand der Kataloge die Dinge zu erklären, damit sie mit Leib und Seele Wiener werden. Denn ein Wiener, der seine Vaterstadt nicht kennt, kommt mir mit seinem Heimatsscheine so vor, wie ein getaufter Jude mit seinem Taufscheine. Er weiß, dass er Christ ist, aber das Gefühl im Herzen hat er nicht. Ein Wiener, der seine Vaterstadt nicht kennt, kann nicht ganz und gar Wiener sein. Mein damaliger Antrag ist abgelehnt worden, weil, wie man sagte, berufenere Factoren dafür zu sorgen haben, dass dies geschehe. So ist es doch ganz und gar begreiflich, dass man an Ihrem Liberalismus zweifelt und zu einem Gegner wird. Ich komme nun auf etwas anderes. Wir haben neulich gelegentlich der Übernahme der Krankenhäuser in die Staatsverwaltung eine Debatte gehabt, in welcher alle Mitglieder der Majorität sich für die Übergabe an den Staat ausgesprochen oder doch dafür gestimmt haben. Nun, ich bin kein Fachmann, ich kann mich nicht in großen Ziffern bewegen, aber ich weiß sehr gut, was dem Volke noththut und weiß, was es bedeutet, wenn die Krankenhäuser in die Regie des Staates übergehen. Freilich, wenn man der Opposition angehört, kann man sprechen, was man will, es nützt einmal nichts. Ich habe damals hervorgehoben, dass wir früher in den Krankenhäusern für die erkrankten Lehrlinge und Gehilfen an Verpflegskosten täglich 45 kr. bezahlt haben. Später aber ist eine Steigerung eingetreten, und zwar von 45 auf 60 kr. Ich habe mich damals, da ich auch Genossenschaftsvorsteher bin und die Sache doch auch unseren Geldbeutel empfindlich trifft, erkundigt, was der Grund dieser Erhöhung sei und wieso es komme, dass man dem einen dieses bene gewährt, dem anderen aber entzieht. Es ist mir gesagt worden, es bestehe ein Fond, dessen Interessen dazu bestimmt sind, diesen aus den Leistungen der Genossenschaften entstehenden Ausfall zu decken. Dann sagte man, aus den Interessen kann man nicht soviel gewähren, man muss 60 kr. verlangen.

Jetzt kommt aber der Hauptspass; trotz unserer Verwahrung haben die Herren dafür gestimmt, dass die Krankenhäuser in die staatliche Verwaltung übergegangen sind, und die Folge war für unsere Kranken eine Belastung von einem Gulden täglich, also eine Mehrbelastung von 66$^1/_2$ Percent. Wen trifft dies? Doch am meisten die Arbeiter und kleinen Meister, denn die Fabrikanten haben ihre eigenen Krankencassen und brauchen nur zu schauen, dass sie damit auskommen und genügende Reserve haben, während wir obligatorische Genossenschaften gezwungen sind, diesen Betrag zu zahlen.

Wir sind aber trotzdem überzeugt, dass man dem Kranken nicht in solchem Verhältnisse auch seine Lage verbessern wird, weil dies einfach unmöglich ist. Nun kommt aber die Hauptpointe: wieso es gekommen, dass wir früher 45 Kreuzer zahlen und jetzt auf einmal einen Gulden zahlen müssen. Ich habe schon gesagt, es war ein Fond da, der den Ausfall deckte, und da möchte ich mir auch an den Herrn Bürgermeister die Frage erlauben, wo dieser Fond hingekommen ist?

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss dem Herrn Redner doch die Frage vorlegen, ob er selbst glaubt, dass das zur General-Debatte über das Budget gehört. Wenn er unbefangen urtheilt, wird er sagen müssen, dass dies nicht der Fall ist. Bitte sich also an die Sache zu halten.

Gem.-Rath Jedlička: Ich glaube, das gehört hieher, nachdem ein Gemeinderaths-Beschluss hierüber vorliegt.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Nein, das gehört nicht hieher, weil die Verwaltung der Krankenanstalten Sache des Staates ist und nicht der Gemeinde.

Gem.-Rath Jedlička: Es ist aber eine Frage, die die Gemeinde angeht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Dann bitte ich, einen Antrag zu stellen.

Gem.-Rath Jedlička: Ich werde das thun, aber ich bitte Herrn Bürgermeister, mit mir etwas Geduld zu haben — irgendwo muss der Fond sein. Wir haben die Übergabe der Verwaltung an den Staat beschlossen, und da gehört der Fond auch dazu. Wir kommen auf einmal von 60 kr. auf einen Gulden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich muss Sie dringend ersuchen, zum Budget zu sprechen und erkläre nochmals, dass die Spitäler uns gar nichts angehen. Nach dem Sanitätsgesetze ist die Gemeinde nur verpflichtet, im Falle einer Epidemie für solche Spitäler zu sorgen, alles übrige geht uns gar nichts an und steht daher mit dem Budget in keinem Zusammenhang.

Gem.-Rath Jedlička: Ich betone aber, dass wir hier darüber beschlossen haben, und wenn es die Gemeinde nichts angeht, so hätten wir auch nicht darüber debattieren und beschließen sollen. Diese Last trifft Leute, die gar keine Wähler oder im dritten Wahlkörper sind, und darum haben die liberalen Herren diesem Beschlusse zugestimmt.

Nun komme ich zu dem, was uns von Aufschwung im Handel und Gewerbe angekündigt wurde. Es wurde uns damals gesagt, dass so viele Gewerbsanmeldungen erfolgen, und daher müssen die Geschäfte florieren. Nun kann man aber aus diesem Umstand nicht folgern, dass ein Aufschwung im Gewerbe vor sich geht, denn wie Sie wissen, sind durch die laxe Handhabung des Gewerbegesetzes eine Unzahl Pfuscher entstanden, die wir durch die Amtsorgane veranlassten, das Gewerbe anzumelden.

Man fragt aber einen solchen Menschen nicht, ob er eine entsprechende Localität und Betriebsmaterial hat. Er gibt den Stempel aus und dann ist er Gewerbetreibender, kümmert sich aber weder um Steuern noch Umlagen, er ist einfach angemeldet.

Ich möchte dagegen Folgendes anführen und werde beweisen, dass der Aufschwung nicht existiert. Ich bin Vorsteher einer Genossenschaft und kann Folgendes statistisch nachweisen: Bei unserer Genossenschaft haben im abgelaufenen Jahre 1891 194 Anmeldungen und 160 Abmeldungen von Gewerben stattgefunden. Die Vermehrung gibt eine Summe von 34 Mitgliedern derselben Genossenschaft, aber die Abmeldungen sind noch nicht alle. Ein großer Theil der Leute, welche das Fortkommen nicht weiter finden, verlassen die Werkstätten, weil die Hausherren ihre Möbel gepfändet haben, und gehen ohne Abmeldung in ihre Heimat, und diese sind unter den 34, welche hätten bleiben sollen. Wenn

Sie das in Betracht ziehen, sind wir nicht vermehrt worden. Im Falle wir aber auch um 34 mehr geworden wären, so stünde das zu der Einwohnerzahl von 1,300.000 in keinem Verhältnisse und wäre so verschwindend klein, dass es nicht in Betracht kommt und nicht als Aufschwung eines Gewerbes bezeichnet werden kann.

Ich muss auch auf die Belastung der Handwerker kommen; wenn wir schon beim Budget sind, müssen wir alles hervorheben und dahin trachten, dass womöglich die Mehrbelastung, welche eventuell kommen könnte, ausbleibe. Die Mehrbelastung der kleinen Leute ist eine horrend große. Ich habe mehrere Fatierungen durchgesehen und Folgendes gefunden. Die meisten Leute, wenn sie 1 bis 2 Gehilfen haben, werden mit $10^1/_2$ fl. besteuert. Die $10^1/_2$ fl. wachsen auf 15 fl. an. (Rufe: Es sind mehr!) Ich nehme nur die Minimalbeträge an, und wenn er $10^1/_2$ fl. zahlt, darf er nicht in einem Gassenladen wohnen, sonst bekommt er eine Einkommensteuer, welche er nicht erschwingen kann. Ich kenne Leute, welche im Vorjahre so hinaufgeschraubt wurden, dass es unerhört ist, dass von so kleinen Betrieben eine solche Steuer gefordert wird, ich kenne einen Mann, der mit zwei Lehrlingen arbeitet, weil er aber einen Gassenladen hat, zahlt er 32 fl. Einkommensteuer. Bitte das zu addieren mit den anderen Umlagen.

Es sind kleine Geschäftsleute, Schlosser, Tischler, Drechsler, die müssen für die Gehilfen Unfallversicherung zahlen, das ist gewiss sehr drückend, dann ein Drittel zur Krankencassa, das macht auch im Jahre eine hübsche Summe, addieren Sie das zusammen, so kommt der Mann fast auf 100 fl. Steuern. Wenn man annimmt, dass so ein kleiner Handwerker 3000 bis 4000 fl. Geschäftsumsatz macht, Zins zahlen und eine Familie ernähren muss, dann ist die Belastung wirklich horrend, und möchte ich an alle den Appell richten, bei einer eventuell künftig beantragten Steigerung der Umlagen so gut zu sein und liberal zu stimmen und eine Steigerung nicht eintreten zu lassen. Die Leute ertragen das nicht, sie werden nur dem Ruin entgegengetrieben. Es ist noch ein Umstand bei dem Steuerwesen, welcher nicht Berücksichtigung findet und der nicht genügend besprochen worden ist. Jemand fängt an, er meldet das Geschäft an, es dauert nun ein Jahr, oft noch viel länger, bis die Erfahrungen vorüber sind, bis die Bemessung kommt. Es kommt die ganze Zeit niemand zu ihm, um die Steuer einzucassieren; nun kommen auf einmal 60 bis 70 fl. Steuer zu bezahlen. Schauen Sie einen solchen Menschen, welcher z. B. für einen Möbelhändler oder Confectionär arbeitet, der kaum das nach Hause bringt, was er den Gesellen zahlen muss, an.

Wie kann er eine solche Summe auf einmal bezahlen? Er hat vielleicht außerdem noch eine Nähmaschine auf Ratenabzahlung. Wie soll er da leben und noch die Rate zahlen. Er kommt aus dem Rückstande nicht mehr heraus. Hier könnte Abhilfe geschaffen werden und der Herr Bürgermeister könnte den Auftrag geben, dass, wenn jemand bei der Behörde ansucht, sie den Anmeldenden fragt, wie hoch ist das Betriebscapital, wie viel Gehilfen hältst du, was machst du u. s. w., und von ihm sofort eine Steuerrate verlangt, damit nicht ein großer Rückstand anwächst, aus dem er nicht mehr herauskommt, denn zur Steuer kommen Executionsgebüren und Verzugszinsen, so dass der Mensch verloren ist.

Darum bitte ich den Herrn Bürgermeister, dahin zu wirken, dass die Steuer sofort bemessen wird. (Rufe links: In Paris ist es so!)

Nun, meine Herren, ich werde Sie nicht länger aufhalten, aber ich habe noch eine Bitte an das Plenum. Wie Sie, meine Herren, wissen, haben Sie die Vorortebevölkerung mit der Biersteuer, um sie auf einmal unter die Haube zu bringen, stark belastet. Wenn die Bevölkerung der Vororte so capitalskräftig wäre wie die Bevölkerung innerhalb der Linien, würde man diese Zuschläge zu allen Umlagen und der Verzehrungssteuer nicht so sehr fühlen, aber es ist naturgemäss, weil früher draußen billigere Lebensverhältnisse waren, die ärmeren Leute sich hinausgeflüchtet haben. Kleine Gewerbetreibende, welche den Zins herinnen nicht erschwingen konnten, sind hinausgegangen, weil innerhalb keine Monatswohnungen zu finden sind, und der arme Teufel zufrieden war, den monatlichen Zins zusammenzubringen.

Ich bitte, sich die Bevölkerung von draußen nur anzusehen, wenn sie zur Betheilung kommt. Da man diese so kolossal belastet hat, so appelliere ich an Ihre liberale Gesinnung, dass, wenn es sich um die Verbesserung der Verhältnisse in den Vororten handelt, und zwar zunächst um die Verbesserung der Communicationsmittel, Sie unseren Anträgen zustimmen.

Die Leute zahlen in Gersthof, Pötzleinsdorf, Salmannsdorf, wo ländliche Verhältnisse bestehen, dieselben Gemeindeumlagen wie in der inneren Stadt. Hier haben Sie Wasserleitung, Bespritzung der Straßen, Straßenreinigung und Canalisierung. Alles das fehlt draußen. Beim letzten Schneefalle hätten Sie eine Partie nach Salmannsdorf machen sollen. Bis zur Pötzleinsdorfer Kirche war die Straße frei; über den Berg hinüber aber war der Schnee 30 cm hoch; er ist zwei Tage liegen geblieben und die Sonne musste ihn wegschaffen. Solange die Gemeinden ihre Autonomie hatten, wurden die Wege von einem Orte herüber, von dem anderen hinüber ausgeschaufelt, so dass am zweiten Tage nach dem Schneefall die Communication bereits frei war. Das ist heute nicht der Fall.

Ein zweiter Fall. In Gersthof ist infolge des Kirchenbaues eine schöne Anlage entstanden und infolge dessen die Baulust größer geworden. Es wurden Häuser gebaut, aber der Zustand der Straßen spottet jeder Beschreibung. In der Höhnegasse, wo drei zweistöckige und zwei einstöckige Häuser stehen, muss man etwas zum Anhalten oder schwedische Schneeschuhe haben, damit man nicht im Kothe versinkt.

Buchstäblich ist die Communication dort unmöglich, man kann nicht einmal mit Scheibtruhen fahren. Wenn Fuhrwerke durch den Morast hineinfahren, können sie nicht umkehren, weil die halbe Straße ausgehoben ist; bezüglich des anderen Theiles wusste der Herr Bürgermeister nicht, ob er etwas machen dürfe, und so ist die Straße verwahrlost und liegt der Schutt darüber. Es sind dort Häuser gebaut, in welchen 20.000 bis 30.000 fl. investiert sind, die Hauseigenthümer aber haben noch keinen Zins eingenommen, weil keine Mieter hinkommen. Ein Hausbesitzer hat vom Bezirksamte in Währing die Anfrage erhalten, warum die Parteien nicht angemeldet werden. Das ist das Haus Nr. 32 in der Höhnegasse, und der Mann hat factisch niemand dort, nur den einen Maurer, den er vom Baumeister als Hausmeister übernommen hat, es kann also niemand in das Haus hinein. (Heiterkeit links.)

Ich werde mit der Bitte schließen, dass Sie uns liberal entgegenkommen sollen, wenn es sich um die Bevölkerung draußen, die durch die Besteuerung schwer getroffen ist, handelt, und ich verspreche Ihnen, und ich glaube, im Namen der ganzen Partei kann ich es thun, dass wir ebenso liberal Ihnen entgegenkommen

werden, wenn wir sehen werden, dass Sie Recht haben. (Lebhafter Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Fortsetzung der Debatte erfolgt in der nächsten Sitzung. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 8 Uhr abends.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 16. März 1892.

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende: Dr. v. Billing, v. Götz, v. Goldschmidt, Dr. Grübl, Dr. Hackenberg, Dr. Huber, Kreindl, Dr. Lederer, Matzenauer, Meißl, Müller, v. Neumann, Roske, Rückauf, Schlechter, Schneiderhan, Dr. Stenzl, Vaugoin, Dr. Vogler, Witzelsberger, Wurm.

Bürgermeister Dr. Prix.

Vice-Bürgermeister Dr. Borschke.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer.

Experte: Magistratsrath Preyer.

Magistrats-Secretär Linsbauer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den **Vice-Bürgermeister Dr. Richter** bringt derselbe ein Schreiben der Campagne-Reiter-Gesellschaft zur Kenntnis, worin dieselbe dem Stadtrathe für den zur Anschaffung eines Ehrenpreises zur Preisreitconcurrenz im Jahre 1892 bewilligten Betrag den Dank ausspricht.

Dient zur Kenntnis.

St.-R. Meißl referiert über das Ansuchen des August Rossi, Franz Kaufmann und Ernst Knaipp um Gewährung der Studiennachsicht behufs Aufnahme in den städtischen Kanzleidienst.

Referent beantragt, den Genannten die erbetene Studiennachsicht zu ertheilen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Geflügelhändlers Moriz Stark um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, ihm dieselbe gegen Erlag der Taxen von 25 fl. zu verleihen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Scheidl Johann, Geschäftsführer;

Zeller Michael, Privatbeamter;

Hitschmann Theodor, Comptoirist;

Zöttl Ignaz, Gemischtwaren-Verschleißer. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über weitere Gesuche um die Zuständigkeit und beantragt die Verleihung derselben gegen Erlag der entsprechenden Taxen an:

Hauser Franz, Gemischtwarenhändler;

Had Johann, Kehlleisten-Fabrikant;

Anforge Theresia, Hausbesorgerin. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Huber referiert über die Besetzung eines Freiplatzes im I. Jahrgange in der Diehl'schen Stiftungsschule und beantragt, denselben an Leopoldine Gumpinger zu verleihen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Dr. Josef Friedländer um Ausstellung einer Löschungserklärung in Betreff der auf den Realitäten Grundb.-Einl.-Z. 771 und 773, V. Bezirk, haftenden Verbindlichkeiten.

Referent beantragt, die Ausstellung dieser Löschungserklärung zu bewilligen. Die Kosten derselben seien vom Gesuchsteller zu tragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Armenraths-Ergänzungswahlen im I. Gemeindebezirke und beantragt, die Wahl der nachfolgend Genannten zu bestätigen:

Weißwarrer Hermann, Privatier;

Maly Josef, Clavierhändler;

Buchroither Sebastian, Glashändler. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über Schulgeldbefreiungen an der Gumpendorfer Communal-Ober-Realschule und beantragt, den in dem vorgelegten Verzeichnisse der Schuldirection sub 1 bis 17 angeführten Schülern vom II. Semester 1892 an die Befreiung von der Entrichtung des ganzen Schulgeldes mit Rücksicht auf ihre Zeugnisse über das I. Semesser 1891/92 zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des „Vereines zur Errichtung von Dienstboten-Asylen" um Rückvergütung der Kosten für vorgenommene Reparaturen in dem vom Vereine in Bestand genommenen städtischen Hause VI., Mittelgasse 24.

Referent beantragt, ausnahmsweise aus Billigkeitsrücksichten vom streng vertragsmäßigen Standpunkte abzugehen und dem gedachten Vereine den von den einvernommenen Organen ausgemittelten, budgetmäßig bedeckten Theilbetrag von 200 fl. zu den Renovierungskosten zu vergüten.

St.-R. Meißl beantragt eine Vergütung von 400 fl.

Dieser Antrag wird abgelehnt, der Referenten-Antrag angenommen.

St.-R. Vaugoin referiert über das Offert des Stadtbaumeisters Eduard Schweinburg auf käufliche Erwerbung der Baustelle V der Stadtverweiterungsgruppe K am Paradeplatze (Einl.-Z. 213, I. Bezirk, Ebendorferstraße).

Referent beantragt, dieses Offert, nach welchem der Obengenannte für diese Baustelle den Betrag von 107 fl. per Quadratmeter anbietet, abzulehnen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Theresien-Kreuzer-Vereines um Subvention und beantragt, demselben eine solche in der Höhe von je 100 fl. für die Schuljahre 1891/92 und 1892/93, zahlbar zu Beginn des betreffenden Schuljahres, zu bewilligen.

(Angenommen.)

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über eine bei der Herstellung einer Ehrengruft für den Grafen Vincenz Morzin am Central-Friedhofe eingetretene Kosten-Überschreitung und beantragt, diese gegenüber den ursprünglich bewilligten Kosten per 400 fl. eingetretene Überschreitung im Betrage von 83 fl. 80 kr. zu genehmigen und sowohl diesen Betrag als die Kostensumme per 400 fl. auf den Reservefond zu verweisen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Verkauf des Gitters bei der ehemaligen Gruft des Grafen Vincenz Morzin am Central-Friedhofe und beantragt, es sei die Verwaltung des Central-Friedhofes zu ermächtigen, der Partei, welche die obgenannte einfache Gruft erwirbt, auch das Gruftgitter gegen Erlag von 85 fl. zu überlassen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Ausg.-Rubr. III 14 „Belohnungen für außergewöhnliche Dienstleistungen" und beantragt, pro 1891 einen solchen in der Höhe von 1210 fl. 90 kr. zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bemessung der Bezüge des Bademeisters im städt. Volksbade in der Mondscheingasse, VII. Bezirk, Franz Sengelin, während seiner Erkrankung.

Referent beantragt, die Auszahlung eines täglichen Lohnes von 1 fl. an den Genannten für die muthmaßliche Dauer seiner Krankheit, d. i. auf die Dauer von drei Monaten vom 11. d. Mts. an unter gleichzeitiger Belassung des Quartiergeldes und Aufrechthaltung des jetzt zwischen Sengelin und der Gemeinde Wien bestehenden Dienstverhältnisses zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Statthalterei-Erlass vom 18. Jänner 1892, Z. 840, betreffend die von dem Hauseigenthümer Josef Polzer letztwillig angeordneten Graberhaltungsstiftung für seine Gruft im Orts-Friedhofe von Grinzing.

Referent beantragt, diesen Erlass, nach welchem gemäß dem Willen des Stifters die Pfarre Grinzing die Verwahrung des Capitales und die Persolvierung der Stiftung zu besorgen hat, lediglich zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die von Emma Bayer durch Dr. F. Eberle zur Erhaltung und Ausschmückung der einfachen Gruft, Gruppe 29, Reihe 2, Nr. 8 am Wiener Central-Friedhofe angebotene Widmung eines Capitales von 450 fl. Silberrente und beantragt die Annahme dieser Widmung. (Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über das Ansuchen der Wiener Tramway-Gesellschaft um Auszahlung der ihr gemäß Art. 5 des Nachtrags-Übereinkommens vom 4. Mai 1887 zukommenden Pauschalbeträge von zusammen 550.000 fl. für den Bau der Tramwaylinie in der Burggasse und Gumpendorferstraße und über die Eingabe des Ausschusses des VII. Gemeindebezirkes, betreffend die Durchführung der Regulierung der Kirchengasse zwischen der Burg- und Neustiftgasse.

Referent stellt folgende Anträge:

1. Der Betrag von 150.000 fl., jedoch ohne Verzugszinsen, für die Straßengrundabtretung in der Gumpendorferstraße sei auszubezahlen.

2. Das Begehren um Auszahlung des Betrages von 400.000 fl. für die Regulierung der Burggasse sei derzeit abzulehnen, da die Wiener Tramway-Gesellschaft die Verpflichtung zur Einlösung und Demolierung der Häuser Nr. 30 und 32 in der Burggasse nicht erfüllt hat.

St.-R. Müller beantragt die Ausbezahlung der letztgenannten 400.000 fl., da die Gesellschaft ihre Verpflichtungen erfüllt habe.

St.-R. Schlechter beantragt, bezüglich der Linie „Gumpendorferstraße" vorerst im kurzen Wege Folgendes zu erheben:

a) Ob bei der Demolierung und dem Umbaue des Hauses Or.-Nr. 50 Gumpendorferstraße die Tramway-Gesellschaft oder die Gemeinde Wien die Grundeinlösung gezahlt hat;

b) ob bei der Regulierung des sogenannten „Hahnlberges" die nach dem Nachtrags-Übereinkommen auf die Wiener Tramway-Gesellschaft entfallenden Kosten vollständig berichtigt sind, beziehungsweise von der Gesellschaft getragen wurden;

c) ob nach ertheilter Baubewilligung bei beiden in Rede stehenden Linien der Bau innerhalb der Frist von drei Monaten in Angriff genommen wurde, oder ob der Tramway-Gesellschaft irgend ein Verschulden an der eingetretenen Verzögerung zur Last fällt.

Bei der Abstimmung wird zunächst der Act bezüglich der Linie „Gumpendorferstraße" (bis zur Beantwortung der vom St.-R. Schlechter gestellten Fragen) zurückgezogen.

Der Antrag des St.-R. Müller auf Ausbezahlung der 400.000 fl. für die Burggasse-Linie wird mit Majorität abgelehnt, der Referenten-Antrag sub 2 mit Majorität angenommen.

St.-R. Schneiderhan referiert über das Offert des Josef Hartl auf Ankauf der Baustelle III, Cat.-Parc. $\frac{373}{4}$, Einl.-Z. 1096, am ehemaligen Friedhofsgrunde in Unter-Meidling (Eckbaustelle in der Louisen- und Josefigasse) im Ausmaße von 117 □° = 421 m² um den Preis von 6 fl. per m².

Referent beantragt, das vorliegende Anbot abzulehnen, dem Offerenten jedoch den in Rede stehenden Platz um den eventuell aufgebesserten Preis von 7 fl. 80 kr. per m² käuflich zu überlassen.

St.-R. Dr. v. Billing beantragt, das Anbot des Josef Hartl einfach abzulehnen.

St.-R. Schlechter beantragt, einen Preis von 8 fl. 50 kr. per m² zu bestimmen.

Bei der Abstimmung wird sowohl dieser Antrag als jener des Referenten auf käufliche Überlassung der fraglichen Baustelle um 7 fl. 80 kr. per m² abgelehnt, und der Antrag des St.-R. Dr. v. Billing auf einfache Ablehnung des Anbotes angenommen;

— **derselbe** referiert über das Anbot des Realitätenbesitzers Karl Linsenmeyer auf käufliche Erwerbung des Baugrundes Einl.-Z. 1087, Cat.-Parc. $\frac{223}{6}$, in Unter-Meidling (an der Kreuzung der Josefi- und Louisengasse) im Ausmaße von 870·40 m².

Referent beantragt, dieses Anbot zu genehmigen, und dem Karl Linsenmeyer den in Rede stehenden Grund um den Preis von 7 fl. 80 kr. per m² gegen dem käuflich zu überlassen, dass derselbe das gegenwärtig mit dem Holzhändler Hirsch Tryns bestehende Bestandverhältnis in seinem vollen Umfange übernimmt. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Wenzl, III., Beatrixgasse Nr. 19 A, um Bekanntgabe der Schadloshaltung für den bei seinem eventuellen Umbaue des Hauses III., Beatrixgasse Nr. 21, abzutretenden Grund noch vor dem Umbaue des Hauses.

Referent beantragt, dem Antrage des Magistrates auf Vornahme der Schätzung gemäß § 12, Absatz 2 der Bauordnung für Wien zuzustimmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites pro 1891 zur Ausg.-Rubr. XXII 5 b „Sonstige Auslagen für die Straßensäuberung" und beantragt, einen Zuschusscredit von 705 fl. 17 kr. zu bewilligen. (Angenommen.)

St.-R. Dr. v. Billing referiert über das Offert der Marie Trubel auf Ankauf einer Baustelle im VII. Bezirke, Ecke der Kirchberggasse und Burggasse.

Referent beantragt, in theilweiser Abänderung des Stadtrath-Beschlusses vom 28. December 1891, Z. 3983, gemäß welchem behufs Genehmigung des Ankaufes dieser und der angrenzenden Baustelle ein Landesgesetz zu erwirken ist, zu beschließen, als Einheitspreis für den m² der zu verkaufenden Grundflächen und zwar nach dem vorgelegten Plane für die Grundfläche a b c d e f g a einen Minimal-

betrag von 95 fl. und für die Grundfläche f g h i f einen solchen von 80 fl. festzusetzen.

St.-R. Baugoin beantragt, für die erstgenannte Grundfläche einen Minimalbetrag von 100 fl. per m^2 festzusetzen.

Der Referent accomodiert sich diesem Antrage.

Es wird sohin der Referenten-Antrag mit dieser Modification angenommen.

Hierüber ist dem Gemeinderathe zu berichten.

— **Derselbe** referiert über die Gewährung eines Kostgeldes für die Nachmittagsfrequenz in der Militärtaxabtheilung des Conscriptionsamtes.

Referent beantragt zu genehmigen, dass

1. 14 Subalternbeamten des Conscriptionsamtes für die während 100 Tagen (als Maximum) erforderliche Nachmittagsfrequenz das übliche Kostgeld von täglich 84 kr. bezahlt werden dürfe;

2. dass der mit der Leitung und Überwachung der diesfälligen Arbeiten betraute Oberbeamte des Conscriptionsamtes für diese außergewöhnliche Dienstleistung während 100 Tagen, gleich den Oberbeamten im Steuer- und Wahlcataster, durch Gewährung eines Kostgeldes von täglich 1 fl. 20 kr. entschädigt werden dürfe;

3. dass die mit 1296 fl. veranschlagten Auslagen, für welche in dem Präliminarentwurfe pro 1892 bei der Ausg.-Rubrik XLVII 2 „Sonstige Auslagen in Conscriptionsangelegenheiten" nicht vorgesorgt ist, auf den Reservefond pro 1892 überwiesen werden dürfen.

(Angenommen.)

St.-R. Dr. Vogler referiert über die Note der k. k. Polizei-Direction in Wien vom 3. März 1892, Z. 19392, L.-W. und V.-A., betreffend die Kundmachung puncto Verbotes des Befahrens der Tramwayschienen durch andere Fuhrwerke, und über die an den Gemeinderath gerichtete Petition der Genossenschafts-Vorstehungen der Fiaker, der Einspänner, der Stadt- und Land-Lohnkutscher, der Omnibus-Inhaber, der Großfuhrleute und der Kleinfuhrwerksbesitzer um beschleunigte Veranlassung der Sistierung und Aufhebung des obgedachten Verbotes.

Referent beantragt: Es sei gegen den Statthalterei-Erlass vom 27. Februar 1892, Z. 12441, auf Grund welches die obgenannte Kundmachung erlassen wurde, eine Vorstellung an die Statthalterei, eventuell ein Recurs an das Ministerium des Innern zu ergreifen und hiebei außer der im vorgelegten Magistrats-Referate berührten Competenzfrage auch die meritorische Frage zu streifen, ob im Hinblicke auf die Zweckbestimmung der Straßen (Gemeingebrauch) ein solches Verbot überhaupt zulässig sei und ob nicht in dem Erlasse ein Eingriff der Staatsbehörden in das Verfügungsrecht der Gemeinde über die Straßen gelegen sei.

Hiebei sei der Magistrat insbesonders auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 12. Juni 1885, Z. 1619, betreffend das Eigenthum der Gemeinde an den Gemeindestraßen, den gemeinen Gebrauch dieser Straßen ꝛc. aufmerksam zu machen.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt, es sei bei der Verfassung des Recurses festzuhalten:

a) Dass das Recht der Gemeinde auf die Verfügung über die Straßen durch den in Rede stehenden Statthalterei-Erlass tangiert sei; daher Verweisung auf die citierte Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes;

b) dass es dem Ermessen des Magistrates überlassen bleiben müsse, ob eine derartige Verordnung zu erlassen sei oder nicht.

Der Referent modificiert seinen Antrag dahin, dass die meritorische Frage ausführlich zu erörtern sei, ob nicht ein Eingriff der Staatsbehörde in das Verfügungsrecht der Gemeinde über die Straßen vorliege und dass auch die Frage zu streifen sei, ob im Hinblicke auf die Zweckbestimmung der Straßen ein derart umfassendes Verbot überhaupt zulässig sei.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter beantragt, in den Recurs auch das Begehren um Sistierung der Verordnung aufzunehmen.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag mit dem Zusatz-Antrage des Vice-Bürgermeisters Dr. Richter angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Einstellung eines Betrages in das Budget pro 1892 für die durch den Turnunterricht und die Beaufsichtigung desselben auflaufenden Auslagen. (Bezirksschulraths-Erlass vom 20. Jänner 1892, Z. 11894.)

Die Berathung dieses in der Stadtraths-Sitzung vom 4. d. M. vertagten Referates wird fortgesetzt.

Referent empfiehlt neuerlich die Annahme seiner Anträge, welche lauten:

1. Die durch den Turnunterricht und die Beaufsichtigung desselben für Remunerierung von Überstunden im Jahre 1892 auflaufende Auslage von rund 50.000 fl. wird genehmigt und in das Budget pro 1892 eingestellt;

2. der Magistrat wird beauftragt, bei Gelegenheit der Antragstellung bezüglich des für das nächste Jahr 1893 einzustellenden Betrages für die Kosten der Turnaufsicht darüber zu berichten, wie sich die vom löblichen Bezirksschulrathe unterm 20. Jänner 1892 gefassten grundsätzlichen Beschlüsse in der Praxis bewährt haben.

St.-R. Schlechter beantragt, im Punkt 1 dieser Anträge die Worte „durch den . . . ." bis „Beaufsichtigung desselben" auszulassen und den Punkt 2 der Anträge des St.-R. Noske vom 4. d. M. zum Beschlusse zu erheben.

Bürgermeister Dr. Prix beantragt, auch den Punkt 2 der Referenten-Anträge entsprechend dem Punkte 1 zu ändern.

Der Referent conformiert sich ad Punkt 1 dem Antrage Schlechter.

Es werden sohin die Referenten-Anträge 1 und 2 mit dieser Modification, demnach in folgender Fassung:

„1. Die Auslage für Remunerierung von Überstunden im Jahre 1892 im Betrage von rund 50.000 fl. wird genehmigt und in das Budget pro 1892 eingestellt;

2. der Magistrat wird beauftragt, bei Gelegenheit der Antragstellung bezüglich des für das nächste Jahr 1893 einzustellenden Betrages für die Remunerierung der Überstunden und die Kosten der Turnaufsicht darüber zu berichten, wie sich die vom löblichen Bezirksschulrathe unterm 20. Jänner 1892 gefassten grundsätzlichen Beschlüsse in der Praxis bewährt haben . . . ." (angenommen).

Der Antrag des St.-R. Noske:

1. Der Magistrat wird beauftragt, einen Ausweis vorzulegen, aus welchem ersichtlich ist, wie viele Lehrer an den einzelnen Schulen nicht so viele Unterrichtsstunden wöchentlich ertheilen, als ihre gesetzliche Lehrverpflichtung beträgt und wie viele Lehrer etwa an derselben Schule infolge der Zuweisung der Turnaufsicht Überstunden genießen

(wird abgelehnt).

Der weitere Antrag des St.-R. Noske:

2. Es sei gegen den Erlass des Bezirksschulrathes im gesetzlichen Instanzenzuge Beschwerde zu ergreifen von dem Gesichtspunkte aus, dass das Gesetz vom 27. December 1891 über die Regelung der Lehrerbezüge zweifellos nicht als ein Gesetz anzusehen ist, welches bestimmt ist, grundsätzlich die Regelung der Turnaufsicht dem Bezirksschulrathe zu überweisen (angenommen).

Der weitere Antrag des St.-R. Noske:

3. Es sei an den Landtag sofort eine Petition des Inhaltes zu richten, dass in Ausführung des § 6 des Gesetzes vom 27. December 1892 ein die Turnaufsicht regelndes Landesgesetz erlassen werden möge (wird abgelehnt).

Während dieses Referates wurde dem als Experten beigezogenen Magistratsrathe Preyer wiederholt zur Auskunft das Wort ertheilt.

Die Sitzung wird geschlossen.

Allgemeine Nachrichten.

Approvisionierung.

(Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 13. bis 19. März 1892.)

1. Fleischsendungen:

a) für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	248.106 Kg.	(Davon aus Nieder-Österreich — 159.962; aus Ober-Österreich — 2.925; aus Mähren — 21.181; aus Galizien — 43.239; aus Ungarn — 20.655; aus Croatien — 144 Kg.)
Kalbfleisch	30.931 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 5.082; aus Mähren — 22; aus Galizien — 25.694; aus Ungarn — 133 Kg.)
Schaffleisch	1.692 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 465; aus Galizien — 1.065; aus Ungarn — 162 Kg.)
Schweinfleisch	38.052 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 30.194; aus Steiermark — 186; aus Böhmen — 694; aus Mähren — 498; aus Galizien — 4.126; aus Ungarn — 2.354 Kg.)
Kälber	1.630 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 27; aus Mähren — 31; aus Galizien — 1.552; aus Ungarn — 20 St.)
Schafe	241 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 146; aus Mähren — 1; aus Galizien — 20; aus Ungarn 74 St.)
Schweine	1.761 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 72; aus Mähren — 14; aus Galizien 1.634; aus Ungarn 41 St.)
Lämmer	441 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 93; aus Galizien — 40; aus Ungarn — 308 St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch	4.854 Kg.	Kälber	50 Stück
Kalbfleisch	413 „	Schafe	7 „
Schaffleisch	— „	Schweine	— „
Schweinfleisch	460 „	Lämmer	144 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	von	34	bis	100	kr. per Kg.
Kalbfleisch	„	28	„	70	„ „ „
Schaffleisch	„	30	„	56	„ „ „
Schweinfleisch	„	44	„	76	„ „ „
Kälber	„	32	„	62	„ „ „
Schafe	„	30	„	46	„ „ „
Schweine	„	44	„	58	„ „ „
Lämmer	2 fl.	bis	5 fl.	50 kr.	per Stück

Die Zufuhr an Fleischwaren war etwas stärker als in der Vorwoche. Die Kauflust während dieser Woche war gering und entwickelte sich erst am Samstag ein regerer Marktverkehr. Es mussten bei der großen Menge ersparter Waren von den Verkäufern Preisnachlässe im allgemeinen namentlich für galizische Waren gewährt werden und wurden zum Wochenschlusse Kälber und Kalbfleisch um 4 bis 8 kr., Schweine und Schweinfleisch um 2 bis 4 kr. per Kilogramm billiger abgegeben.

* * *

(Pferdemarkt vom 18. März 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 393 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 90—320 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 25—85 fl. per Stück.

Der Markt war sehr lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 13. bis 19. März 1892:

(Geschlachtet wurden 386 Pferde.)

Vorderes Pferdefleisch	1 Kg.	20—36 kr.
Hinteres „	1 „	24—44 „
Lungen- und Rostbraten	1 „	30—44 „
Selchfleisch	1 „	36—40 „
Extrawürste	1 „	30—44 „
Dürre Würste	1 „	32—56 „
Rohes Fett	1 „	36—60 „
Geschmolzenes Fett	1 „	40—80 „
Schweifhaare	1 Schweif	25—100 „
Knochen	100 Kg.	fl. 2.——3.—
Häute	per St.	„ 4.——7.50

vom Pferde

* * *

(Schlachtviehmarkt vom 21. März 1892.)

1. Auftrieb.

Mastvieh — 3715, Weidevieh —.—, Beinlvieh — 496.

Summa . 4211.

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere	2212
Galizische „	468
Deutsche „	1494
Büffel „	37

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3425
Stiere	344
Kühe	442

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **mit** Procentabzug:

Ungarische Schlachtthiere	von	52	bis	62½	fl.
(extrem	„	63	„	65	„)
Galizische Schlachtthiere	„	52	bis	60	„
(extrem	„	61	„	63	„)
Deutsche Schlachtthiere	„	54	„	63	„
(extrem	„	64	„	65	„)
Stiere	„	—	„	—	„
Kühe	„	—	„	—	„
Büffel	„	—	„	—	„
Beinlvieh	„	—	„	—	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 36 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:

a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc. zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

Ochsen . .	von	23	bis	32½ fl.
Stiere . .	„	25	„	35 „
Kühe . .	„	24	„	33 „
Büffel . .	„	21	„	28 „
Beinlvieh .	„	—	„	— „

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 34 bis 108 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Rinder angekauft.

Unverkauft blieben:

Ochsen . . . . . 90 Stück.
Beinlvieh . . . . 8 „

Bei einem um 810 Stück Rinder vermehrten Auftriebe war die Kauflust flau, und wurden sehr gute Qualitäten um 1 fl. und die übrigen Sorten um 1 bis 2 fl. per 100 Kilo billiger verkauft.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 19. März 1892.

a) Getreide.

Weizen (Qualitätsgewicht 74—80 Kg.) . .	von	10	fl.	10	kr.	bis	11	fl. — kr.	per 100 Kg.
Roggen („ 68—73 „) . .	„	9	„	50	„	„	10	„ 10 „	
Gerste	„	6	„	25	„	„	8	„ 50 „	
Mais	„	5	„	80	„	„	7	„ 10 „	
Hafer	„	6	„	25	„	„	7	„ — „	

b) Mahlproducte.

Gries	von	17	fl.	—	kr.	bis	18	fl. 50 kr.	per 100 Kg.
Weizenmehl	„	9	„	—	„	„	18	„ 25 „	
Roggenmehl	„	12	„	25	„	„	16	„ 75 „	
Weizenkleie	„	4	„	70	„	„	4	„ 85 „	
Roggenkleie	„	5	„	25	„	„	5	„ 35 „	

Städtisches Lagerhaus.

10. März bis 17. März 1892:

Waren eingelagert . . . . . 25.767 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 33.416 „
Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf . . . . . 9.864 Meter-Centner.

Lagerstand vom 17. März 1892: 301.831 Meter-Centner, und zwar:

73.959	Meter-Centner	Weizen,	39.337	Meter-Centner	Roggen,
57.924	„	Gerste,	21.199	„	Hafer,
10.158	„	Mais,	14.299	„	Ölsaaten,
18.150	„	Mehl u. Kleie,	9.050	„	Wein,
4.792	„	Zucker,	601	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,704.290 fl. öst. Währ.

Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 10. März 1892.

(Fortsetzung.)

Reiner Moriz — Kleidermacher — II., Mathildengasse 2.
Weidinger Johann — Kleidermacher — II., Obere Donaustraße 5.
Geiringer Josef — *Lederausschneiderei*, Verkauf von Schuhobertheilen und Schuhmacherzugehör — XII., Unter-Meidling, Kriechbaumgasse 12.
Bojnitzer Samuel — Commissions-Verschleiß von Manufacturwaren — II., Rothen-Sterngasse 31.
Juder Johann — Mechaniker — X., Leebgasse 58.
Reimer Josef — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Burggasse 6.
Friedl Bertha — Mieder-Erzeugung — XVII., Hernals, Hauptstraße 8.
Hauer Josefa — Milch-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Pfarrgasse 3.
Klimesch Josef — Milch- und Gebäck Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Miesbachgasse 34.
Mittasch Josefa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Wolfganggasse 26.
Reid Theresia — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XII, Unter-Meidling, Johannesgasse 41.
Rausch Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Währingerstraße 63.
Wieland Michael — Milchmeierei und Milch-Verschleiß — X., Rothenhofg. 8.
Gründl Franz — Musiker — XII., Unter-Meidling, Hauptstraße 7.
Kaiser Rudolf — Privat-Musikschule — VII., Zieglergasse 29, VIII., Albertplatz 3.
Weißberger Adolf — Handel mit ätherischen Ölen, Essenzen, Rum und Cognac — XVII., Hernals, Stiftgasse 82.
Kuzma Amalia — Verschleiß von Papier, Kurzwaren, Schreib- und Zeichnenrequisiten — VI., Sonnenuhrgasse 2.
Herz Adele — Pfaidlerin — I., Domgasse 1.
Lubinger Nessje — Pfaidlerin — IX., Sechsschimmelgasse 16.
Oberst Magdalena — Pfaidlergewerbe — XVIII., Gersthof, Neuwaldeggerstraße 28.
Antscherl Adolf — Posamentierer — XV., Fünfhaus, Zinkgasse 22.
Bendel Mathias — Verschleiß von Rohrdecken — V., Centralmarkt bei der Matzleinsdorferlinie.
Schaaf Auguste — Mechanische Schießstätte, Ballenwurf, Kraftprobemaschine — k. k. Prater 66.
Schuppich August — Schilder- und Schriftenmaler — XII., Unter-Meidling, Rudolfsgasse 28.
Kulhavy Franz — Schlosserei — XII., Unter-Meidling, Rosaliagasse 17.
Goldsand Gitel — Verschleiß von neuen Schuhen — II., Wallensteinstr. 18.
Nagy Friedrich — Schuhmacher — V., Kettenbrückengasse 3.
Petelen Anton — Sodawasser- und Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — I., Franz Josefs-Quai.
Soffer Moriz — Stadtträger — II., Karmeliterplatz.
Sedina Adolf — Mechanische Strickerei — X., Puchsbaumgasse 50.
Bartoschek Anton — Victualienhandel — XVII., Hernals, Dornerplatz, Markthütte.
Deuches Samuel — Victualienhandel — XII., Unter-Meidling, Marktplatz.
König Marie — Victualienhandel — XII., Unter-Meidling, Breitenfurtherstraße 5.
Solik Katharina — Victualienhandel — XI., Simmering, Feldgasse, vor dem Thore der Staatsbahnwerkstätte.
Nawratil Johann — Vogelhändler — XVIII., Währing, Martinsstraße 79.
Kunzmann Josef — Zeitungs-Verschleiß — III., Pragerstraße 9.
Riccardini Johann Marie — Zuckerbäckergewerbe — XVII., Hernals, Josefigasse 20.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 11. März 1892.

Kohn Oscar, Dr. — Advocatie — IX., Universitätsstraße 4.
Bernstein geb. Schöngut Resi vulgo Regina — Brantweinschank — XVI., Ottakring, Elisabethgasse 12.
Kraus Max — Brantweinschank — II., Fugbachgasse 2.
Fürnstratt Franz — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — IX., Prechtlgasse 7.
Mitterhofer Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — I., Wallnerstraße 11.
Mandelik Ignaz — Bronzewaren-Erzeugung — XVIII., Währing, Kirchengasse 12.
Kuzera Barbara — Feinputzerei — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 137.
Artel Karoline — Fleischselchwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Annag. 17.
Schön Franz — Fragner — V., Siebenbrunnengasse 69.
Jakob Josef — Gastgewerbe — XIII., Penzing, Poststraße 145.
Bintinger Therese — Geflügelhandel — XII., Ober-Meidling, Schönbrunner Hauptstraße 158.
Hlavsa Josefa — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Unter-Meidling, Matzleinsdorferstraße 22.
Kleni geb. Holländer Erwina — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Castellezgasse 4.
Kleppner Leon — Gemischtwaren-Verschleiß — IX., Schlickgasse 6.
Liegler Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Heiligenstadt, Barawitzkagasse 7.
Strobl Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Speising, Mayerhofgasse 106.
Schaschek Josefa — Geschirr-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 60.
Zamastil Mathilde — Hut-Verschleiß — VIII., Lerchenfelderstraße 150.
Jäckel Leopoldine — Kaffeeschankgewerbe — X., Buchengasse 52.
Ruzek geb. May Katharina — Kaffeesiedergewerbe — I., Wallfischgasse 13.
Windpassinger Franz — Kammacher — XII., Unter-Meidling, Josefigasse 6.
Ongari Mansueto — Karrenschleifer — VI., vor dem Hause Nr. 29 Magdalenenstraße.
Skudil Franz — Kleidermacher — XIV., Rudolfsheim, Arnsteingasse 7.
Marik Johann — Lederzurichterei — XII., Unter-Meidling, Johannesgasse 37.
Ableidinger Vincenz — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Ottakring, Payergasse 13.

Albert Christof — Mehl- und Gries-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 51.
Müller Johann — Mehl- und Gries-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 81.
Schneider Marie — Mehl- und Gries-Verschleiß — VIII., Piaristengasse 31.
Martin Helene — Verschleiß von Mieder — II., Kaiser Josefstraße 35.
Jednuschka Marie — Milch-Verschleiß — VII., Döblergasse 8.
Mayer Rosa — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hasnerstraße 40.
Matuschka Heinrich — Musik-Privat-Unterricht — X., Erlachgasse 75.
Eberle Elise — Betrieb des Pfandleihgewerbes und der Vermittlung des Versetzens und Auslösens von Pfändern — IX., Waisenhausgasse 13.
Platzer Josefa — Verschleiß von Pferdefleisch — XIX., Ober-Döbling, Pantzergasse 4.
Eisner Karl — Schuhobertheil-Erzeugung — XVI., Neulerchenfeld, Kirchstetterngasse 17.
Mayer Marie — Spirituosenhandel — XVIII., Währing, Gürtelstraße 23.
Thill Andreas — Stadtträger — I., Petersplatz, Hôtel Wandl.
Silberstein Moses Leib Samuel — Taschnergewerbe — II., Rembrandtstr. 30.
Apfelbaum Moriz — Uhrmacher — II., Taborstraße 28.
Ruß Theresia — Wag- und Gewichtemacherin — VI., Mariahilferstraße 49.
Gunther Barbara — Wäscherin — V., Koflergasse 18.
Brücklmayer Marie — Wein-, Bier- und Brantweinschank, dann Auskocherei — XIII., Penzing, Poststraße 145.
Gregario de Albert — Agentur mit Woll- und Filz-Manufactur — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner-Hauptstraße 121.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 12. März 1892.

Kundert Karl — Bier- und Wein-Verschleiß — X., Erlachplatz 7.
Horowitz Klara (Gaje) Gitel — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — II., Staudingergasse 5.
Pohl Georg — Cantinenbetrieb — IV., Weyringergasse 40.
Arnold Ignaz — Deichgräber — XVIII., Gersthof, Feldgasse 48.
Opitz Augustin — Drechslergewerbe — X., Alxingergasse 14.
Heger Veronika — Fiakergewerbe — I., Heßgasse.
Zoderberg Barbara — Fisch-Verschleiß — XVIII., Währing, Markt, Kirchengasse.
Czerwenka Adalbert — Fleischhauer — XVIII., Währing, Marktplatz, Hütte 5.
Hatzl Michael — Fleischhauer und Selchwaren-Verschleißer — XVIII., Währing, Sternwartestraße 8.
Binder Josef — Friseur — I., Wollzeile 35.
Schober Theresia — Fragnergewerbe — X., Rothenhofgasse 27.
Glammer Karl — Fruchtsaft-Erzeugung — X., Laxenburgerstraße 54.
Operer Moriz — Gastwirt — II., Obere Donaustraße 89.
Reitmeyer Marie — Gastwirtin — IX., Alserbachstraße 2.
Janek Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XI., Simmering, Hauptstraße 31.
Seifert Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Davidgasse 20.
Stoß Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Leibnitzgasse 16.
Steiner Johann — Glasmalerei auf kaltem Wege — II., Theresiengasse 1.
Katz Israel — Handelsagentie — II., Herminengasse 10.
Broinger Johann — Holz- und Kohlenhandel — XVIII., Währing, Gürtelstraße 56.
Kühmaier Anna — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XVIII., Währing, Andreasgasse 1.
Hellmann Ludmilla — Kaffeeschank mit Billard — II., Glockengasse 15.
Spitzer Christine — Kaffeesiederin — I., Kohlmessergasse 7.
Cihák Franz — Herrenkleidermacher — II., Scholzgasse 11.
Eichler Josef — Kleidermacher — XVIII., Währing, Mitterberggasse 21.
Krammer Leopoldine — Marktvictualien-Verschleiß — X., Eugenplatz.
Reich Barbara — Marktvictualienhandel — II., Karmelitermarkt.
Erhart Johann — Miedermacher — XVIII., Währing, Anastasius-Grüngasse 10.
Bichl Magdalena — Milch-Verschleiß — XVIII., Währing, Schulgasse 60.
Czizek Karl — Musikergewerbe — XVIII., Währing, Theresiengasse 43.
Dubsky Friederike — Pfaidlergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Reindorfgasse 20.
Frommer Siegmund — Pfaidlergewerbe — II., Große Stadtgutgasse 17.
Rauer Richard — Pfaidlergewerbe — X., Erlachgasse 66.
Böhm Anna — Pferdefleisch-Verschleiß — XVIII., Währing, Martinsstraße 11.
Heller Moriz — Provisionsagent — IX., Brünnlbadgasse 8.
Singer Armin — Provisionsagent — II., Frucht- und Mehlbörse.
Suchanek Franz — Rauchfangkehrer — II., Josefinengasse 3.
Fischer Veronika — Selchwaren-Verschleiß — II., Ennsgasse 20.
Graf Michael — Handel mit Schusterpapp — XVII., Hernals, Sterngasse 56.
Birn, geb. Kreß Charlotte — Stickerin — I., Graben 29.
Heigel Karl — Uhrmacher — X., Keplerplatz 1.
Friedrich Thekla — Victualien-Verschleiß — X., Quellengasse 87.
Gaßner Marie — Victualien-Verschleiß — XVIII., Währing, Markt, Kirchengasse.
Wirth Josef — Erzeugung von Waschglanzextract und Waschglanzpasta — II., Taborstraße 36.
Hawel Marie — Wäscheputzerin — VII., Kirchengasse 39.
Lemberger Friedrich — Verschleiß von neuen Wohnungseinrichtungs-Gegenständen — I., Singerstraße 6.
Weiser Alois — Woll-Adjustierer — II., Treustraße 30.
Ballon Ignaz — Zimmermaler — II., Miesbachgasse 11.
Nowak Anton — Zimmermaler — V., Hundsthurmerstraße 1.
Ethofer Pauline — Zuckerwaren-Verschleiß — VII., Siebensterngasse 54.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 14. März 1892.

Kandler Georg — Handel mit Baumaterialien — XII., Unter-Meidling, Wilhelmstraße 64.
Batsch Michael — Kaffeesiedergewerbe — VII., Westbahnstraße 25.
Zang Josef — Feigenkaffeebrennerei (Erzeugung) — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 5.
Gruber Leopoldine — Fleischhauerin — XVIII., Währing, Markt, Kreutzg.
Prochaska Franz — Fleisch-Verschleiß — XVII., Hernals, Dornerplatz, Markthütte Nr. 6.
Tinter Elisabeth — Fleisch-Verschleiß — XVIII., Währing, Schulgasse 10.
Weber Anna — Fleischselchwaren-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Thaliastraße 9.
Richter Ludwig — Fiakergewerbe — I., Maximilianstraße.
Czernotsky Josef — Gastwirt — IX., Gürtelstraße 22.
Fischl Josef, Fischl Ignaz, Fischl Siegmund — Gerbereiwarenhandel — II., Große Mohrengasse 25.
Lojda Martin — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Favoritenstraße 14.
Mersing August — Holz-Commissionshandel — I., Giselastraße 5.
Gintyllo Camilla — Kleidermacherin — XVIII., Währing, Hauptstr. 28.
Zang Josef — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 5.
Nürnberger Anton — Verschleiß von Metall-, Sattler- und Riemerwaren — I., Führichgasse 12.
Sowa Karoline — Milch- und Brot-Verschleiß — X., Dampfgasse 26.
Suljok Julie — Milch-Verschleiß — XVI., Ottakring, Yppengasse 6.
Stern Albert — Ein- und Verkauf von Obst, Gemüse, Südfrüchten und Fischen — I., Nibelungengasse 8.
Nemetschek Marie — Parfumeriewaren-Verschleiß — I., Graben 29.
Spuller Charlotte — Pfaidlerin — VI., Kanalgasse 6.
Bauermeister Ida — Selchwaren-Verschleiß — I., Postgasse 18.
Kment Johann — Schuhmachergewerbe — XVIII., Währing, Gürtelstraße 61.
Karner Johann Alois — Stadtträger — I., Kärnthnerstraße, Ecke der Friedrichstraße.
Stein Julie — Trödlerin — V., Matzleinsdorferstraße 27.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 15. März 1892.

Stumpf Hermann — Bäckergewerbe — XIII., Hietzing, Am Platz 3.
Schmidt Karl Albert — Bildhauer — V., Gießaufgasse 21.
Neubauer Andreas — Bindergewerbe — XIX., Ober-Döbling, Hirschengasse 46.
Drahorad Emerich — Bronzewaren-Erzeugung — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 36.
Rappl Anton — Bürstenmachergewerbe — XIV., Rudolfsheim, Schweglerstraße 12.
Philipp Karl — Cartonnagewaren-Erzeugung — XV., Fünfhaus, Robert Hamerlinggasse 23.
Haider Anton — Einspänner — XVIII., Währing, Feldgasse, Ecke der Anastasius Grüngasse.
Limko Marie — Einspännergewerbe — IX., Berggasse.
Neudorfer Josef — Einspännergewerbe — XIX., Döbling, Ecke der Hauptstraße und Alleegasse.
Hirnschal Eduard — Fassbinder — XVIII., Währing, Annagasse 48.
Ring Jakob — Fleisch-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Hauptstraße 33.
Malek Alois — Verschleiß von Fourage-Artikeln — II., Freudenau 555.
Behnert Robert — Gastwirt — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 51.
Dr. Mathoy Robert für die Verlassenschaft der verstorbenen Elisabeth Eckert — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Ober-Döbling, Nussdorferstraße 57.
Schmidt Georg — Gastwirtsgewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 29.
Fellinger Leopold — Gemischtwaren-Verschleiß — XIX., Kahlenbergerdorf 23.
Hottner Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Trappelgasse 3.
Müller Hermann — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 68.
Niedermaier Elisabeth — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Schikanedergasse 1.
Schmidt Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Währingergasse 17.
Traidbauer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Neustift a. W. 10.
Wüstinger Konrad — Gemischtwaren-Verschleiß — XIII., Breitensee, Antonsgasse 39.
Moje Josef — Handel mit Gold- und Silberwaren — XIX., Nussdorf, Hauptstraße 47.

Sturm Anna — Grünzeug-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Marktplatz.
Wels Michael Franz — Handschuhmacher — XVII., Hernals, Kastnergasse 26.
Czerny Therese — Hausierhandel mit Victualien — II., Wallensteinstraße 35.
Witousch Amalie — Kaffeesiederin — IX., Berggasse 23.
Kuda Eberhard — Clavierbestandtheile-Erzeugung — IV., Weyringergasse 31.
Mayerle Marie — Kleidermacherin — XV., Fünfhaus, Goldschlagstraße 39.
Hochapfel Karl — Kleinfuhrmann — XVIII., Gersthof, Neuwaldeggerstraße 69.
Rößler Johann — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 182.
Clauer, Freiherr v., Dr. Guido — Mörtel- und Beton-Erzeugung — IV., Taubstummengasse 6.
Kadleč Karl — Mundharmonikamacher — XIV., Rudolfsheim, Huglgasse 20.
Schmidt Rosalia — Pferdefleisch-Verschleiß — XVIII., Währing, Weinberggasse 12.
Vesely Josef — Posamentier — XV., Fünfhaus, Märzstraße 11.
Dattivek Johann — Schuhmacher — VI., Hirschengasse 12.
Duda Anton — Schuhmachergewerbe — IX., Liechtensteinstraße 147.
Kichler Leopold — Verschleiß von Schulheften, Fleißzetteln, Preislisten ꝛc. — XIII., Breitensee, Hauptstraße 15.
Chlaupek Johann — Strumpfwirker — XV., Fünfhaus, Österleingasse 8.
Weingast Severin — Tischlergewerbe — XVIII., Währing, Antonigasse 92.
Winkler Jakob — Trödler — VII., Lerchenfelderstraße 65.
Nowak Vincenz — Victualienhandel — IV., Kärnthnerthormarkt.
Rienößl Theresia — Victualienhandel — XVIII., Währing, Sternwartestraße 4.
Zwerina Josefa — Victualienhandel — VII., Burggasse 33.
Löbb Antonia — Wäscherin — XVIII., Währing, Mitterberggasse 5.
Pollak Heinrich — Wein- und Spirituosen-Verschleiß — I., Köllnerhofgasse 3.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 16. März 1892.

Ružicka Karl — Bäckergewerbe — X., Weberhäuser 244.
Chobot Johann — Bildhauer — X., Alxingergasse 37.
Beimler Max — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Bloch Leopold — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Klenka Franz — Betrieb von Börsegeschäften — I., Wiener Börse.
Bauer Johann — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — X., Leibnitzgasse 5.
Loschmidt August recte Kistler — Kleinhandel mit Brennholz, Kohlen und Coaks — X., Franz Josefgasse 14.
Steinbach Margarethe — Holz- und Kohlen-Verschleiß — XIX., Ober-Döbling, Sommergasse 3.
Wehhofer Mathias — Holz- und Kohlenhändler — II., Große Sperlgasse 31.
Türk Johann — Ausschank von Brantwein, Thee- und Punsch — XIII., Penzing, Poststraße 97.
Weiß Karl Emanuel — Verschleiß von Decorations-Gegenständen zur Einrichtung von Wohnungen — XVIII., Währing, Wienerstraße 1a.
Wostal Anton — Drechsler — XVI., Ottakring, Wilhelminenstraße 27.
Welkoborsky Ludmilla — Feinputzerei — III., Pfefferhofgasse 3.
Griesel Josef — Fleischhauergewerbe — X., Hütte auf dem Eugenplatz.
Weinstein Julius — Fleisch-Verschleiß — I., Seitenstettengasse 4.
Bretschneider Hermann — Forsteinrichtungs-Anstalt — IV., Hechtengasse 13.
Czerni Leopold — Gast- und Schankgewerbe — XIX., Ober-Sievering, Am Himmel 51.
Schravogel Franz — Gastwirtsgewerbe — III., Rasumoffskygasse 20.
Halder & Comp. — Ausstellung des Gemäldes: Jerusalem und die Kreuzigung Christi — II., Praterstraße 49.
Chuner Sarah Reisel — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Klosterneuburgerstraße 39.
Gans Ernestine — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 1.
Glatter Sophie — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Matthäusgasse 14.
Handlhofer Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Messenhausergasse 2.
Kastner Anna Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Schulgasse 60.
Krebs Francisca — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Heißgasse 7.
Lindermayer Karl — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVI., Ottakring, Kulmgasse 1.
Maschek Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Rothenhofgasse 49,
Müller Katharina — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Johannesgasse 62.
Nierlich Marie — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVII., Hernals, Stiftgasse 63.
Riedel Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Kübeckgasse 6.
Schweinzer Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Kübeckgasse 6.
Steif (Staif) Barbara — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Raaberbahngasse 13.
Strauß Franz — Gemischtwaren-Verschleiß mit Petroleum — XVII., Hernals, Mitterberggasse 39.
Stumvoll Anna — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Haulingergasse 26.
Wacek Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Adamsgasse 13.
Wallesch Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Beatrixgasse 19.
Ohlhanns Leopold — Glaser — III., Hauptstraße 18.
Mondschein Julius — Handelsagentie — IX., Günthergasse 1.
Junek Josef — Verschleiß von Herrenmode-Artikeln — III., Hauptstraße 67.
Schützner Rudolf — Kaffeebrennerei — XVII., Hernals, Palffygasse 18.
Neuburger Adolf — Claviermacher — V., Obere Bräuhausgasse 16.
Kubin Johann — Kleidermacher — Tandelmarktgasse 9.
Strauch Hersch Hermann — Kleidermacher — XVII., Hernals, Alsbachstraße 10.
Weisz Emanuel — Verschleiß von neuen Kleidern — X., Himbergerstraße 42.
Sedlacek Wenzel — Knochenhandel — X., Brunnwegstraße 4.
Hlawač Prokop — Kürschnergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Gürtelstraße 25.
Parzer Josef Bernhard — Mehl- und Hülsenfrüchten-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 5.
Silberbauer Alois — Mehl- und Gries-Verschleiß — XVI., Ottakring, Gablenzgasse 2.
Putz Barbara — Milch- und Gebäck-Verschleiß — V., Spengergasse 42.
Wimmer Laurenz — Milchmeiergewerbe — XVIII., Währing, Eduardgasse 1.
Hille Josef — Agent in Papier — III., Beatrixgasse 4a.
Krempel Heinrich — Verschleiß von Papiertapeten — VIII., Florianigasse 16/18.
Ferstner Laura — Pfaidlerin — II., Taborstraße 8.
Horrak Karl — Pfaidlergewerbe — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 68.
Wessely Wenzel — Pferdefleisch-Verschleiß — XVIII., Währing, Wienerstraße 13.
Wagner Johann — Preßgerm-Erzeugung — V., Am Hundsthurm 1.
Gerber Albin — Selchwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 134.
Gollwitzer Georg Wolfgang — Selchwaren-Verschleißer — VI., Windmühlgasse 3.
Zeil Karoline — Selchwaren-Verschleiß — I., Habsburgergasse 1.
Brettbacher Josef — Schuhmachergewerbe — IX., Sobieskigasse 1.
Fiedler Anton — Schuhmachergewerbe — III., Lorbeergasse 2.
Göller Adam — Erzeugung von Stroh- und Filzhutformen — III., Sechskrügelgasse 6.
Stasek Marie — Deichgräbergewerbe — III., Custozzagasse 3.
Pelz Theresia — Tischlergewerbe — V., Matzleinsdorferstraße 5.
Bartak Anton — Wagner — IX., Nußdorferstraße 40.
Deutsch Jakob Sigmund — Commissionswaren-Verschleiß — III., Erdbergerlände 8.
Pospichal Marie — Weißnäherin — V., Gießaufgasse 8.
Brandstätter Josefa — Zeitungs-Verschleiß — III., Barichgasse 36.
Mayer Anna — Zeitungs-Verschleiß — III., Krieglergasse 7.
Wottawa Leopold — Ziegelfuhrwerk — X., Inzersdorf, Ziegelwerke 2.
Hora Theresia — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstraße 31.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 17. März 1892.

Brenner Eduard — Erzeugung von Bettwaren — II., Obere Donaustraße 61.
Kreipl-Reicherd Max — Brantweinschank — XIII., Lainz, Elisabethstraße 5.
Kastner Lambert — Fleisch-Verschleiß — VII., Markthalle, Zelle Nr. 112.
Kastner Marie — Fleisch-Verschleiß — VII., Markthalle, Zelle Nr. 123.
Wohlmuth Johann — Fleisch-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Grundsteingasse 69.
Böhm Anna — Fiakergewerbe — II., Ferdinandsbrücke.

(Das Weitere folgt.)

Z. 1822.

Kundmachung.

Concurs zur Besetzung einer definitiven Unterlehrer- eventuell Unterlehrerinstelle an der Special-Schulabtheilung für taubstumme Kinder im schulpflichtigen Alter, in Wien, XVIII. Währing, Klettenhofergasse 3.

An der Special-Schulabtheilung für taubstumme Kinder im schulpflichtigen Alter, in Wien, XVIII. Währing, Klettenhofergasse 3, kommt die Stelle eines definitiven Unterlehrers, eventuell einer definitiven Unterlehrerin, zur Besetzung. Mit dieser Stelle ist ein Gehalt jährlicher 600 fl. und das Quartiergeld jährlicher 120, eventuell 90 fl., verbunden.

Zur Besetzung dieser Stelle wird hiemit der Concurs ausgeschrieben, und es haben diejenigen, welche diese Stelle zu erlangen

wünschen, und zwar die auswärtigen Bewerber im Wege ihrer vorgesetzten Schulbehörde, ihre an den Ortsschulrath des XVIII. Wiener Gemeindebezirkes gerichteten, mit dem Reife- und Lehrbefähigungs-Zeugnisse für Volksschulen, mit dem Tauf- oder Geburtsscheine, dem Heimatscheine, ferner mit den Nachweisen über die Befähigung zur Ertheilung des Taubstummenunterrichtes, über bereits geleistete Schuldienste, und bei männlichen Bewerbern über die Erfüllung der Stellungspflicht rücksichtlich jener Bewerber, welche noch nicht definitiv im öffentlichen Schuldienste in Wien angestellt sind, auch mit einem amtsärztlichen Gesundheitszeugnisse, welches bei auswärtigen Bewerbern von der vorgesetzten Schulbehörde vidiert sein muss, belegten Gesuche **bis längstens 28. April 1892** bei dem obbezeichneten Ortsschulrathe zu überreichen.

Auf nach Ablauf dieses Termines eingelangte oder nicht gehörig belegte Gesuche kann kein Bedacht genommen werden.

Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,

am 17. März 1892.

Der Bürgermeister als Vorsitzender:

Dr. Prix. 1—3

G.-Z. 42038

VI.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Hauptcanales** in der Scheidl- und Kleingasse in Gersthof im XVIII. Bezirke, im veranschlagten Kostenbetrage von 1714 fl. 15 kr. und 200 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 29. März d. J. präcise um 10 Uhr vormittags** im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offerthandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. März 1892. 1—2

G.-Z. 324944

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung **der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der Siccardsburggasse im X. Bezirke zwischen der Quellen- und Buchengasse im veranschlagten Kostenbetrage von 2188 fl. 67 kr. und 250 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 30. März d. J. präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin) eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar **mit der** dem Projecte beiliegenden **Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen**, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. März 1892. 1—3

G.-Z. 41101.

V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung der **Erd- und Baumeisterarbeiten für die Verlängerung des Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der Sonnleithnergasse im X. Bezirke, zwischen der Egger'schen Fabrik und dem Hause Or.-Nr. 27, im veranschlagten Kostenbetrage von 6843 fl. 79 kr. und 500 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 31. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags** im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl, im neuen Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Plan, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Original-Vorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in vorgeschriebener Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält der Stadtrath sich vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 15. März 1892. 1—3

G.-Z. 140768
V.

Kundmachung.

(Offertausschreibung.)

Wegen Vergebung **der Erd- und Baumeisterarbeiten für die Herstellung eines Haupt-Unrathscanales aus Beton** in der Pasettigasse im II. Bezirk, im veranschlagten Kostenbetrage von 2103 fl. 37 kr. und 300 fl. Pauschale wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 24. März d. J., präcise um 10 Uhr vormittags im Bureau des Herrn Magistratsrathes Siegl im neuen Rathhause, 4. Stiege, Mezzanin,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Pläne, das Profil, den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält der Stadtrath sich vor.

Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 10. März 1892. 2—2

Z. 62

Kundmachung.

(Licitations-Kundmachung.)

Zufolge Bescheides des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. und XV. Bezirk vom 17. d. M., Z. $\frac{8251}{XIV}$, wird die öffentliche Versteigerung der in der **Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus im Monate Juli 1891 verpfändeten und nicht ausgelösten Pretiosen** von Pfand-Nr. 15469 bis incl. Pfand-Nr. 18478 und **Effecten** von Pfand-Nr. 36515 bis incl. Pfand-Nr. 41906 **am 6. April 1892 um 9 Uhr vormittags im Pfandleihanstalts-Gebäude, Sechshaus, Gemeindegasse Nr. 5,** gegen gleich bare Bezahlung vorgenommen.

Im Falle die Licitation am oben angegebenen Tage nicht beendigt werden könnte, wird sie am nächstfolgenden Werktage fortgesetzt.

Pfandleihanstalt der Gemeinde Sechshaus,

am 21. März 1892. 1—3

Inhalt.

Seite

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 17. März 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Schmidt, R. v. Neumann und R. v. Goldschmidt 551
2. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dobes, betreffend die Vergebung der Buchdruckerarbeiten an in den neuen Bezirken seßhafte Gewerbsleute 551
3. Beantwortung der Interpellationen der Gem.-Räthe Sauerborn und Arnhart, betreffend die Verfügung wegen Entfernung der Jahn-Büste vom Turnplatze des „Ersten Wiener Turnvereines", VII., Burggasse 16/18 551
4. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Bärtl, betreffend die Beseitigung der Schneemassen von der Ringstraße . 552
Antrag:
5. Gem.-Räthe Herrdegen, Dr. Uhl und Genossen, betreffend Rücksichtnahme auf die Schaffung eines größeren freien Platzes gelegentlich der Parcellierung des Areals der Gumpendorfer Infanterie-Kaserne 552
Referat:
6. Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1892. (Fortsetzung der Debatte) 553
Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 18. März 1892.
Inhalt:
Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung der Gem.-Räthe Dr. Stenzl und Sasse wegen Fernbleibens 566
Einlauf:
2. Resolution des katholisch-politischen Vereines im V. Bezirke, überreicht vom Gem.-Rathe Dr. Lueger, betreffend die Verlängerung des Gasvertrages und die Errichtung städt. Gaswerke 566
Antrag:
3. Gem.-Rath Dr. Linke, betreffend die Errichtung eines städtischen Schwimmbades am Wiener-Neustädter Canale in Simmering . 566
Referat:
4. Gem.-Räthe Boschan und K. M. Mayer, betreffend den Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien pro 1892. (Fortsetzung der Debatte) 567
Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 16. März 1892 586
Allgemeine Nachrichten:
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 13. bis 19. März 1892 589
Pferdemarkt vom 18. März 1892 589
Schlachtviehmarkt vom 21. März 1892 589
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 19. März 1892 590
Städtisches Lagerhaus 590
Gewerbeangelegenheiten:
Gewerbeanmeldungen . . . . . 590—592
Kundmachungen . . . . . 592—594

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler) Wien, I., Wallfischgasse 10.